

# APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

42/2005 · 17. Oktober 2005



## Rechtsextremismus

*Annette Ramelsberger*

Erkundungen in Ostdeutschland

*Oliver Decker · Elmar Brähler*

Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland

*Kurt Lenk*

Rechtsextreme „Argumentationsmuster“

*Werner Bergmann*

Antisemitismus im Rechtsextremismus

*Eckhard Jesse*

Das Auf und Ab der NPD

*Britta Schellenberg*

Rechtsextremismus und Medien

## Editorial

Das Abschneiden der NPD bei der Bundestagswahl war für das selbst ernannte „nationale Lager“ enttäuschend: Mit ganzen 1,6 Prozent der Zweitstimmen (4,8 Prozent in Sachsen) blieb den Rechtsextremisten der Sprung in den Bundestag verwehrt.

Doch rechtsextreme Einstellungen spiegeln sich nicht ausschließlich in Wahlergebnissen wider. Neuere Erhebungen erhärten den alten Befund, nach dem einschlägige Parolen bei einer erheblichen Minderheit der Bevölkerung Wiederhall finden können – „Normalität“ in Industriegesellschaften, mit der es sich abzufinden gilt? Neu ist, dass angesichts der anhaltenden wirtschaftlichen Krise und des notwendigen Umbaus des Sozialstaates in Deutschland rechtsextreme Einstellungen verstärkt auch bei Gruppen mit höherem Bildungsabschluss auf Zustimmung stoßen. Zudem gibt es insbesondere in Ostdeutschland Landstriche, in denen der Kampf um kulturelle Hegemonie vor allem innerhalb der Jugendszene ausgetragen wird: In jüngster Zeit konzentrieren sich rechtsextremistische Aktivitäten auf das Internet und auf Freizeitveranstaltungen.

Rechtsextremismus ist jedoch keineswegs nur ein Jugendproblem. Im Herbst 2004 standen Journalisten und Politiker dem Einzug der NPD in den sächsischen Landtag nicht nur rhetorisch hilflos gegenüber. Um gewappnet zu sein, muss der Umgang mit Rechtsextremisten eingeübt werden – durch Argumente, durch das Besetzen von Begriffen und das Vermeiden von Tabus, durch selbstbewusste und couragierte Präsenz im öffentlichen Raum. Die demokratische Zivilgesellschaft lebt vom Eintreten für ihre Grundlagen; Führerglaube, Rassismus und Antisemitismus sind mit ihr unvereinbar.

*Hans-Georg Golz*

Annette Ramelsberger

# Erkundungen in Ostdeutschland

## Essay

Erst erhebt sich nur einer. Ein junger Mann mit Ring im Ohr. Ganz lässig steht er auf, schnappt sich das Mikrofon und sagt dem SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering ins Gesicht, dass er ihn für den Vertreter eines Unterdrückterstaates hält. „Wo gibt es denn hier Meinungsfreiheit?“, fragt der junge Mann ins Mikro, „wo wir noch nicht einmal am Holocaust-Denkmal in Berlin vorbeimarschieren dürfen?“ Der

**Annette Ramelsberger**

Dipl.-Journalistin, geb. 1960; politische Berichterstatlerin für die „Berliner Zeitung“, „Der Spiegel“ und die „Süddeutsche Zeitung“ (SZ). Parlamentsredaktion der SZ, Französische Straße 47, 10117 Berlin.  
annette.ramelsberger@sueddeutsche.de

Mann zieht sein Hemd aus. Darunter hat er ein T-Shirt, auf dem steht: „Schöner leben mit Nazi-Läden“. Neben ihm ziehen andere ihre Hemden aus. Auf ihren T-Shirts steht: „Ehre den mutigen Söhnen Europas“.

Die Rechtsextremisten stehen nicht in der hintersten Reihe, sie rufen nicht aus der Ferne, sie haben sich mitten in der Aula des Oberstufenzentrums I in Cottbus aufgebaut, und sie tun nichts, aber auch gar nichts, um sich zu verstecken. Sie wollen provozieren. Franz Müntefering ist nach Cottbus gekommen, um über Toleranz und Integration zu reden, er unterstützt das Oberstufenzentrum, das eine israelische Partnerschule hat. Und nun steht hier eine ganze Reihe von jungen Männern und sagt zu Müntefering: „Unsere Meinung ist nicht radikal, sondern nur der Zeit angepasst.“

Müntefering bleibt ganz ruhig. Er betrachtet die Phalanx der Kameraden im schwarzen T-Shirt mit Interesse, aber nicht mit Entsetzen. Er regt sich nicht auf, er wendet sich auch nicht ab mit diesem Ausdruck hilflosen Ekels, den man so oft beobachtet, wenn Politiker erstmals hautnah auf Extremisten sto-

ßen. Er versucht es mit dem Einzigen, was solche Auftritte entzaubert: mit sachlichen, unaufgeregten Argumenten. Müntefering sagt den Extremisten in der Cottbuser Aula: „Die Demonstration am Holocaust-Denkmal war als Provokation gedacht. Sie wollten sich lächerlich machen darüber. Und wir dürfen gegen Intoleranz nicht tolerant sein.“ Deshalb habe der Bundestag das Versammlungsrecht verschärft, und zwar völlig zu Recht. Ein zweiter „Kamerad“ steht auf, holt sich das Mikrofon und fragt: „Und wie erklären Sie sich, dass sich viele Bürger uns anschließen?“ – „Das ist ja unser Problem“, antwortet Müntefering, und wird jetzt fast ein wenig ironisch. „Wenn Sie es ganz allein wären, würden wir uns nicht darüber unterhalten. Aber seien Sie sicher: Sie werden keine Chance in Deutschland haben.“

Es sind Szenen wie diese, in denen Politikern, aber auch Lehrern und Schülern, Lehrherren und Kollegen, etwas abverlangt wird, was viele Jahre lang manchmal ein wenig lächerlich wirkte, zumindest aber ziemlich pathetisch: das Bekenntnis zu diesem demokratischen Staat. Und das auch noch wohl begründet. Im Schlagabtausch gegen Extremisten, die in Wochenendseminaren geschult werden und oft braunes Gedankengut verbreiten, das auf den ersten Blick sehr eingängig erscheint. Es ist eine Herausforderung. Eine, die nicht nur in der Aula wartet.

Es war ein ganz normaler Samstagabend, und Juliane Stamm freute sich auf eine Heavy-Metal-Party in ihrer Lieblingsdisco „Phono“ in Zittau. Sie stand an der Bar, der Typ neben ihr war witzig, sie unterhielten sich – über die Musik, die Bierpreise, was jeder denn so mache. Sie habe gerade ihr Abitur bestanden, sagte Juliane. Dann kam der Satz. Und Juliane überlegte, ob sie jetzt wirklich reagieren sollte. An diesem netten Abend, in dieser netten Disco. Der Typ hatte gesagt: „Ich bin national engagiert.“

Juliane Stamm, 19, hätte einen angenehmen Abend haben können, wenn sie den Satz einfach überhört hätte. Sie überhörte ihn aber nicht. „Moment mal“, sagte sie, „was hast du gesagt?“ Da drehte der freundliche Typ an der Bar auf: Arbeitsplätze nur für Deutsche, Grenze dicht zu Polen, nur deutsche Produkte in deutschen Haushalten. Juliane war an den Vorstand des nationalen Jugendklubs

von Zittau geraten. „Aber ihr fahrt doch auch nach Polen und tankt billig“, hielt sie ihm vor. „Das sind die alten deutschen Ostgebiete“, erklärte ihr der junge Mann. Die könne „der Deutsche“ doch wohl nutzen. Fast eine Stunde lang lieferte sich Juliane ein Wortgefecht mit dem Rechtsextremisten. Der hatte Detailwissen, da konnte sie einfach nicht mithalten. „Ich bin irgendwann ausgestiegen“, sagt sie. Noch immer nagt das in ihr.

Ihr Kontrahent hatte geschichtliches Pseudowissen parat, das er als Waffe einsetzte im Kampf gegen die Demokratie. Die Rechtsextremisten benutzen jetzt Schulungsmaterial, das Unterlagen der Bundeszentrale für politische Bildung optisch ähnelt – nur, dass es über „Grundlagen des nationalen Welt- und Menschenbildes“ informiert, erklärt, wo „die nordische Rasse“ herstamme, und das christliche Werte verächtlich macht. Das Heft sei „eine politische Waffe in den Händen jedes nationalen Aktivisten und besonders gut auch für die Arbeit in Gruppen und Kameradschaften geeignet“, preist der Verlag „Volk in Bewegung“ sein Werk an. Der Chef der rechtsextremistischen NPD Udo Voigt hat längst ein Schulungszentrum hinter der Parteizentrale in Berlin-Köpenick eingerichtet – mit Schlafmöglichkeiten für angereiste Kameraden. Dort werden die jungen Kader gedrillt. In Dresden wollen sie sich sogar eine „Dresdner Schule“ zurechtbasteln – eine rechtsextremistische Denkfabrik, angelehnt an die legendäre linke Frankfurter Schule.

Auf solcherart geschulte Kader stoßen Lehrerinnen und Lehrer immer öfter. Nicht mehr dumpfe Stiefelträger bestimmen das Bild, es treten alerte, kluge Herren auf, denen man den Rechtsextremismus nicht sofort ansieht. Es ist mehr eine kulturelle Unterwanderung als eine politische Auseinandersetzung, die vor allem in vielen ländlichen Gebieten der ostdeutschen Bundesländer stattfindet. Seit vier Jahren beobachtet der Cottbuser Schulleiter Fritz-Rudolf Holaschke das Phänomen. „Die Rechten sind äußerlich nicht mehr zu erkennen. Wir hatten hier einen jungen Mann, der nie aufgefallen ist, auch nicht bei Diskussionen im Unterricht.“ Dann kam der Hinweis, der Junge sei aktives Mitglied einer radikalen Kameradschaft. Der Lehrer sprach ihn darauf an. „Na und?“ kam als Antwort zurück. „Habe ich Ihnen je ein Problem bereitet?“ Dem Kameraden war

nicht beizukommen. Er verhielt sich unangreifbar, er war geschult. „Hohe Schule“, sagt der Schulleiter bitter. Der junge Mann hat mittlerweile sein Abitur geschafft. „Der wird seinen Weg machen“, sagt Holaschke.

Weil die NPD keine Chance auf einen Einzug in den Bundestag hat, versucht sie, das Klima in Städten und Gemeinden zu bestimmen. Vielleicht ist es die Sache mit den Heizkörpern, die manches erklärt. Zwei Heizkörper in einem Jugendclub in einem kleinen Dorf bei Königstein in der Sächsischen Schweiz. Pfaffendorf heißt der Ort, und außer dem Steinkreuz am Dorfbach, unter dem ein Eremit begraben liegt, gibt es nicht sehr viel Erwähnenswertes. Außer den zwei Heizkörpern natürlich. Die standen auf einer Liste, die der NPD-Stadtrat Uwe Leichsenring im Sommer 2004 dem örtlichen Bürgermeister vorlegte. Mit dringlichen Fragen: Ob der Bürgermeister denn wisse, dass die zwei Heizkörper im Jugendclub kaputt sind? Und was er wohl dagegen zu tun gedenke? Bürgermeister Frieder Haase (parteilos) wunderte sich erst über das reiche Detailwissen des NPD-Mannes. Dann wunderte er sich nicht mehr: Ein 18-Jähriger rief an und entschuldigte sich etwas verlegen, dass er es wohl war, der die Heizkörper zum Politikum gemacht habe. Er habe seinem Fahrlehrer Leichsenring während der Fahrstunde halt ein bisschen erzählt, was alles so los sei.

Uwe Leichsenring, Mitglied im Bundesvorstand der NPD, Abgeordneter im sächsischen Landtag und Direktkandidat der NPD bei der Bundestagswahl, ist der örtliche Fahrlehrer in Königstein. Durch seine Hände geht die Landjugend, wenn sie den Führerschein machen will. Und sie hat dabei nicht das Gefühl, bei einem Extremisten einzusteigen. „Der Uwe“ ist doch ganz normal, heißt es. „Der geht zu Festen so wie jeder andere“, berichtet auch Bürgermeister Haase. „Der geht auch zum einzigen Vietnamesen hier einkaufen.“ Obwohl seine Partei dafür ist, Ausländer sofort nach Hause zu schicken und auf den Wahlplakaten fordert: „Grenze dicht!“

Leichsenring ist der Prototyp des neuen NPD-Funktionärs, der die rechtsextremistische Partei gesellschaftsfähig zu machen versucht. Er ist 38, trägt gerne Anzug und weißes Hemd, das Handy stets am Ohr. Verbindlich, bürgerlich. Es ist derselbe Mann, der

sagt: „Es geht darum, Strukturen aufzubauen, um bereit zu sein, wenn es mal zum Aufstand Ost kommt.“

„Wölfe im Schafspelz“ nennt der Verfassungsschutz Funktionäre wie Leichsenring. Einige dieser lächelnden Wölfe streifen durch Sachsen, und sie treffen auf junge Leute, für die die NPD keine extremistische Partei mehr ist. Adrette Jugendliche, die auf dem Marktplatz der hübschen, herausgeputzten Touristenstädte stehen und sich als „ganz normal“ bezeichnen oder als „relativ neutral“. Aber die die Lonsdale-Kultklamotten tragen – Kult wegen des „nsda“ in der Mitte des Namens. Und die sagen, sie seien „nicht rechts, sondern nur national“, und damit längst den Sprachgebrauch der Neonazis übernommen haben. Man trifft freundliche Jugendliche, die gar nicht kurz geschoren sind und auch keine Springerstiefel tragen. Sie sagen: „Mir ist egal, ob einer rechts ist, Hauptsache, man kann gut reden.“ Das Bekenntnis zur Demokratie, das ist hier keine entscheidende Kategorie.

Es stehen seltsame Kreuze an den Straßen Vorpommerns. Die Querbalken weisen schräg nach unten, und nach oben laufen sie spitz wie Pfeile zu. Die Kreuze erinnern an Verstorbene, die hier mit ihren Autos an den Straßenbäumen zerschellten – sehr spezielle Verstorbene: Rechtsradikale, die alles Christliche ablehnten und nun auch im Tod nicht mit einem christlichen Symbol belästigt werden sollen. An den Bäumen Vorpommerns stehen immer öfter solche hölzernen Runen. Und im Telefonbuch des Städtchens Anklam wirbt der Dachdecker Mirko Gudath mit einer Lebensrunen für seine Dienste – für jeden Neonazi sofort als Zeichen der eigenen Szene erkennbar. Gudath ist einer der Anführer der rechtsradikalen Kameradschaft Anklam, im örtlichen Anzeigenblättchen darf der „Jungunternehmer“ für seine Heimatverbundenheit werben und erzählen, dass er „geschichtlich sehr interessiert“ sei – durchaus, an der Heroisierung des Nationalsozialismus nämlich.

Was sich in Anklam zeigt, ist Teil einer Strategie, die „kulturelle Subversion“ heißt und nur eines bedeutet: Rechtsextremisten wollen Einfluss auf die Gesellschaft, auf die Kultur gewinnen – auf dem leisen Weg durch die Institutionen. Das Internetforum „Störtebeker-Netz“ ruft die Rechtsextremisten sogar

dazu auf, sich als Schöffen zur Verfügung zu stellen. Damit könne jeder Bürger „sein individuelles Rechtsempfinden zumindest teilweise in einen Gerichtsbeschluss einfließen lassen“. Im Klartext heißt das: Neonazis, unterwandert die Gerichte! Und wenn wieder ein Skinhead vor Gericht steht, dann könnt ihr auf Bewährung und Milde hinwirken. Mittlerweile befürchten Eltern in Vorpommern, dass Neonazis demnächst in den Schulen mitbestimmen. Viele der rechtsextremen Kader haben Kinder, die demnächst in die Schule kommen, und sie werden in die Elternvertretungen streben. Mittlerweile veranstalten „Kameradschaften“ in Vorpommern Kinderfeste und Volleyballturniere, dazu gibt es Bratwurst. „Es wird um gepflegtes Äußeres gebeten (kein Skinhead-Look)“, steht auf den Einladungen. „Verbotene Symbole und Parolen sind unerwünscht.“

Wie verteidigt man die Demokratie, da draußen in den Schulen, in den Jugendklubs, an den Stammtischen? Wo doch die Rechtsextremisten schon so normal geworden sind? Wo doch alle ständig nur über „die“ Politiker schimpfen? Wie erklärt man die Chancen der Globalisierung, wenn die Deutsche Bank Höchstgewinne einfährt und danach ankündigt, 6 000 Arbeitsplätze abzubauen? Was hat man für Argumente, wenn die NPD fordert, dass Konzerne, die Millionen an Steuergeldern erhalten haben, erst die Subventionen zurückzahlen müssen, wenn sie ins Ausland gehen? Das hört sich doch sehr gut an. Selten, sehr selten liefert die NPD selbst ein gutes Gegenargument. Zum Beispiel, als im Sommer entdeckt wurde, dass sie ihr Parteiorgan, die „Deutsche Stimme“, nicht bei Druckereien in Deutschland, sondern in Tschechien herstellen lässt – um Kosten zu sparen. Da fiel der Vorwurf der Lohndrückerei plötzlich auf sie selbst zurück.

Meistens ist die Auseinandersetzung viel schwerer. Und oft werden ungeübte Kommunalpolitiker Opfer ihrer Naivität. Wie zum Beispiel bei einer Diskussionsveranstaltung im sächsischen Pirna. Auf dem Podium saßen der Landrat, ein Politikprofessor, der Bürgermeister und der Superintendent der evangelischen Kirche. Und dann tauchte der NPD-Landtagsabgeordnete Uwe Leichsenring auf, eskortiert von 60 strammen Kameraden. Der Superintendent versuchte es mit Höflichkeit und bat den NPD-Abgeordneten, er solle

doch bitte seine politischen Absichten erläutern. Leichsenring sagte, das sei doch alles etwas komplex, der Herr Superintendent könne sich gern einen Termin bei ihm im Landtag geben lassen. Punktsieg. Der Landrat versuchte es mit Fraternalisierung; Die Herren sollten sich beruhigen, er sei doch auch Mitte rechts. Man könne doch miteinander reden. Punktsieg. Als Leichsenring abzog, hinterließ er ein hilfloses, ein geschlagenes Podium.

Es geht auch anders. Dafür aber muss die Lageanalyse stimmen. Ohne Lageanalyse keine vernünftige Reaktion, sagt Markus Ulbig. Ulbig ist Oberbürgermeister von Pirna, 40, katholisch, verheiratet, vier Kinder, in der CDU. Und weil Ulbig die Lage analysiert hat, weiß er, was es bedeutet, wenn der junge NPD-Stadtrat Marko Liebscher einen Stand auf dem von der Stadt organisierten „Markt der Kulturen“ haben will. „Das ist ein Angriff“, sagt Ulbig. Und auf diesen Angriff reagiert er – kühl und durchdacht. Deshalb erhielt Liebscher ein zweiseitiges Schreiben, gespickt mit Zitaten aus seinem eigenen Wahlkampf. Der „Markt der Kulturen“, schrieb Bürgermeister Ulbig, wolle sich für Völkerverständigung und die Integration ausländischer Bürger einsetzen. Die NPD aber spreche in ihrer Wahlwerbung von „inländerfeindlicher Integrationspolitik“ und davon, dass die „Masseneinwanderung das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht“ der Deutschen verletze. Deswegen könne die Anmeldung eines Standes zu diesem Markt ausgerechnet durch ein NPD-Mitglied nur als Provokation verstanden werden. Provokation – da würden andere Stadtväter zusammenzucken. Ulbig aber sagt: „Wir können nicht im stillen Kämmerlein agieren. Wir müssen die Auseinandersetzung öffentlich machen.“ Ulbig hat Recht behalten mit seiner Lageeinschätzung: Als das Fest der Kulturen im Juli 2005 stattfand, stürmten NPD-Sympathisanten die Bühne und reckten Plakate hoch. Es ging darum zu zeigen, wer der Stärkere ist.

Dietmar Schneider ist der Jugendamtsleiter von Pirna. Er tut etwas Seltsames: Er verunsichert junge Leute. „Ihr schreit ständig nach Ordnung, aber selber schwänzt ihr die Schule“, sagt Schneider den Jungs, mit denen er sich in Reinhardtsdorf-Schöna getroffen hat, dort, wo die NPD bei der Landtagswahl 2004 in Sachsen 23,1 Prozent erhielt. „Ihr sagt: Nur deutsche Produkte, aber ihr fahrt einen

Fiat. Ihr erzählt mir von arischer Rasse, blond, groß, schlank. Ich sage: Blond wie Hitler, groß wie Goebbels, schlank wie Göring.“ – „Überlegt euch genau“, sagt Schneider, und nimmt die Jungs ins Visier, „ob der Adolf euch vor oder hinter den Zaun gestellt hätte.“

Konspirative Verunsicherung nennen Wissenschaftler das – die Rechtsextremisten mit ihren eigenen Argumenten schlagen. Manchmal funktioniert so etwas sogar im Landtag – dem von Brandenburg zum Beispiel. Dort berieten die Abgeordneten im Frühjahr 2005 über den Ärztemangel auf dem Land. Händeringend suchen die Gemeinden nach ausländischen Ärzten. Aber die zögen bald wieder weg, erklärten die zuständigen Beamten. „Gibt es denn gar keine Möglichkeit, um ausländische Ärzte in der Region zu halten?“, fragte ausgerechnet die Abgeordnete der Deutschen Volksunion (DVU), Birgit Fechner. Die SPD meinte darauf trocken: Die DVU-Frau solle mal in ihrer Klientel darauf hinwirken, dass die Ausländerfeindlichkeit abnehme, vielleicht blieben dann die Ärzte. Punktsieg – einmal andersrum.

Betritt man die Parteizentrale der NPD in der Seelenbinder Straße 42 in Berlin-Köpenick, muss man zunächst durch die Niederungen der Partei. Die Jalousien sind halb heruntergelassen, im Windfang mustert einen durch die Glasscheibe ein Mann, der auf seinem schwarzen T-Shirt den Spruch trägt: „Odin statt Jesus“. An die Garderobe hat einer der Kameraden seinen Schal gehängt, weiß-rot-schwarz, mit der großen Zahl 88 darauf. Die Acht ist der achte Buchstabe des Alphabets, die 88 bedeutet in der Zeichensprache der Neonazis HH, Heil Hitler. Um die Ecke biegt ein baumlanger Jüngling mit bis über die Ohren hoch rasiertem Haar. Im ersten Stock der Parteizentrale liegt die Bel étage, ein helles Sekretariat, Räume voller sortierter Akten, dann das Zimmer des Parteivorsitzenden – Laptop auf dem Schreibtisch, Fahnenständer im Rücken, Bilder von Menschenmassen bei NPD-Treffen in der Passauer Nibelungenhalle an der Wand.

Doch das ist eigentlich alles schon Vergangenheit – die Zukunft der Partei liegt quer über dem Hinterhof. Hier weht an einem fünf Meter hohen Fahnenmast die schwarz-weiß-rote Parteifahne. „Immer, jeden Tag“,

sagt Udo Voigt, der Parteichef. Dann führt der Hauptmann a. D. in den frisch ausgebauten Trakt, zeigt die neuen Duschen, die Zimmer mit den Stockbetten für Kameraden, die hier billig übernachten können, wenn sie aus der ganzen Republik zur „nationalen Fortbildung“ zusammenkommen. „Wie argumentiere ich am Stand in der Fußgängerzone? Was passiert, wenn die NPD regiert? Warum ist die Bundesrepublik ein Vasallenstaat?“ Voigt spult die Lehrgangsthemen für den rechtsradikalen Nachwuchs herunter, ohne nachdenken zu müssen. Er hat jahrelang selbst die Jungkader unterrichtet, oft in verrauchten Gaststätten. Doch die Zeit der Hinterzimmer ist vorbei. Die NPD hat Geld seit ihren Wahlerfolgen im Saarland (4,0 Prozent) und in Sachsen (9,2 Prozent); allein die Fraktion im Sächsischen Landtag erhält fast 120 000 Euro aus Steuergeldern – jeden Monat. Nun sei die Zeit angebrochen, mit der „Hobby-Politik“ aufzuhören, sagt Voigt. „Politprofis“ müssten nun ran, die mit kühlem Kopf agierten. „Operationsbasen“ werde man einrichten. Bundesweit.

Die kleinste und radikalste der rechtsextremistischen Parteien in Deutschland ist innerhalb weniger Jahre die politisch gefährlichste geworden. Sie hat eine Sogwirkung am rechten Rand des Parteienspektrums entfaltet. „Sie ist das Gravitationszentrum der rechten Szene“, sagt Hamburgs Verfassungsschutz-Vize Manfred Murck. In letzter Zeit ist eine ganze Reihe von Rechten zur NPD übergegangen: der Chef der Schill-Partei in Schleswig-Holstein, der Vorstand der Hamburger „Republikaner“ samt vielen Mitgliedern. Schon vor der Sachsen-Wahl war die sächsische „Republikaner“-Chefin Kerstin Lorenz zur NPD übergetreten – jene Frau Lorenz, durch deren plötzlichen Tod im Bundestagswahlkampf ein ganzer Wahlkreis in Dresden erst zwei Wochen später wählen durfte. Der frühere REP-Chef Franz Schönhuber, lange der NPD-Konkurrenz von der DVU verbunden, hatte sofort den Posten von Lorenz eingenommen und sich als Direktkandidat aufstellen lassen.

Udo Voigt ist der Mann, der die Partei auf Vordermann gebracht hat. Der die strategischen Bündnisse geschmiedet hat, mit der DVU, mit den freien Kameradschaften. Mit 16 ist Voigt in die NPD eingetreten. Für die Partei brachte er ein Opfer, das ihm sehr

wehgetan haben muss: die Karriere bei der Bundeswehr. Er diente in Freising bei der Flugabwehreinheit, sollte die Raketen des Warschauer Pakts abschießen, bevor sie im Westen einschlugen. Als der Militärische Abschirmdienst ihn 1984 vor die Alternative stellte: NPD oder Bundeswehr, da entschied er sich für die Partei. Er stellt jetzt alles, was er bei der Bundeswehr gelernt hat, in den Dienst der Partei. „Ich fühle mich noch als Soldat“, sagt Voigt. Selten war der Begriff Parteisoldat so zutreffend.

Voigt hat die NPD geöffnet: für freie Kameradschaften, für ehemalige Schläger, für verurteilte Verbrecher. 1998, im Landtagswahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern, zog er von einem Skinheadtreffen zum anderen. Im Schlepptau hatte er einen zu 13 Jahren Haft verurteilten Rechtsterroristen: Manfred Roeder, der einen Brandanschlag auf Vietnamesen angezettelt hatte, bei dem zwei junge Männer verbrannten. Voigt hat keine Berührungängste.

Und er stellt Leute nach vorn, die anders wirken: Peter Marx, den NPD-Chef aus dem Saarland, der nun die Fraktion im Sächsischen Landtag promotet, oder diese jungen, eifrigen Herren, die auf „ekelhafte Weise intelligent sind“, wie das der sächsische SPD-Fraktionsvorsitzende Cornelius Weiss formulierte. Nun bekommen die NPD-Abgeordneten sogar Rhetorikkurse. Politur für die Partei. Die sollen verhindern, dass die Wähler bemerken, welche Anzahl an Straftätern Voigt um sich geschart hat. Sein „Ordnungsdienstleiter“ Manfred Börm wurde zu sieben Jahren Haft verurteilt, weil er 1978 ein Waffendepot der Bundeswehr überfallen hat. Für die Landtagswahl in Schleswig-Holstein hatte die NPD Heino Förster aufgestellt, der 1993 wegen versuchten Mordes an Asylbewerbern zu vier Jahren Haft verurteilt wurde. Muss Voigt nicht fürchten, seine NPD werde nur als Verbrecherbande wahrgenommen? „Das müssen Sie der Partei überlassen“, sagt er, und seine grau-blauen Augen werden kalt. In seiner Logik gibt es keine rechten Straftäter: Entweder seien sie fälschlich verurteilt oder politisch verfolgt.

„Wir fragen nicht, was einer früher gemacht hat, sondern was er jetzt bereit ist, für Deutschland zu tun“, ist die stereotype Antwort des Parteichefs auf Fragen nach Straftä-

tern in den eigenen Reihen. Die NPD spricht von einer „Resozialisierung“ radikaler Kräfte. So recht scheint sie an ihren Erfolg dabei nicht zu glauben: Bei Parteitag der NPD müssen sich Journalisten – ganz anders als bei anderen Parteitagen – von den Delegierten fern halten, Fragen sind nicht erlaubt, wer es trotzdem versucht, wird vom „Ordnungsdienst“ hinauskomplimentiert.

Jedes Mal, wenn ein NPD-Mitglied zu sprechen bereit ist, ist auch schon Manfred Börm da. Der Mann ist „Bundesordnungsleiter“ der NPD. Er dirigiert die Leibwächter, die auf den Parteitagen der NPD jeden Schritt beobachten. Der Mann ist 55, durchtrainiert. Weißes Hemd, schwarze Hose, am Gürtel ein Handy, im Ohr ein Funkknopf. Helle Augen hat Börm und hagere Züge. Er hat die Eigenschaft, die Temperatur im Raum innerhalb von Sekunden zu senken.

Börm lässt seine Bewacher die Privatadressen der Journalisten aufschreiben, die über den Parteitag berichten. Angeblich eine Anweisung der Polizei, um Störer herauszufiltern. Doch die Polizei weiß nichts von so einer Anweisung. Börm hat eben gern die Kontrolle, und Angst ist etwas, das er offenbar gerne verbreitet. Am Abend steht Börm vor dem Eingang zum NPD-Parteitag. Er hat jetzt alle Journalisten hinaus befördert, sie sind für ihn Vertreter des Feindes. Er sieht sie an mit einer Mischung aus Abscheu und Kälte. Seit Blick schweift von ihnen weg ins Abendrot. „Wir werden es ja erleben“, sagt er, den Tag, an dem die NPD und Leute wie er in Deutschland das Sagen haben werden. Dann würden alle, die jetzt Verantwortung tragen, gehen müssen. Wohin, das lässt er offen.

Auf ihrer „Schulhof-CD“, die die NPD zur Bundestagswahl vor Schulen verteilte, machte sie deutlich, wie sie sich den Umgang mit demokratischer Öffentlichkeit vorstellt. Die Band „Noie Werte“ singt darauf: „Ich kenne deinen Namen, ich kenne dein Gesicht, Du bist die Faust nicht wert, die deine Nase bricht.“

Oliver Decker · Elmar Brähler

## Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland

Die „Fieberkurve des wissenschaftlichen Outputs“ zum Rechtsextremismus und verwandter Konzepte zeigt seit einigen Jahren steil nach oben.<sup>1</sup> Seit knapp siebzig Jahren ist die Rechtsextremismusforschung, stellt man sie in die Tradition der Autoritarismusforschung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung,<sup>2</sup> ein prosperierendes Forschungsfeld. Die wellenartig verlaufende Intensität zeigt die Aktualität des Rechtsextremismus in der jeweiligen politischen Landschaft an, aber sowohl in der Politologie, der Soziologie, der Psychologie als auch in der Pädagogik ist die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus konstant hoch.

Die Aufzählung der Fachdisziplinen, die sich mit dem Phänomen wissenschaftlich auseinander setzen, vermittelt einen ersten Eindruck von der Vielfaltigkeit der Rechtsextremismusforschung. Diese kennzeichnet nicht nur, dass das Forschungsfeld in unterschiedlichen Fakultäten bearbei-

### Oliver Decker

Dr. phil., geb. 1968; wissenschaftlicher Angestellter der Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie, Medizinische Fakultät der Universität Leipzig; Herausgeber der Zeitschrift „Psychoanalyse“, Philipp-Rosenthal-Straße 55, 04103 Leipzig. oliver.decker@medizin.uni-leipzig.de

### Elmar Brähler

Dr. rer. biol. hum. habil., geb. 1946; Professor, Direktor der Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie, Prodekan der Medizinischen Fakultät, Universität Leipzig, Philipp-Rosenthal-Straße 55, 04103 Leipzig. elmar.braehler@medizin.uni-leipzig.de

<sup>1</sup> Vgl. Bernd Six, Autoritarismusforschung, Zwischen Tradition und Emanzipation, in: Gruppendynamik, 28 (1997), S. 223–238.

<sup>2</sup> Vgl. Erich Fromm, Studien über Autorität und Familie. Sozialpsychologischer Teil (1936), in: ders., Gesamtausgabe, Bd. 1, Stuttgart 1980, S. 139–187; Theodor W. Adorno/Else Frenkel-Brunswik/Daniel J. Levinson/R. Nevitt Sanford, The Authoritarian Personality, New York 1950.

tet wird, sondern auch, dass die dabei verwendeten theoretischen Konzepte, Begriffe und Methoden sehr heterogen sind. Neben der Tatsache, dass sich in der Rechtsextremismusforschung konkurrierende Ansätze gegenüberstehen, ist die unterschiedliche Verwendung einer Reihe ihrer Begriffe ein Problem der Forschung.

Diese Heterogenität ist vor allem der Heterogenität des Forschungsgegenstandes geschuldet. Handlungen wie etwa das Wahlverhalten oder aber Gewalttaten können als rechtsextremistisch bezeichnet werden, Gruppen und Parteien werden als rechtsextrem beschrieben, wie auch in der Einstellungsforschung die Zustimmung zu unterschiedlichen Aussagen als rechtsextrem gekennzeichnet werden, beispielsweise zum Antisemitismus oder zum Sozialdarwinismus. Dabei kann es politisch unstrittig sein, dass die Bezeichnung zu Recht erfolgt. Aus wissenschaftlicher Sicht bleibt aber festzustellen, dass der Rechtsextremismusbegriff sehr unterschiedlich verwendet wird und damit nicht nur der Vielgestaltigkeit des Gegenstands Rechnung getragen wird. Denn die Heterogenität rechtsextremer Erscheinungen kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass sowohl zur inhaltlichen Definition des Rechtsextremismus als auch zu seiner Entstehung und seiner empirischen Fassung in der Forschung konkurrierende Erklärungsansätze nebeneinander stehen. Der folgende Überblick über einige Traditionslinien beschränkt sich auf signifikante Ansätze in Zusammenhang mit der anschließenden Untersuchung.<sup>13</sup>

## Erklärungsansätze

Der Klassiker der Einstellungsforschung, „The Authoritarian Personality“,<sup>14</sup> hatte zum Ziel, antidemokratische Haltungen in der Bevölkerung zu erfassen. Dabei wurde primär zwischen demokratischer und autoritärer Orientierung unterschieden. Die Autoren um

<sup>13</sup> Ferner sei auf die einschlägige Literatur verwiesen: z.B. Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*, Berlin 2000; Jürgen Winkler/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen W. Falter, *Stand und Perspektiven der Forschung*, in: J. W. Falter/H.-G. Jaschke/J. R. Winkler (Hrsg.), *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung*, Opladen 1996, S. 9–21.

<sup>14</sup> Th. W. Adorno u. a. (Anm. 2).

Theodor W. Adorno stellten fest, dass unabhängig von der Parteizugehörigkeit oder von direkt geäußerten politischen Einstellungen bei den von ihnen Befragten antidemokratische Einstellungen vorhanden sein konnten. So konnten sie sowohl bei Anhängern rechtsextremer Parteien wie auch bei jenen demokratischer Parteien autoritäre Einstellungen nachweisen. Die autoritär Orientierten wurden dabei als auf Stärke und Mächtige fixiert beschrieben, dabei gleichzeitig aggressiv gegenüber Minderheiten und Schwachen. Die Autoren der Studie verstanden auf der Grundlage der psychoanalytischen Persönlichkeitstheorie Autoritarismus als Ausdruck verborgener Züge der individuellen Charakterstruktur, die in der Sozialisation erworben wurden. Zur Erfassung der Probanden entwickelten die Autoren auf Grundlage von Forschungsinterviews einen Fragebogen, die so genannte F-Skala, mit der sie Populationen hinsichtlich der Ausprägung autoritärer Einstellungen beschrieben.<sup>15</sup>

Diese entwicklungs- und persönlichkeitspsychologischen Implikationen und die geringe Differenzierbarkeit zwischen unterschiedlichen antidemokratischen Positionen führten relativ früh zur Kritik an der Studie.<sup>16</sup> Der als Berater an der Studie beteiligte Milton Rokeach setzte aus heutiger Sicht eher auf kognitionstheoretische Erklärungen der antidemokratischen Einstellungen, wenn er den Autoritarismus mit offenen oder geschlossenen Wertesystemen konfrontiert.<sup>17</sup> Wie das Autoritarismuskonzept, so ist auch das Dogmatismuskonzept von Rokeach unabhängig vom politischen Links/Rechts-Schema: Autoritäre oder dogmatische Einstellungen können in jeder Partei oder sozialen Gruppierung angetroffen werden. Die mangelnde Differenzierbarkeit zwischen rechts- und linksextremen Positionen führte

<sup>15</sup> Vgl. Oliver Decker, *Autoritarismus und Persönlichkeit*, in: *Texte aus dem Colloquium Psychoanalyse*, 5 (1999), S. 115–129; Michael Schwandt, *Subjektkonstitution und politische Praxis. Die Stellung der Psychoanalyse in der Kritischen Theorie*, in: ebd., S. 98–114.

<sup>16</sup> Auch das selbst für heutige Verhältnisse hoch differenzierte methodische Instrumentarium wurde früh kontrovers diskutiert: Richard Christie/Marie Jahoda (Hrsg.), *Studies in the Scope and Method of the „Authoritarian Personality“*, Glencoe 1954.

<sup>17</sup> Vgl. Milton Rokeach, *The Open and Closed Mind*, New York 1960.

in der Forschung teilweise zu einer Abkehr vom Autoritarismus- und vom Dogmatismuskonzept.

Auch wenn in verschiedenen Ansätzen die Sozialisationstheorie in der Tradition der Berkeley-Gruppe noch heute Zustimmung findet<sup>18</sup> und ihr Erklärungsgehalt für rechtsextreme Einstellungen Bestätigung erhält,<sup>19</sup> fokussiert die Forschung nicht mehr auf autoritäre Charakterstrukturen, sondern stärker auf rechtsextreme Einstellungen.<sup>10</sup> Auch ist die Diskussion weniger von sozialpsychologischen als von politik- bzw. sozialwissenschaftlichen Konstrukten geprägt. Als solche Ansätze zur Erklärung des Rechtsextremismus sollen hier jene Modelle bezeichnet werden, die die Ausprägung rechtsextemer Einstellungen von der Zugehörigkeit der Individuen zu bestimmten Gruppen oder Gesellschaftsschichten ableiten.

Ein bedeutender Ansatz sieht im bedrohten sozialen Status den Auslöser für rechtsextreme Einstellungen. Diese auf Richard Hofstadter und Seymour M. Lipset zurückgehende Forschungstradition sieht im Rechtsextremismus eine Reaktion auf drohende oder vollzogene gesellschaftliche Deklassierung:<sup>11</sup> Menschen, die ihren sozialen Status in Gefahr sehen bzw. einen Status einnehmen, der unter

<sup>18</sup> Vgl. Detlef Oesterreich, Ein neues Maß zur Messung autoritärer Charaktermerkmale, in: Zeitschrift für Soziologie, 29 (1998), S. 5–64; Christel Hopf/Wulf Hopf, Familie – Persönlichkeit – Politik. Grundfragen der politischen Sozialisation, Weinheim 1997.

<sup>19</sup> Vgl. M. Fuchs, Rechtsextremismus von Jugendlichen. Zur Erklärungskraft verschiedener theoretischer Konzepte, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 55 (2003), S. 654–678.

<sup>10</sup> Die ebenfalls persönlichkeits-theoretischen Ansätze, die wie Ronald Inglehart (z. B. Kultureller Umbruch: Wertewandel in der westlichen Welt, Frankfurt/M. 1989) mit seinem Materialismus-Postmaterialismus-Konzept die Werteorientierung in das Zentrum der Analyse stellen, können hier nicht weiter ausgeführt werden; vgl. Helmut Klages/Hans-Jürgen Hippler/Willi Herbert (Hrsg.), Werte und Wandel. Ergebnisse und Methoden einer Forschungstradition, Frankfurt/M. 1992. Auch diese Ansätze gehen nicht vom klassischen Links/Rechts-Schema aus, sondern verorten sicherheits- und ordnungsorientierte Einstellungen wie die ihnen entgegengesetzten toleranzorientierten Einstellungen unabhängig von der manifest geäußerten Parteipräferenz.

<sup>11</sup> Vgl. Seymour Martin Lipset, Soziologie der Demokratie, Berlin 1962; Richard Hofstadter, The Pseudo-Conservative Revolt, in: Daniel Bell (Hrsg.), The Radical Right, Garden City 1964, S. 75–95.

einem gewünschten oder erwarteten liegt, neigen eher dazu, rechtsextreme Positionen zu vertreten. Als aktuelle Rezeption dieser Statusmodelle kann etwa die Desintegrations-theorie bezeichnet werden.<sup>12</sup> Der Nachteil dieses Ansatzes besteht in der Tatsache, dass Statusunsicherheit zwar sehr wohl zu einer rechtsextremen Orientierung führen kann, aber eben nicht muss. Damit bleiben notwendige Bedingungen rechtsextemer Orientierung im Dunkeln.

Neben diesen theoretisch orientierten Untersuchungen sind in jüngerer Zeit auch Studien durchgeführt worden, um einzelne Phänomene der rechtsextemen Szene zu erklären, etwa den Geschlechterunterschied sowohl bei rechtsextemer motivierter Gewalt als auch bei rechtsextemer Einstellung.<sup>13</sup> So werden als Datenbasis sowohl mediale Produkte wie Zeitungen, Fernsehsendungen oder das Internet herangezogen,<sup>14</sup> als auch persönliche Zeugnisse wie Briefe, um Rechtsextremismus oder Teilaspekte wie den Antisemitismus zu untersuchen.<sup>15</sup>

Abschließend muss die Heterogenität der empirischen Herangehensweise festgestellt werden. Berücksichtigen wir die sehr unterschiedlichen theoretischen Fassungen und die Heterogenität rechtsextemer Phänomene, so verwundert es nicht, dass die methodischen Zugänge zur empirischen Erfassung ebenfalls sehr unterschiedlich sind. Die oben genannten theoretischen Erklärungsansätze zur Entstehung rechtsextemer Einstellungen und Ideologien haben jeweils eine hohe Plausibili-

<sup>12</sup> Vgl. Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft, Frankfurt/M. 1994.

<sup>13</sup> Vgl. Birgit Rommelspacher, Das Geschlechterverhältnis im Rechtsextremismus, in: W. Schubarth/R. Stöss (Hrsg.) (Anm. 3), S. 199–219; Antifaschistisches Netzwerk, Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus (Hrsg.), Braune Schwestern – Feministische Analysen der extremen Rechten, Münster 2005; Renate Bitzan, Selbstbilder rechter Frauen. Zwischen Antisexismus und völkischem Denken, Tübingen 2000.

<sup>14</sup> Vgl. Burkhard Schröder, Neonazis und Computernetze. Wie Rechtsradikale neue Kommunikationsformen nutzen, Reinbek 1995; Astrid Lange, Was die Rechten lesen. Fünfzig rechtsextreme Zeitschriften: Ziele – Inhalte – Taktik, München 1993.

<sup>15</sup> Vgl. Wolfgang Benz, Was ist Antisemitismus?, Bonn 2004.

tät, weisen jedoch auch spezifische Schwächen auf, die hier nur kurz angedeutet werden konnten. Empirisch lassen sich für die Zugänge in der Regel jeweils auch Anhaltspunkte finden, allerdings scheidet der Bezug der Erklärungsansätze aufeinander auch an der Heterogenität der eingesetzten Instrumente. Die Forschungsinstrumente sind häufig für die jeweilige Studie entworfene und nicht standardisierte Fragebögen. Der Rückbezug der so empirisch gewonnenen Ergebnisse auf andere Studien ist daher zumeist schwierig.

Hinzu kommt die in den empirischen Sozialwissenschaften existierende Trennung zwischen qualitativen (Forschungsinterviews) und quantitativen (Fragebögen) Zugängen; hierin zeigt sich in der Rechtsextremismusforschung die für die sozialwissenschaftliche Forschung immer noch paradigmatische methodologische Zweiteilung. Es verwundert vor diesem Hintergrund nicht, dass auch die Ergebnisse der Rechtsextremismusforschung sehr heterogen sind. So konnte in der bisherigen empirischen Forschung beispielsweise ein Ost/West-Unterschied zwar für einzelne Aspekte der Einstellung isoliert werden, dabei waren die Ergebnisse aber häufig widersprüchlich.<sup>16</sup>

## Die Erhebung

Die hier vorgestellten Ergebnisse unserer Untersuchung im Auftrag der Universität Leipzig wurden im Zeitraum von September bis Oktober 2004 mit einem Fragebogen gewonnen, der als Ergebnis einer Konsensuskonferenz entwickelt worden war. Die Fragen und teststatistisch abgesicherten sechs Skalen zur Erfassung des Rechtsextremismus sollen auch künftigen Untersuchungen zur Verfügung stehen. Rechtsextremismus wurde hinsichtlich einer Einstellungs- und einer Handlungsebene unterschieden. Mit dem Fragebogen sollen nur Einstellungen erhoben werden. Für die Entwicklung der Fragen zur Einstellungsmessung wurde die folgende Arbeitsdefinition herangezogen: „Der Rechtsextremis-

<sup>16</sup> Vgl. für eine Übersicht: Oliver Decker/Elmar Brähler, Antisemitische und autoritäre Einstellungen im vereinten Deutschland, in: *Psychosozial*, 23 (2000) 2, S. 31–38; Oliver Decker/Oskar Niedermayer/Elmar Brähler, Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, in: *Zeitschrift für Psychotraumatologie und Psychologische Medizin*, 1 (2003), S. 65–77.

mus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen sind. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.“

Rechtsextremismus wird mit diesem Fragebogen in sechs Skalen erfasst, zu denen jeweils drei Fragen gestellt wurden. So werden die Probanden nach der Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur (beispielsweise: „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.“), nach ihrer Zustimmung zu chauvinistischen (beispielsweise „Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.“), ausländerfeindlichen (beispielsweise: „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“) und antisemitischen Aussagen (beispielsweise: „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“) befragt. Weiterhin wurde ihre Zustimmung zu Aussagen mit sozialdarwinistischem Inhalt (beispielsweise: „Es gibt wertvolles und unwertes Leben“) und den Nationalsozialismus verharmlosenden Aussagen (beispielsweise: „Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen“) erfragt. Den Befragten wurden die Aussagen von einem Interviewer mit folgenden Worten präsentiert: „Ich lese Ihnen nun einige Sätze vor, zu denen es unterschiedliche Meinungen gibt. Bitte sagen Sie mir, ob Sie völlig zustimmen, eher zustimmen, eher ablehnen oder völlig ablehnen.“ Sie hatten dann die Möglichkeit, ihre Zustimmung bzw. Ablehnung auf einer fünfstufigen Skala auszudrücken („stimme voll und ganz zu“, „stimme überwiegend zu“, „teils/teils“, „lehne überwiegend ab“, „lehne völlig ab“).

Die Befragung wurde im Auftrag der Universität Leipzig vom Meinungsforschungsinstitut USUMA in der gesamten Bundesrepublik durchgeführt. Die Zufallsauswahl der Haushalte erfolgte nach dem *random-route*-Verfahren, wobei die im Haushalt zu befragende Zielperson ebenfalls nach dem Zufalls-

**Tabelle 1**  
**Soziodemographische Angaben zur Repräsentativ-**  
**erhebung 2004**

		Gesamt (N=2473)	in Prozent
Geschlecht	männlich	1 171	47,4
	weiblich	1 302	52,6
Alter (in Jahren)	Mittelwert	48,1	
	Range (von – bis)	14–99	
Wohnort	Ost	573	23,2
	West	1 900	76,8
Familien- stand	verheiratet, gemeinsam lebend	1 299	52,5
	verheiratet, getrennt lebend	26	1,1
	ledig	587	23,7
	geschieden	258	10,4
Bildung	verwitwet	303	12,3
	ohne Abschluss	36	1,5
	Hauptschulabschluss (8. Klasse)	1 112	45
	mittlere Reife/Real- schule	678	27,4
	POS/10. Klasse	162	6,6
	Fachschule	70	2,8
	Abitur	177	7,2
	abgeschlossenes Hoch-/ FH-Studium	171	6,9
Erwerbs- tätigkeit	Schüler/in	67	2,7
	vollzeitbeschäftigt (≥ 35 Stunden)	899	36,4
	teilzeitbeschäftigt (15–34 Stunden)	189	7,6
	teilzeitbeschäftigt (≤ 14 Stunden)	49	2,0
	Zivildienstleistende/ Erziehungsurlaub	37	1,5
	Arbeitslose	168	6,8
	Rentner	754	30,5
	nicht berufstätig	185	7,5
	in Berufsausbildung	35	1,4
	in Schul-, Hochschul- ausbildung	157	6,4
Haus- haltsein- kommen (Netto, N=2361)	< 750 €/Monat	105	4,5
	750 bis 1 250 €/Monat	507	21,5
	1 250 bis 2 000 €/Monat	911	38,6
	> 2 000 €/Monat	838	35,5

prinzip (dem so genannten Schwedenschlüssel) ermittelt wurde. Aus jedem Haushalt wurde somit nur eine Person befragt. Die Repräsentativität wurde durch die Ziehung von ADM-Stichproben gesichert.<sup>17</sup> Die Grundgesamtheit in der von uns durchgeführten Er-

<sup>17</sup> Vgl. Arbeitsgemeinschaft Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute (Hrsg.), Stichprobenverfahren in der Umfrageforschung, Opladen 1999.

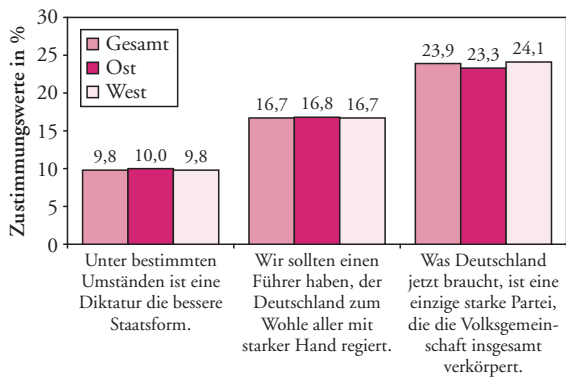
hebung stellte die deutschsprachige, in Privathaushalten lebende Wohnbevölkerung ab 14 Jahren dar. Die Ausschöpfungsquote der Bruttostichprobe betrug in der Erhebung ca. 68 Prozent. Sie ist damit annähernd mit den entsprechenden Quoten anderer bevölkerungsrepräsentativer Umfragen (wie z.B. ALLBUS oder Wohlfahrtssurvey) vergleichbar. Für die Höhe der Ausschöpfung sind neben qualitätsneutralen (Wohnung unbewohnt, keine Person der Grundgesamtheit im Haushalt) vor allem systematische Ausfälle (im Haushalt trotz zweimaligen Besuchs niemanden angetroffen/Haushalt verreist, Haushalt verweigert Auskunft, Zielperson trotz dreimaligen Besuchs nicht angetroffen, Zielperson krank/nicht in der Lage, dem Interview zu folgen, Zielperson verweigert Interview) verantwortlich. Die genauen soziodemographischen Merkmale der Stichprobe sind *Tabelle 1* zu entnehmen.

## Ergebnisse

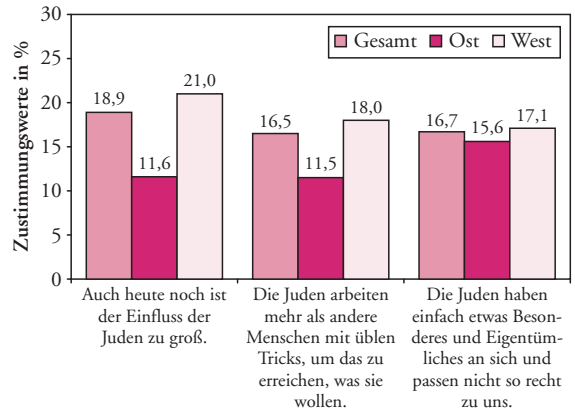
Zur besseren Darstellbarkeit wurden die Antwortmöglichkeiten „stimme voll und ganz zu“ und „stimme überwiegend zu“ zusammengefasst. In den abgebildeten Diagrammen werden die Prozentangaben derjenigen angegeben, die den Aussagen jeweils „voll und ganz“ oder „überwiegend“ zugestimmt haben. Die fehlenden Prozentangaben verteilen sich auf die hier nicht dargestellten Antwortmöglichkeiten „teils/teils“, „lehne überwiegend ab“ und „lehne völlig ab“. Die den Probanden vorgelegten Aussagen werden den Skalen zugeordnet abgebildet.

*Diagramm 1* sind die Aussagen und die Zustimmungswerte zur „Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur“ zu entnehmen. Insgesamt stimmten beispielsweise 9,8 Prozent der Deutschen der Aussage zu, dass eine Diktatur unter Umständen „die bessere Staatsform“ sei, jeweils zu fast gleichen Teilen aus Ost- und Westdeutschland. Die Ost/West-Unterschiede sind marginal. Die Zustimmungswerte zu Aussagen der Skala „Chauvinismus“ sind *Diagramm 2* zu entnehmen. 39,2 Prozent der Deutschen sind demnach der Ansicht, dass „wir endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben sollten“. Hohe Zustimmung zu ausländerefeindlichen Aussagen sind ein klassisches Merkmal rechtsextremer Einstellungen. Die

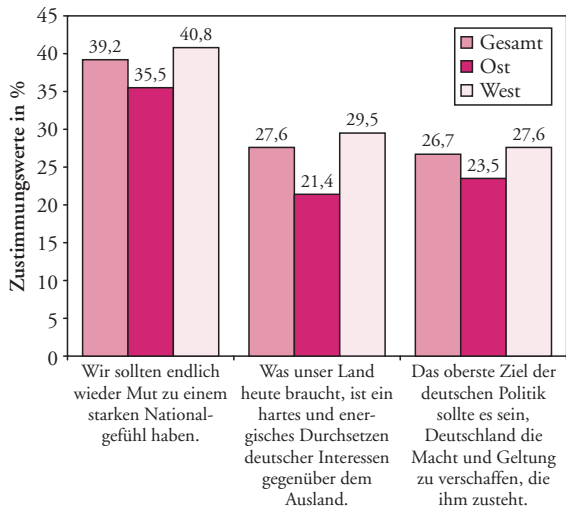
**Diagramm 1 – Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur**



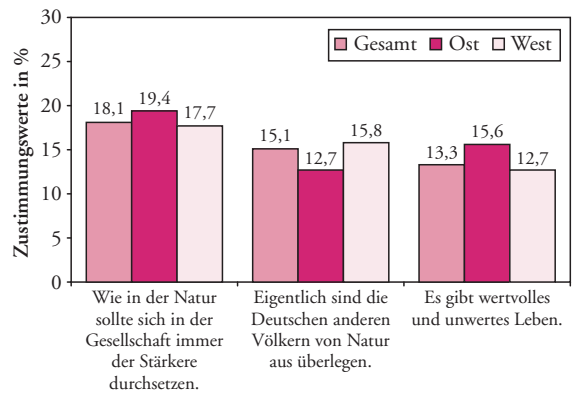
**Diagramm 4 – Antisemitismus**



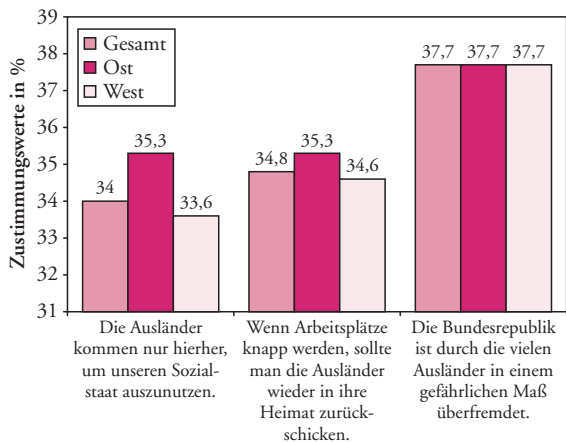
**Diagramm 2 – Chauvinismus**



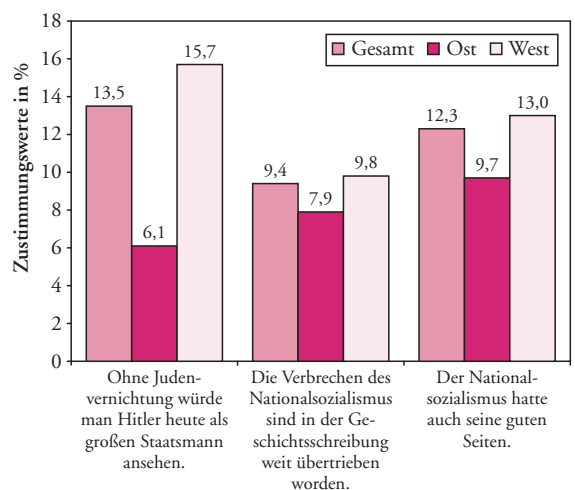
**Diagramm 5 – Sozialdarwinismus**



**Diagramm 3 – Ausländerfeindlichkeit**

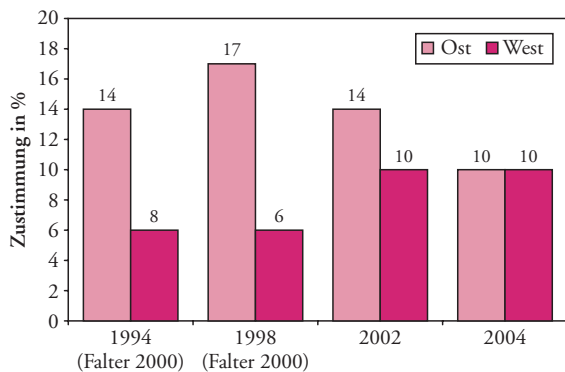


**Diagramm 6 – Verharmlosung des Nationalsozialismus**



## Diagramm 7 – Entwicklung im Zeitverlauf

„Diktatur die bessere Staatsform“



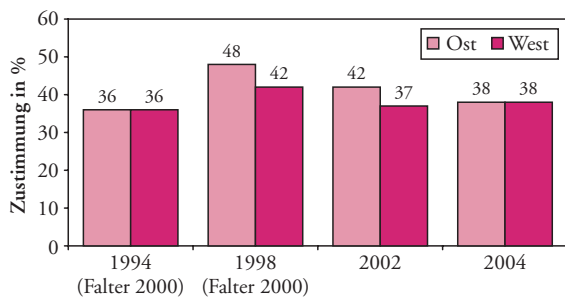
## Diagramm 8 – Entwicklung im Zeitverlauf

„Mut zu starkem Nationalgefühl“



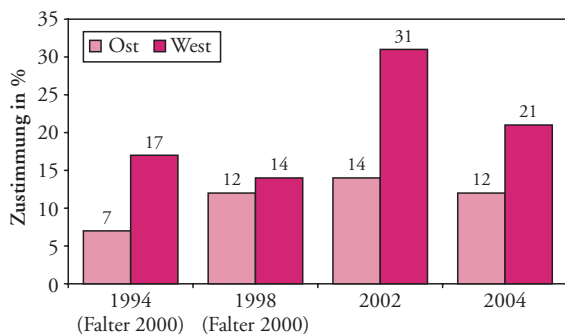
## Diagramm 9 – Entwicklung im Zeitverlauf

„Bundesrepublik durch die Ausländer überfremdet“



## Diagramm 10 – Entwicklung im Zeitverlauf

„Der Einfluss der Juden ist zu groß“



Ergebnisse zur Skala „Ausländerfeindlichkeit“ sind *Diagramm 3* zu entnehmen. Der geringe Ost/West-Unterschied der bisher vorgestellten Skalen trifft hinsichtlich der Ausländerfeindlichkeit interessanterweise nicht zu. So sind mehr Ost- als Westdeutsche der Meinung, Ausländer kämen nur nach Deutschland, „um unseren Sozialstaat auszunutzen“.

Ein weiteres Identifikationsmoment rechtsextremer Einstellungen ist der Antisemitismus. Die Zustimmung zu antisemitischen Aussagen ist in *Diagramm 4* dargestellt, wobei deutlich wird, dass die Zustimmung zu antisemitischen Aussagen in Westdeutschland durchgängig höher ist als in Ostdeutschland. Der Sozialdarwinismus, die Übertragung eines kausalen Darwinismus auf die Gesellschaft zur Rechtfertigung aggressiver und ausgrenzender Handlungen gegenüber Schwächeren, wurde in unserer Erhebung ebenfalls mit drei Fragen abgebildet. Die Ergebnisse sind in *Diagramm 5* dargestellt. Große Ost/West-Differenzen finden wir auch in der „Verharmlosung des Nationalsozialismus“ (*Diagramm 6*). Hierbei zeigen sich ebenfalls generell im Westen höhere Zustimmungswerte zu den einzelnen Aussagen.

Fassen wir die Zustimmungswerte zu den einzelnen Fragen zusammen, sind insbesondere die zu mehr als einem Viertel hohen ausländerfeindlichen Einstellungen auffällig. Auch der Chauvinismus ist in der untersuchten repräsentativen Stichprobe sehr deutlich. Jeder zehnte Deutsche stimmt außerdem antisemitischen Aussagen ausdrücklich zu. In der Zusammenschau fällt ferner auf, dass die Werte zwischen Ost- und Westdeutschland nicht so deutlich zu unterscheiden sind. Westdeutschland zeigt sich antisemitischer und chauvinistischer, ist aber weniger sozialdarwinistisch eingestellt. Hier hat in den letzten Jahren eine Entwicklung stattgefunden, wie den *Diagrammen 7, 8, 9 und 10* zu entnehmen ist (die Werte sind, anders als in den *Diagrammen 1 bis 6*, zum Zweck des Vergleichs mit den von Jürgen W. Falter erhobenen Daten gerundet<sup>18</sup>).

<sup>18</sup> Die Daten von 1994 und 1998 stammen aus: Jürgen Falter, *Rechtsextremismus in Deutschland*. Die Entwicklung des Einstellungs- und Verhaltenspotenzials 1994–2000, in: *Perspektive*, Nr. 7 (2000) (Landes-

Sowohl die Zustimmung zu einer Diktatur als auch zu chauvinistischen und ausländerfeindlichen Aussagen hat seit 1994 in Ostdeutschland kontinuierlich abgenommen. In Westdeutschland stagnierten die Zustimmungswerte im selben Zeitraum oder zeigten eine geringe Zunahme. Antisemitismus scheint in beiden Landesteilen ein Sonderfall zu sein: Die Schwankung in Westdeutschland ist bei der Aussage deutlich zu verzeichnen. Während in Ostdeutschland die Zustimmung von sieben Prozent 1994 bis auf zwölf Prozent heute zunahm, „explodierte“ die Zustimmung im Westen förmlich auf 31 Prozent im Jahre 2002. Dabei war das Niveau von 1994 mit 17 Prozent bereits deutlich höher als im Osten. Mit 21 Prozent ist die Zustimmung zu antisemitischen Aussagen im Westen immer noch deutlicher ausgeprägt.

Den Tabellen 2, 3 und 4 sind die Zustimmungswerte in Abhängigkeit von Geschlecht, Erwerbsstatus und formalem Bildungsgrad zu entnehmen. In allen Skalen zeigen die Männer eine deutlich ausgeprägtere rechtsextreme Einstellung als die befragten Frauen. Dabei nähern sich die Frauen in der Ausländerfeindlichkeit den Männern an, erreichen aber auch hier nur annähernd die männlichen Zustimmungswerte. Interessant ist, dass die Zustimmung bei Arbeitslosen deutlich höher ist als bei den anderen Gruppen. Aber auch hier fallen die in allen Gruppen hohen Zustimmungswerte auf, während Befragte mit allgemeiner Hochschulreife deutlich niedrigere Zustimmungswerte zu verzeichnen haben als die Vergleichsgruppe ohne Abitur.

**Tabelle 2 – Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen in Abhängigkeit vom Geschlecht**

	Männer	Frauen
Befürwortung Diktatur	8	5
Chauvinismus	21	17
Ausländerfeindlichkeit	26	25
Antisemitismus	13	7
Sozialdarwinismus	8	5
Verharmlosung Nationalsozialismus	6	3

**Tabelle 3 – Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen in Abhängigkeit vom Erwerbsstatus**

	Ausbildung/ Wehrdienst	erwerbstätig	arbeitslos	Hausfrau/ Hausmann	Ruhestand
Befürwortung Diktatur	5	5	9	5	8
Chauvinismus	17	17	19	14	23
Ausländerfeindlichkeit	22	23	31	23	30
Antisemitismus	8	8	13	7	13
Sozialdarwinismus	5	7	10	3	6
Verharmlosung Nationalsozialismus	2	4	7	2	6

angeben, den Aussagen zwar nicht zustimmen zu können, sie aber auch nicht ablehnen zu wollen: Eine Modifikation der Antworten im Sinne der sozialen Erwünschtheit kann angenommen werden. Das gilt auch für die antisemitischen Aussagen: Der Antisemitismus fällt mit zehn Prozent ausdrücklicher Zustimmung geringer aus als die Ausländerfeindlichkeit, ist jedoch mehr als ein Randphänomen.

Die Zustimmungswerte sind nicht in allen Bevölkerungsteilen gleichermaßen hoch. Auf der Ebene der einzelnen Aussagen lassen sich deutliche Unterschiede zwischen Ost und West, Geschlecht, Bildungsgrad und sozialer Lage ausmachen, aber auch Veränderungen

## Auswertung

Die hohen Zustimmungswerte zu den meisten rechtsextremen Aussagen sind bemerkenswert. Die größte Zustimmung haben bundesweit ausländerfeindliche Aussagen, denen immerhin ein Viertel der Bevölkerung ausdrücklich zustimmen. Ein weiterhin großer Anteil der deutschen Bevölkerung stimmt Aussagen mit chauvinistischen Inhalten zu. Hinzu kommt die Gruppe der Personen, die

zentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz), S. 7–27. Die Daten von 2002 und 2004 stammen aus unserer Arbeitsgruppe; für die Daten aus 2002 vgl. O. Decker/O. Niedermayer/E. Brähler (Anm. 16).

**Tabelle 4 – Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen in Abhängigkeit vom formalen Bildungsgrad, Vergleich Repräsentativerhebung 2002 und 2004**

	Abitur		ohne Abitur	
	2002	2004	2002	2004
Befürwortung Diktatur	3	4	8	7
Chauvinismus	9	9	21	21
Ausländerfeindlichkeit	12	14	27	27
Antisemitismus	2	5	14	11
Sozialdarwinismus	1	2	6	7
Verharmlosung Nationalsozialismus	1	2	5	5

im Antwortverhalten im Vergleich zu unserer Erhebung im Jahr 2002 sind festzustellen.

Im Ost/West-Vergleich sind noch immer deutliche Einstellungsunterschiede zu verzeichnen. Diese treten hervor, wenn viele Westdeutsche Hitler als „großen Staatsmann“ sehen, den heutigen Einfluss „der Juden“ als zu groß bewerten und ein starkes Nationalgefühl einfordern. Betrachten wir die Zustimmungswerte zu den Aussagen nach Skalen, sind die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland nicht mehr ganz so deutlich ausgeprägt. Der Westen zeigt sich chauvinistischer und antisemitischer als der Osten, auch in der Ausländerfeindlichkeit hat der Westen den Osten eingeholt. Als positiver Trend soll festgehalten werden, dass die Zustimmungswerte insgesamt abgenommen haben. Generell scheint der Osten nicht rechtsextremer eingestellt zu sein als Westdeutschland, wenn auch Differenzen in den einzelnen Aussagen zu erkennen sind.

Im Vergleich zur Repräsentativerhebung von 2002 lässt sich für Ostdeutschland ein Trend ausmachen: Die Zustimmungswerte zu Aussagen, dass eine Diktatur unter Umständen die bessere Staatsform sei und dass eine „Überfremdung“ durch Ausländer drohe, haben abgenommen. Ähnliches gilt für die westdeutsche Zustimmung zur Forderung, „Mut zu einem starken Nationalgefühl“ zu haben, sie fällt geringer aus. Am deutlichsten ist im Westen die Abnahme des Antisemitismus: Sahen 2002 noch 31 Prozent einen „großen Einfluss der Juden“, so sank

die Zahl 2004 um zehn Prozentpunkte auf 21 Prozent.

Diese Abnahme kann zum einen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass rechtsextreme und antisemitische Aussagen nach wie vor relativ hohe Zustimmung zu verzeichnen haben. Zum anderen sollten bei der Interpretation die vor zwei Jahren noch manifest geäußerten antisemitischen Aussagen von einem Drittel der westdeutschen Bevölkerung berücksichtigt werden. Die nun im Verhältnis dazu geringeren Zustimmungswerte binnen zwei Jahren können nicht beruhigen, sprechen sie doch eher für eine Latenz des Antisemitismus als für einen grundsätzlichen Einstellungswandel.

Betrachten wir Einflussfaktoren auf das Zustimmungsverhalten: Der deutliche Einfluss des Bildungsgrades auf die Zustimmung ist in bisherigen Studien bestätigt worden. Menschen mit höherem Schulabschluss stimmen rechtsextremen Aussagen seltener zu als jene, die einen niedrigeren Schulabschluss besitzen. Allerdings hat sich dieser Unterschied in der Befragung 2004 deutlich verringert. Der Anteil der Menschen mit Abitur als Schulabschluss, die den Aussagen zustimmen, hat deutlich zugenommen, insbesondere hinsichtlich der Ausländerfeindlichkeit. Frauen stimmten auch in dieser Erhebung rechtsextremen Aussagen weniger zu als Männer. Einzig bei der Ausländerfeindlichkeit liegen die Geschlechter gleichauf.

Die These, dass höhere Zustimmungswerte bei so genannten Modernisierungsverlierern anzutreffen sind, kann durch die Befragung gestützt werden. Arbeitslose haben bei allen Skalen eine deutlich rechtsextremere Einstellung als andere Bevölkerungsgruppen. Die hohe Zustimmung bei Rentnern korrespondiert mit dem Alterseffekt, den wir ausmachen konnten. Unterteilen wir die Untersuchungsgruppe in Altersgruppen, so zeigen die über 60-Jährigen die höchste Zustimmung.

Die Daten lassen in einem Punkt aufmerken: Die Zunahme rechtsextremer Einstellung in der Gruppe mit höherem Bildungsabschluss ist deutlich. Personen mit Abitur hatten bisher stabil niedrige Zustimmungswerte. Sollte sich dieser Trend in den nächsten Untersuchungen bestätigen, zeigt er Forschungs-

bedarf an. Bisher wurde Bildung als deutlicher Schutzfaktor gegen rechtsextreme und antisemitische Einstellungen bewertet. Sollte sich diese Annahme als falsch erweisen, gilt es, die Ursachen für diesen Einstellungswechsel aufzuklären.

Einen ersten Hinweis geben die hohen Zustimmungswerte der so genannten Modernisierungsverlierer. Die wirtschaftliche Krise und der strukturelle Umbau des Sozialstaats erfassen nun auch Schichten der Bevölkerung mit höherem Bildungsabschluss. Der bundesdeutsche Mittelstand ist von sozialen Deklassierungen bedroht, wie sie bisher in der Breite nur Angehörigen bildungsferner Schichten drohten. Sollte hier eine Ursache für die Zunahme des Rechtsextremismus zu finden sein, würde dies die These stützen, dass Rechtsextremismus und Antisemitismus stabile Einstellungsmuster sind, die bei sozialen Krisen aus der Latenz heraustreten.

*Kurt Lenk*

## Rechtsextreme „Argumentationsmuster“

Unter den erleichterten Kommentaren zum gescheiterten Versuch der Rechtsextremen, ausgerechnet den 8. Mai 2005, den 60. Jahrestag des Kriegsendes in Europa, zur Demonstration ihrer vermeintlichen Stärke zu nutzen, findet sich der Bericht eines Augenzeugen, der die Situation auf dem Berliner Alexanderplatz wie folgt schildert: „Das Bild, das sie abgaben, ein Nukleus von zumeist sehr jungen Radikalen, bewacht von den erwachsenen Massen der Demokratie, hat dennoch etwas Bedrückendes. Es leiht dem rechten Denken eine Sprengkraft, die es eigentlich nicht hat, es drückt den harten Kern noch fester zusammen und schenkt ihm so eine Aura des Besonderen, Nonkonformistischen, gar Unverletzlichen. Für künftige Gedenktage sollte man sich auch eine andere Symbolik der Ausgrenzung überlegen. Die rechten Gruppen dürfen nicht konzentriert werden; man muss sie sich zerstreuen lassen, weil ihr öffentlicher Auftritt in Wahrheit das einzige ist, was sie am Leben hält. Wenn ihre Marschformationen, Bünde, Fraktionen ihre Form verlieren, zergeht auch der ganze ideologische Spuk in Nichts.“<sup>1</sup>

**Kurt Lenk**

Dr. phil., geb. 1929; em. Professor für Politische Wissenschaft; bis 1994 Direktor des Instituts für Politische Wissenschaft an der RWTH Aachen. Humboldtstraße 21, 91054 Erlangen.

Der Autor, der damit Wasser in den Wein allseitiger Befriedigung über den gewaltlosen Ausgang des Unternehmens gießt, ist nicht zufällig ein Filmkritiker, der weiß, welche Steilvorlage die telegene Symbolik Jugendliche (= Neonazis) gegen Erwachsene (= friedliebende Demokraten) bieten mochte, zumindest für jene „getreuen Kameraden“ des „nationalen Widerstands“, die mit dem Ruf „Wir

<sup>1</sup> Andreas Kilb, Ungezwungen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 9. 5. 2005, S. 41.

kommen wieder!“ den Abzug begleiteten. Der Autor behauptet zugleich, das vom Fernsehen inszenierte Ereignis habe „dem rechten Denken eine Sprengkraft“ verliehen, „die es eigentlich nicht hat“, eine Aura, die dem insgesamt ziemlich tristen rechtsextremen Milieu nur dort zukomme, wo es, von außen bedrängt, sich just so fühlen kann, wie es seinem Weltbild seit je entspricht: Feinde ringsum, man selbst aber inmitten einer verschworenen Gemeinschaft von vaterlandstreuen „Märtyrern“, die sich im Glanz ihrer Entschiedenheit sonnen dürfen. Dies freilich nur vermittelt jener bild- und symbolträchtigen Form, die das Medium – gewiss ungewollt – dem Spektakel bietet. Als je Einzelne, man weiß es längst, erscheinen die strammen Marschierer oft eher als die „netten Jungs von nebenan“. In der Kolonne jedoch, finster uniformiert, haben sie Teil an einem erhebenden „Größen-Wir“, jenem Delirium nicht unähnlich, das Massen von so genannten Fans nahezu allwöchentlich beim Fußball zu befallen scheint.<sup>12</sup>

## Definitionsprobleme

Der Faschismusbegriff ist durch die Inflationierung, die er seit den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts im Gefolge der Studentenbewegung erlitten hat, mitunter zu einem bloßen Kampfbegriff denaturiert. Dies hat zu einer bedauerlichen theoretischen Unschärfe und Entleerung der Diskurse geführt, bei der empirisch fundierte Definitionselemente, die noch in der Epoche zwischen den beiden Weltkriegen gegenwärtig waren, weithin verloren gingen. Die jüngste Geschichte liefert indessen ein Lehrstück dafür, dass mit der schwindenden Kraft des Begriffs nicht zugleich auch das Verschwinden seines Gegenstandes einhergeht.

Um dem Dilemma zu entgehen, das aus dem Potenzverlust wissenschaftlicher Begriffsbildung bei gleichzeitiger „Rückkehr der Geschichte“ entspringt,<sup>13</sup> bedürfte es einer erneuten, empirisch und theoretisch orientierten Zuwendung zu den „klassischen“

<sup>12</sup> Auffällig häufig werden in jüngster Zeit Rassismus und Rechtsextremismus in Fußballstadien Osteuropas, Italiens, Spaniens sowie an zahlreichen Spielorten in Deutschland beobachtet. Vgl. z. B. den Bericht von Arno Stoffels, Schleichende Bedrohung auf den Rängen, in: Nürnberger Nachrichten vom 24. 6. 2005, S. 3.  
<sup>13</sup> So der Titel des im Frühjahr 2005 erschienenen Buches Joschka Fischers.

Formen des europäischen Faschismus, um so die Differenzen zu heutigen Phänomenen, aber auch deren modifiziert fortwirkende Kontinuitäten in den Blick zu nehmen.

Es ist kaum tröstlich, festzustellen, dass – in durchaus analoger Weise – auch der in der Mediengesellschaft inflationär gewordene rechte ebenso wie der linke „Populismus“ einer wissenschaftlichen Definition zu entgleiten droht. Erscheint doch ein strukturell gewordener Populismus „zunehmend fraktioniert und diffundiert, (...) dergestalt, dass das Gemeinsame des Begriffs oft nicht mehr recht durchscheint. Demgegenüber sind gleichzeitig die populistischen Versatzstücke ins Kraut geschossen. (...) Populismus als Politikstil ist ubiquitär geworden. (...) Auch fällt es immer schwerer, besondere ‚populistische Momente‘ aufzufinden. (...) Es scheint inzwischen so weit gekommen zu sein, dass schlechterdings alle Momente populistische Momente sein können. Populismus ist, wenn nicht alles täuscht, zum dominanten Politikstil der Epoche geworden.“<sup>14</sup>

Die andauernden Schwierigkeiten bei der Verständigung über den Begriff des Rechtsextremismus ergeben sich nicht zuletzt aus dessen verwirrendem Facettenreichtum: gewalttätige Randalierer, Ausschreitungen gegen Schwächere, Fremdenfeindlichkeit, Ethnozentrismus und Ethnopluralismus – all dies verweist auf die Tatsache, dass die Probleme einer angemessenen Definition – jenen bei der Bestimmung des Populismus nicht unähnlich – offenbar auch im Untersuchungsobjekt selbst liegen. Aus solchem Unvermögen zur eindeutigen Definition zu schließen, Rechtsextremismus gebe es höchstens an den Rändern der Gesellschaft, während eine davon säuberlich geschiedene „gesunde Mitte“ dagegen immun sei, hat sich längst als Trugschluss erwiesen.

## Potenziale und Kommunikationsformen

Der gegenwärtige Rechtsextremismus ist in erster Linie keine wählerstatistische Größe; weit wichtiger sind jene diffusen, temporär ansprechbaren Potenziale für die Botschaft von rechtsaußen, vor allem dann, wenn Peri-

<sup>14</sup> Hans-Jürgen Puhle, Zwischen Protest und Politikstil: Populismus – Neopopulismus und Demokratie, in: Nikolaus Werz (Hrsg.), Populismus. Populisten in Übersee und Europa, Opladen 2003, S. 43.

oden der „Schönwetter-Demokratie“ von „sozialen Verwerfungen“ abgelöst werden: Ängste vor Status-Verlust, allgemeine soziale Verunsicherung, beschädigte Sozialmilieus und sonstige Desintegrationserscheinungen im Gefolge ökonomischer Krisen oder politischer Legitimationsdefizite. Rückwärts gewandte rechtsextreme oder populistische Scheinlösungen haben in der Regel dort gewisse Erfolgchancen, wo zentrale Institutionen demokratisch verfasster Gesellschaften ihre Überzeugungskraft eingebüßt haben: etwa Parteien, Parlamente oder Medien. Dass solche Vorgänge nicht bloß ein gesamtdeutsches, sondern ein internationales Problem darstellen, dürfte gerade in letzter Zeit erneut unverkennbar geworden sein: Deutliche Erosionserscheinungen bei der europäischen Integration, akute Schwächesymptome europäischer Regierungen – wie denjenigen Frankreichs, Italiens oder der Bundesrepublik – eröffnen Chancen für gewisse „fundamentalistische“ Renationalisierungstendenzen.

Auch hier gilt jene bereits Ende der fünfziger Jahre von Theodor W. Adorno ausgesprochene Warnung: „Ich betrachte das Nachleben des Nationalsozialismus *in* der Demokratie als potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen *gegen* die Demokratie. Unterwanderung bezeichnet ein Objektives; nur darum machen zwielichtige Figuren ihr *come back* in Machtpositionen, weil die Verhältnisse sie begünstigen.“<sup>15</sup>

Politische und soziale Mythen, nicht logisch nachvollziehbare Argumente sind die typischen Kommunikationsformen in rechtsextremen Diskursen. Sie bilden die Hintergrundfolien für „Argumentationsmuster“, wie sie unter anderem als Stereotype etwa zur Person Hitlers, zur deutschen Wehrmacht oder zum Holocaust zirkulieren.<sup>16</sup> Solche Mythen und Symbole sind bereits für sich genommen eine Kampfansage gegen einen als „zerstehend“ abgewehrten kritischen Intellekt, weil nur im Medium von Mythen „völkisches Wollen“ unmittelbar zur Tat werde. Sie stärk-

<sup>15</sup> Theodor W. Adorno, Was bedeutet Aufarbeitung der Vergangenheit, in: Eingriffe. Neun kritische Modelle, Frankfurt/M. 1963, S. 126.

<sup>16</sup> Vgl. hierzu Wolfgang Benz (Hrsg.), Legenden Lügen Vorurteile, München 1990, sowie: Markus Tiedemann, „In Auschwitz wurde niemand vergast“. 60 rechtsradikale Lügen und wie man sie widerlegt, München 2000.

ten die kollektive Instinktsicherheit, auf der allein sich Ordnung, Zucht und Stärke gründeten. So gelten Kollektivsubjekte wie „Nation“, „Reich“ oder „Volksgemeinschaft“ als der symbolische Ausdruck eines kollektiven Willens, der einer straffen Führung bedürfe, um sich in einer Welt von Feinden durchzusetzen. Nationale Entscheidungen seien demgemäß nur dann „echt“, wenn sie als Ausdruck „nationaler Identität“, nicht etwa als Ergebnisse von Kompromissen gefällt würden.

Mit ihrer Symbolik liefert die Sprache selbst einen Zugang zur Mythenwelt des Rechtsextremismus. Deren Metaphorik bewegt sich mit Vorliebe um Topoi wie „Schicksal“, „Kampf“, „Krieg“ oder „Raum“. Gemeinsam ist ihnen die Reduktion geschichtlicher Prozesse auf einen eigengesetzlichen Naturprozess, in den die Völker als Kollektivsubjekte unentrinnbar eingebunden seien. Hierin erweist sich die Grundierung des rechtsextremen Weltbildes durch den seit dem 19. Jahrhundert virulenten Sozialdarwinismus. Ihm zufolge beruht das Lebensrecht eines Kollektivs primär auf der Tatsache, dass es sich im ewigen Daseinskampf der Völker zu behaupten vermag. Das Recht zu leben stehe und falle mit der Macht zum Überleben; Schwäche sei faktisch Unrecht. Nur im ehernen *survival of the fittest* erweise sich die Höher- oder Minderwertigkeit eines Volkes gemäß dem Gesetz der rassistisch-biologischen Auslese.

Aus dieser Annahme einer Naturgeschichte ewiger Kämpfe ergeben sich zwei Konsequenzen: *Erstens* werden den Individuen Eigenrechte nur nach Maßgabe ihrer Integration in ein als homogen gedachtes Volksganzes zugebilligt. *Zweitens* folgt aus dieser Absolutsetzung einer „völkischen Identität“ die Abwehr jeder Form von „Überfremdung“, dasie die geforderte Reinheit der Nation, als Bedingung ihrer Überlebenskraft, gefährde.

In der Tat gehört das Begriffsfeld solcher Überfremdungsrhetorik zu den Kernelementen jeder rechtsextrem-ethnozentrischen Propaganda. Sie ist gleichermaßen in antisemitischen Pamphleten seit dem 19. Jahrhundert wie in zahlreichen rechtspopulistischen Bekundungen von heute enthalten.<sup>17</sup> „Über-

<sup>17</sup> Vgl. hierzu das Stichwort „Überfremdung“ in: Cornelia Schmitz-Berning, Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin–New York 1998, S. 615 ff.

fremdung“ soll den vermeintlich drohenden Verlust der ethnischen Identität des eigenen Volkes anzeigen, den der Multikulturalismus mit sich bringe.

Eine weitere Besonderheit rechtsextremer Einstellungen liegt in der Neigung, als positiv gewertete Vergangenheiten zu vergegenwärtigen, sei es durch deren Beschwörungen, sei es als Appell zur „völkischen Erneuerung“. Dem liegt ein Zeiterleben zugrunde, das sich als tendenziell wirklichkeitsentzogen kennzeichnen ließe. Denn es gehört zum Spezifikum mythischen Denkens, zeitliches Nacheinander zu negieren, indem man Zeit ver-räumlicht und verbildlicht, sodass in solcher Optik Geschichte als Abfallbewegung von einem als „rein“ gedachten Ursprung erscheint. Das Versprechen einer neuen Ganzheit, die Herstellung einer Volksgemeinschaft und das Streben nach einer „wahren“ Gerechtigkeit sind nur verschiedene Aspekte ein- und derselben Sehnsucht nach Harmonie, die sich mit der Losung umschreiben ließe: „Der Ursprung ist das Ziel.“ In dieses Programm der Wiederherstellung einer verlorenen Einheit fügt sich ein Bestreben nach Revitalisierung von Formen kameradschaftlicher Unmittelbarkeit ein, das heißt: eine radikale Verneinung der in arbeitsteiligen Gesellschaften abstrakt gewordenen sozialen Beziehungen, die bis zur deklarierten Abschaffung von Zins und Börse geht.

Auch der im Rechtsextremismus angelegte aktivistische Impuls entsteht aus der imaginären Inszenierung angeblich heiler Vergangenheiten im Sinne ihrer symbolischen Präsentation. Den fehlenden Bezug zur Gegenwart ersetzt oftmals der Gestus einer männerbündischen Entschlossenheit, Mythen durch die direkte Tat „wahr zu machen“. Dieses „Wahr-machen“ im Sinne eines „Tatglaubens“ gilt primär als eine Frage des kollektiven Willens. Die Rückwendung zum fiktiven Ursprung, zur Reinheit und Einheit des Ganzen kann allerdings nur durch radikale Negation der Geschichte erfolgen, denn diese wird letztlich allein als ein Prozess wachsender Entfernung vom Ursprung und damit als Verfall, sprich „Dekadenz“, eingeschätzt, ein Schlüsselbegriff auch heutiger rechtsextremer Manifeste.<sup>18</sup>

<sup>18</sup> Die Neigung des Rechtsextremismus zur Gewalt als Lösung politischer und sozialer Konflikte und der

Schon in den klassischen Formen faschistischer Entwürfe gehört die Imagination eines „heilen“ Ursprungs zum Kernpunkt rechtsextremer Einstellungen. Sie erscheint hier als eine Frage des unbeirrbaren Glaubens an den Sieg der eigenen Sache. Ohne ein solches säkulares Heilsversprechen wäre der Appell von rechtsaußen nicht zu begreifen; erscheint doch die nationale Erhebung als eine Art Rückkehr in die imaginierte Unmittelbarkeit der „Volksgemeinschaft“.

## Kein geschlossenes Weltbild

Im Blick auf die Gemeinsamkeiten rechtsextremer Einstellungen wird mitunter von der Existenz eines „geschlossenen Weltbildes“ gesprochen, so, als bedürfe es einer systematischen Schulung, um als Rechtsextremist zu gelten. In Wirklichkeit gab und gibt es eine solche Geschlossenheit nicht. Von einem geschlossenen Weltbild kann höchstens im Sinne von *closed mindedness* gesprochen werden, was im Kontext angelsächsischer Forschung so viel wie Engstirnigkeit, Voreingenommenheit und Eingeleisigkeit eines Denkens bedeutet, das sich mit Immunisierungsstrategien gegen irritierende Erfahrungen verpanzert.

An solcher Unansprechbarkeit für konkrete Erfahrungen erweist sich eine der ideologischen Funktionen rechtsextremer Einstellungen: Stets werden negativ bewertete gesellschaftliche Verhältnisse (etwa Krisenerscheinungen, Arbeitslosigkeit oder Inflationen) personalisierend bestimmten Akteuren oder Akteursgruppen zur Last gelegt, wodurch undurchschaubar erscheinende gesellschaftliche Strukturen sich in die ersehnte Unmittelbarkeit intersubjektiver Beziehungen verwandeln lassen. Man scheidet die komplexe Welt in die klare Eindeutigkeit von Freund und Feind, da, wie es scheint, nur auf diesem Wege Sicherheit zu gewinnen sei. Die dichotomische Scheidung der Welt in Gut und Böse ist seit je ein Kennzeichen erfahrungsresistenter Weltwahrnehmung und deshalb auch Grundlage nicht bloß des Rechtsextremismus, sondern vielfältiger Fundamentalismen. Von solch einem „archimedischen

daraus entspringende Gewaltkult lässt sich auf das im Dekadenztheorem angelegte Dogma vom Verfall aller Wertordnungen zurückführen. Epochemachend blieb hier nach wie vor der französische Syndikalist Georges Sorel, vgl. ders., *Über die Gewalt*, Frankfurt/M. 1969.

Punkt“ her lassen sich allemal „böse Übeltäter“ ausmachen, deren gewaltsame Beseitigung dann als Notwehr ausgegeben wird.

## Rechtsextreme Wertetafeln

Wiederholt wurde darauf hingewiesen, dass die gegenwärtige Programmatik rechtsextremer Parteien, Bewegungen und Bünde sich hinsichtlich ihres Kerngehalts nur geringfügig von jener des Rechtsextremismus der frühen Bundesrepublik unterscheidet. In der Tat herrscht hier eine erstaunliche Kontinuität. Womöglich ist es eben diesem „Traditionalismus“ geschuldet, dass die WahrnehmungsfILTER solcher Haltung weitgehend immun sind gegen widersprechende Erfahrungen.

Nach wie vor sind es die folgenden vier, von der seitherigen Forschung immer wieder konstatierten „Syndrome“, denen die Aufmerksamkeit gelten sollte: ein spezifisch halbiertes Antimodernismus, der sich jedoch nicht gegen technische, sondern primär gegen kulturelle Phänomene richtet, zum Beispiel als Anti-Intellektualismus; ein Set von Feindbildern, allem voran Liberalismus, Individualismus, Internationalismus und Multikulturalismus; sowie der Sozialdarwinismus in seinen vielfältigen Schattierungen eines Rassismus, bestimmter Elitenideologien und im Konzept des Ethnopluralismus; ferner Aktivismus, Militanz und „Heroismus“ als der Boden einer stets virulenten Gewaltbereitschaft.

Vergleicht man die Befunde dreier in der Faschismusforschung bislang wenig beachteter Autoren wie Julien Benda, Friedrich Hacker und Umberto Eco, so ergeben sich abermals deutliche gemeinsame Schnittmengen im Kernbereich der den Rechtsextremismus dominierenden Mentalität und Weltsicht. Vor allem tritt bei den genannten Autoren die Betonung anthropologischer Konstanten (Säkularisate der Erbsünde) sowie die durch vorgängige Feindprojektion im Rahmen einer manichäisch in Gut und Böse gespaltenen Wirklichkeitswahrnehmung hervor.<sup>19</sup>

<sup>19</sup> Vgl. Julien Benda, *Der Verrat der Intellektuellen*, Frankfurt/M.–Berlin–Wien 1983; Friedrich Hacker, *Das Faschismus-Syndrom*, Düsseldorf–Wien–New York 1990; Umberto Eco, *Der immerwährende Faschismus*, in: ders., *Vier moralische Schriften*, München–Wien 1999.

Eine vergleichende Analyse europäischer Faschismen kann es nicht beim Befund gemeinsamer Schnittmengen belassen. Vielmehr wäre darüber hinaus eine Strukturierung des weltanschaulichen Umfeldes im Blick auf das jeweilige Verhältnis von Theorie und Praxis vonnöten. Denn die faschistischen Konzepte der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen und jener der Nachkriegszeit in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts unterscheiden sich gerade im Hinblick auf die Mittel und Wege, mit denen die Veränderung der Gesellschaft und der politischen Systeme betrieben werden soll.

Es empfiehlt sich daher, eine Unterscheidung nach dem jeweils zeitdiagnostisch erhobenen Ist-Zustand und einem davon abgeleiteten normativen Soll-Zustand vorzunehmen. Letztlich zielen alle Varianten darauf, „das Problem der Dekadenz zu lösen durch die radikale Erneuerung der Nation, verstanden als organisches Ganzes“.<sup>10</sup>

Gruppiert man die ideologischen Komponenten der rechtsextremistischen Weltanschauung nach den genannten Kriterien, so ergibt sich – auf der Grundlage eines frühen Textes von Benito Mussolini<sup>11</sup> – das folgende Bild:

**Theorie (Ist-Zustand):** Dekadenzdiagnose; Irrationalität; Verschwörungstheorie; Apokalyptik.

**Werthorizont (Soll-Zustand):** Ungleichheit zwischen Führer/Masse; Völker/Nationen/Rassen; Hierarchie/Elitismus/Führerprinzip; Männlichkeitskult; Nationalismus; Idealismus; Heroismus.

**Praxis (Mittel zur Herstellung des Soll-Zustands):** Homogenisierung des Volkes; Dauerobilisierung der Massen; Totaleinsatz/Aktionismus; Traditionskult; Mythen/Symbole/Totenkult; Gewalt als Konfliktlösung und Purgatorium.

<sup>10</sup> Roger Griffin, *Der umstrittene Begriff des Faschismus*, in: DISS-Journal 13, Duisburg 2004, S. 11. Vgl. ders., *The Nature of fascism*, London 1991. Einen informativen Überblick bietet Wolfgang Wippermann, *Faschismustheorien, Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute*, 7., überarb. Aufl., Darmstadt 1997.

<sup>11</sup> Benito Mussolini, *Der Geist des Faschismus*, hrsg. von Horst Wagenführ, München 1943.

## Extremismus der Mitte

Wenn unsere These zutrifft, dass rechtsextreme „Argumentationsmuster“ weniger als theoretisch begründete und begründbare Aussagen gelten können, so ist auch das Kriterium für deren Weltanschauung nicht so sehr eine Frage der jeweils formulierten Programme, sondern weit eher eine vor- oder metapolitische Angelegenheit, die sich mit Begriffen wie „Einstellung“ oder „Mentalität“ umschreiben lässt. Die in gesellschaftlichen Krisenzeiten stets latente, frei flottierende Angst vor einem möglichen Chaos tendiert zu einer panikähnlichen Einschränkung des Wahrnehmungsfeldes besonders bei jenen Mittelschichten, die sich von „Plutokratien“ und anonymen bürokratischen Mächten sowie vom Aufkommen proletarischer Massen gleichermaßen in ihrer Existenz bedroht fühlen. Diese „Mitte“ ist daher auf Dauer kaum davor gefeit, zum Adressaten propagandistischer Agitation zu werden.

Der Griff zu hilfreich dargebotenen „Erklärungen“ undurchschauter gesellschaftli-

<sup>12</sup> „Der klassische Faschismus hat seine soziale Grundlage anscheinend in der stets vorhandenen Empfindlichkeit eines Teils des Mittelstandes – insbesondere der kleinen Geschäftsleute und Bauern – gegenüber Großbourgeoisie und machtvollen Arbeiterbewegungen.“ Seymour Martin Lipset, *Soziologie der Demokratie*, Neuwied 1962, S. 63; vgl. ebd. die eingehende Analyse Lipsets in Kap. V: „Faschismus“ – rechts, links und in der Mitte, S. 131–189. Auch nach Umberto Eco „gehörte zu den typischen Merkmalen des historischen Faschismus der Appell an eine frustrierte Mittelklasse (...), die unter einer ökonomischen Krise oder Empfindung politischer Demütigung litt und sich vor dem Druck sozialer Gruppen von unten fürchtete“; ders., *Urfaschismus*, in: *Die Zeit* vom 7. 7. 1995. Im Blick auf die Anfänge der NS-Bewegung weist M. Rainer Lepsius auf ein analoges Phänomen hin: „Von einer sektenartigen Rechtspartei wandelte sich der Nationalsozialismus zu einer Partei der radikalisierten Mitte. Seine Wählerschaft entstammte denselben Bevölkerungskreisen, die früher die bürgerlich-liberalen Parteien gewählt hatten: in erster Linie also den Angehörigen des sogenannten alten Mittelstandes, den selbständigen Gewerbetreibenden und Bauern sowie den Angestellten des neuen Mittelstandes. Hinzu kamen noch große Gruppen von politisch nicht integrierten Jung- und Nichtwählern, Arbeitslosen sowie, insbesondere im Kader der Partei, seit dem Kriegsende sozial vagabundierende Marginalexistenzen.“ Ders., *Extremer Nationalismus, Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung*, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1966, S. 8.

cher Prozesse kann zu einem „Extremismus der Mitte“ führen, den der amerikanische Soziologe Seymour Martin Lipset schon in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts diagnostizierte.<sup>12</sup> Diffuse kollektive Ängste sich bedroht fühlender Sozialschichten lassen sich erst recht unter den Bedingungen der heutigen Mediengesellschaft politisch instrumentalisieren. Ein gewisses Potenzial für rechtsextremistische Strömungen liegt grundsätzlich in allen Gesellschaften mit hoher sozialer Dynamik bereit. Allerdings ist der je aktualisierbare Grad der Mobilisierungschancen in den jeweiligen Perioden und Regionen unterschiedlich. Krisensituationen jeglicher Art, ob real oder bloß empfunden, bilden häufig das auslösende Moment zur Mobilisierung politisch vormals apathischer Sozialschichten.

Zwischen der von außen beobachtbaren Stärke der Krisensymptome und den numerisch sich bei Wahlen niederschlagenden rechtsextremen Optionen besteht keinerlei Automatismus. So lässt sich denn auch deren Mobilisierungschance statistisch nur schwer ermitteln, bieten doch selbst Wahlergebnisse – als bloße Momentaufnahmen – für sich genommen noch keinen sicheren Anhaltspunkt für die Streubreite und Intensität rechtsextremer Einstellungsmuster.

Werner Bergmann

# Antisemitismus im Rechtsextremismus

**R**echtsextremismus ist der Sammelbegriff für ein ideologisches Weltbild, das verschiedene, eng miteinander verknüpfte Dimensionen besitzt, zu denen die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur (Führerprinzip), Nationalismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und die Verharmlosung des Nationalsozialismus zählen.<sup>1</sup>

## Werner Bergmann

Dr. phil., geb. 1950; Professor am Zentrum für Antisemitismusforschung (ZfA) der Technischen Universität Berlin, Ernst-Reuter-Platz 7, 10587 Berlin. bergo154@mailbox.tu-berlin.de

Auch wenn man die Fixierung der Forschung auf nationalsozialistische Ideologieelemente, vor allem auf einen biologischen Rassismus mit seinen Überlegenheits- bzw. Minderwertigkeits-

vorstellungen, als überholt kritisiert und statt dessen ein ethnopluralistisches Denken als typisch für den modernen europäischen Rechtsextremismus ansieht, der Differenzen kulturalistisch und relativistisch bestimmt,<sup>2</sup> bleibt Antisemitismus zumindest in Deutschland ein für ihn konstitutives Merkmal. Für den Rechtsextremismus stellt die ethnische Homogenität des eigenen Volkes zur Sicherung kultureller, rassischer und nationaler Identität den höchsten Wert dar.

Das rechtsextreme Lager sieht drei zentrale Bedrohungen, gegen die es sich zur Wehr setzt.<sup>3</sup>

**Erstens:** Die nationale Identität wird durch die pluralistische Demokratie und ein westliches Werteverständnis gefährdet, die den Deutschen nicht adäquat und nach 1945 von „Angloamerikanern“ und Juden mittels „Umerziehung“ oktroyiert worden seien. Gegen diese „geistige Knechtschaft durch das Besatzungsregime“ in „Koalition mit der Holocaust-Industrie“, die sich unter anderem

solcher Mittel wie Globalisierung und EU-Erweiterung bedienen, setzt sich das rechtsextreme Lager unter dem Etikett der „nationalen Selbstbehauptung“ zur Wehr.<sup>4</sup> Der geringe Erfolg verlangt nach einer Erklärung, die verschwörungstheoretisch geliefert wird: Mächtige Gruppen im Hintergrund üben Druck auf die Eliten aus, manipulieren die öffentliche Meinung („Kartellmedien“) und entmündigen das Volk durch Konsumversprechen.<sup>5</sup>

**Zweitens:** Zuwanderung und ethnische Minderheiten gelten als Bedrohung der ethnischen Homogenität. Antisemitismus kommt hier in doppelter Weise ins Spiel: Juden werden als „fremdvölkische Minderheit“ abgelehnt, und man sieht die Einwanderung der vergangenen Jahrzehnte und die multikulturelle Gesellschaft als ein von „Hintergrundkräften“ gesteuertes Vorhaben zur Schwächung der ethnischen Substanz Deutschlands.<sup>6</sup> Juden werden nicht nur als Fremde betrachtet, sondern gelten, wie schon für die Nationalsozialisten, geradezu als „Anti-Volk“ und als „unser ewiger Feind“, dessen „Händ-

<sup>1</sup> Vgl. Oskar Niedermayer/Richard Stöss, *Rechtsextreme Einstellungen in Berlin und Brandenburg*, Berlin 2005, S. 3.

<sup>2</sup> Vgl. Mathias Brodtkorb, *Rechtsextremismus im postmodernen Umfeld*. Für eine Metatheorie des Rassismus, in: *Berliner Debatte Initial*, 16 (2005) 3, S. 59–69.

<sup>3</sup> Vgl. Werner Bergmann/Rainer Erb, *Rechtsextremismus und Antisemitismus*, in: *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung*, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 27, (1996), S. 330–343. Exemplarisch dafür die Website des Berlin-Briefes (9. 3. 2004): „Wir wollen unser Deutschum erhalten und wehren uns energisch gegen jede weitere Dominanz jüdischer Ideen, Fremdkulturen und Umerziehung. Deutschland muß wieder frei werden, aber nicht mit dem Judentum. Deutsche Menschen sind weder Leibeigene der Bonner Propaganda noch sind sie Untertanen des Judentums.“ Zit. nach Senatsverwaltung für Inneres, Abt. Verfassungsschutz, *Antisemitismus im extremistischen Spektrum Berlins*, Berlin 2004, S. 37.

<sup>4</sup> Vgl. *Deutsche Stimme*, (2004) 8, S. 6; dort wird „BRD“ mit „Besatzungs-Republik-Deutschland“ übersetzt.

<sup>5</sup> Auf dem NPD-Parteitag 2004 in Leinefelde (Thüringen) wurde auf einem Plakat das ZDF als „Zionistische Desinformations-Fabrik“ bezeichnet.

<sup>6</sup> So wird z. B. Michel Friedman vorgeworfen, er verfolge die „Strategie, das ethnisch-kulturelle Immunsystem des deutschen Gastgebervolkes zu schwächen“, vgl. *Deutsche Stimme*, (2002) 7.

lergeist“ und „nomadische Lebensweise“ sich mit dem „Deutschtum“ nicht vertragen.

Drittens: Als Bedrohung wird auch die kritische Aufarbeitung der Geschichte des „Dritten Reiches“ gesehen, da sie einem positiven Selbstbild der Deutschen entgegensteht und die NS-Ideologie entwertet, von der sich rechtsextreme Gruppierungen nur partiell verabschiedet haben und mit der sie von außen identifiziert werden. Dabei stellt der Holocaust das größte Problem dar, dem man einerseits durch Verschweigen, Relativieren, Leugnen, andererseits mit antisemitischen Umdeutungen, indem man die Opfer nachträglich zu Schuldigen und die Überlebenden zu Profiteuren des Holocaust-Gedenkens macht, seine historische Bedeutung zu nehmen sucht.

Antisemitismus steht im rechtsextremen Diskurs also in verschiedenen Kontexten und fungiert – anders als Ausländerfeindlichkeit – als *Theorie* zur Erklärung (fast) aller das nationale Kollektiv schädigenden Phänomene in Gegenwart und Vergangenheit. Antisemitische Annahmen werden einerseits – neuerdings wieder vermehrt – zur Deutung aktueller Erscheinungen (Globalisierung, Irak-Krieg, Terrorismus, Nahostkonflikt) herangezogen, doch haben sie im Rechtsextremismus immer auch eine vergangenheitsbezogene Stoßrichtung, da die Schuld der Deutschen am Holocaust wie auch die Kränkung durch die Niederlage im Zweiten Weltkrieg durch Projektion auf „die Juden“ abgewehrt werden müssen.

Insofern bilden antisemitische Erklärungsmuster einen integralen Bestandteil rechtsextremer Geschichtsdeutung. Im Kampf gegen herrschende Geschichtsbilder reagiert die rechtsabweichende, sich als nonkonformistisch begreifende Subkultur auch auf den „Normalismus“ der Mehrheitsgesellschaft, in der antisemitische Äußerungen ein zentrales Tabu darstellen.<sup>17</sup> Dies macht die Angriffe auf Juden und die „Vergangenheitsbewältigung“ so attraktiv, denn der rechtsextreme Code funktioniert als Negation des Mehrheitsdiskurses, indem er dessen (zum Teil strafbe-

wehrte) Normen durchbricht:<sup>18</sup> Der „verordnete“ Philosemitismus wird in einem teilweise rabiaten Antisemitismus negiert und dabei oft ins Lächerliche gezogen.

Antisemitische Positionen werden im gesamten rechtsextremen Spektrum vertreten und haben eine Integrationsfunktion. Dennoch gibt es Unterschiede, sowohl was die Zentralität dieses Ideologieelements als auch was die Offenheit seines Auftretens betrifft.

## Rechtsextreme und antisemitische Einstellungen

Betrachtet man die Größe der Einstellungspotenziale in den genannten Dimensionen des Rechtsextremismus, dann rangiert der Antisemitismus (23 %) hinter chauvinistischen (32 %), den Nationalsozialismus verharmlosenden (29 %) und fremdenfeindlichen (26 %) Einstellungen. Er fällt aber höher aus als sozialdarwinistische Überzeugungen (13 %) und die Zustimmung zu einer rechtsautoritären Diktatur (19 %). Dabei gibt es teilweise erhebliche Ost-West-Unterschiede: Insgesamt zeigen Ostdeutsche anderthalb Mal so häufig rechtsextreme Orientierungen wie Westdeutsche, seltener aber antisemitische und den Nationalsozialismus verharmlosende Anschauungen.<sup>19</sup>

Was die Ursachen antisemitischer Einstellungen angeht, so weisen empirische Analysen auf ihre Diffusität hin. Die größte Erklärungskraft besitzen Faktoren, die auf der Ebene von Ideologie und Wertorientierungen liegen (rechte politische Orientierung; konservative Wertorientierungen, vor allem Nationalstolz und Autoritarismus; Unzufriedenheit mit der Demokratie).<sup>10</sup>

<sup>18</sup> Im vom „Deutschen Rechtsbüro“ herausgegebenen Band „Mäxchen Treuherz und die juristischen Fußangeln. Rechtsratgeber für den politischen AktivistInnen zur Verwirklichung von Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit“, Oberboihingen o. J., finden sich zahlreiche Hinweise darauf, was man über Juden Negatives straflos äußern darf und was nicht.

<sup>19</sup> Vgl. Richard Stöss u. a., Projekt „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“, Abschlussbericht, Dezember 2004, S. 90–93 u. 104; eine andere Rangfolge in: O. Niedermayer/R. Stöss (Anm. 1), S. 5 ff.

<sup>10</sup> Vgl. Werner Bergmann/Rainer Erb, Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland 1996, in: Richard Alba u. a. (Hrsg.), Deutsche und Ausländer: Freunde, Fremde oder Feinde?, Opladen 2000, S. 401–443.

<sup>17</sup> Vgl. zu diesem Ansatz: Manfred Lauer, Der Rechtsradikalismus – eine Form „krimineller Subkultur“?, in: Berliner Debatte Initial, 16 (2005) 3, S. 46–58.

Situative Einflüsse, wie Probleme des Arbeitsmarktes und Verteilungskonflikte, beeinflussen antisemitische Einstellungen wenig.<sup>11</sup> Allerdings begünstigen Krisen, wie die Erfolgsphasen des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik zeigen, Rechtsparteien, die in ihren Publikationen antisemitische und geschichtsrevisionistische Ansichten verbreiten.<sup>12</sup>

Antisemitische Einstellungen führen keineswegs immer zur Wahl einer rechtsextremen Partei, wie die Verteilung der Parteipräferenzen zeigt. Rechtsextreme wählen rechtsextreme und konservative Parteien aber überdurchschnittlich häufig.<sup>13</sup> Wechselt man die Perspektive und betrachtet die Wählerschaft der rechtsextremen Parteien, dann wird deutlich, dass sie ein Sammelbecken für antisemitisch Eingestellte sind. In einer Studie von 1993 stimmten die Hälfte der Anhänger (52 %) und der Stammwähler (53 %) sowie über ein Drittel der Protestwähler (39 %) der „Republikaner“ einer Liste antijüdischer Stereotypen zu (Gesamtbevölkerung: 22 %).<sup>14</sup> Antisemitismus steuert die Präferenzen für politische Parteien also nur partiell.

<sup>11</sup> Laut einer Studie von 2004 gibt es keinen signifikanten Zusammenhang von Antisemitismus mit sozialstruktureller Desintegration; schwache Zusammenhänge bestehen mit dem Gefühl politischer Machtlosigkeit und fehlender Anerkennung. Vgl. Kirsten Endrikat/Wilhelm Heitmeyer, Desintegration und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF). Was muss und kann soziale Arbeit beeinflussen?, Workshop der Freudenberg-Stiftung, Weinheim 2005, S. 9.

<sup>12</sup> Hinsichtlich der Leugnung des Holocaust gibt es große Unterschiede im rechten Lager. Während sie für den Neonazismus zum ideologischen Kernbestand zählt, glaubten 1994 nur 8 % der „Republikaner“-Anhänger, „daß an der These, es sei nur Propaganda der Siegermächte, daß die Nazis Millionen von Menschen umgebracht haben, etwas dran“ sei; vgl. Forsa-Umfrage, Die Deutschen und der Nationalsozialismus, Mai 1994.

<sup>13</sup> In der Studie von Niedermayer und Stöss (Anm. 1) erklärten 26 % der Berliner und 31 % der Brandenburger Befragten mit rechtsextremem Weltbild, sie würden eine rechtsextreme Partei wählen (gegenüber 4 % bzw. 7 % der sonstigen Befragten).

<sup>14</sup> Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, Rechtsextremismus in Deutschland, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 18. 3. 1993.

Die rechtsextremen Parteien präsentieren in ihren Verlautbarungen antisemitische Sinngehalte zumeist in verdeckter, mit Anspielungen arbeitender Form. Dabei unterscheiden sich NPD, DVU und „Republikaner“ in der Häufigkeit und in der Intensität, mit denen jüdenfeindliche Ressentiments kommuniziert werden. Im DVU-Organ „National-Zeitung“ spielen die Auseinandersetzung mit der vermeintlichen Instrumentalisierung des Holocaust („Pfleger des Schuldskults“) seitens der Juden und die Bezugnahme auf revisionistische Literatur eine zentrale Rolle. Entsprechend wird die internationale Politik unter dem Blickwinkel einer amerikanisch-jüdischen Verschwörung gegen das deutsche Volk interpretiert.<sup>15</sup>

Diese Aspekte finden in der Zeitschrift „Der Republikaner“ weniger Beachtung. Dort taucht Antisemitismus allerdings im Kontext aktueller innenpolitischer Themen auf, etwa, wenn der Parteiausschluss des CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann als „Fußtritt für alle Konservativen“ bezeichnet und der entsprechende Artikel mit einem Bild illustriert wird, das führende deutsche Politiker, eine Kippa tragend, zusammen mit Paul Spiegel zeigt, um so den verdeckten jüdischen Einfluss auf die deutsche Politik „zu entlarven“.<sup>16</sup> NPD-Publikationen präsentieren antisemitische Stereotype ebenfalls eher indirekt, etwa über die Verwendung von Codewörtern wie „Ostküste“ oder „Diktatur der Hochfinanz“, doch treten hier antisemitische Gehalte am deutlichsten zutage.<sup>17</sup>

<sup>15</sup> Vgl. „Angela Merkel an Israels Nasenring“, in: National-Zeitung vom 26. 8. 2005. In dem Artikel wird Merkel ein allzu gutes Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, und mit Paul Spiegel („dem zentralen Chef“) attestiert.

<sup>16</sup> Die Abbildung findet sich in: Der Republikaner, (2003) 11–12, S. 2; ähnlich auf dem Titelblatt von Nation und Europa, 54 (2004) 1, mit dem Untertitel: „Allmählich reicht es“.

<sup>17</sup> Die Anspielungen rekurren auf religiös, geographisch oder historisch mit den Juden verknüpfte Sachverhalte wie „Altes Testament“, „Sinai“, „Zion“; auch revisionistische Inhalte werden verschlüsselt, wenn man verkürzt über „historische Wahrheit“, „die sechs Millionen“ schreibt oder Holocaust in Anführungszeichen setzt; vgl. Informationsdienst gegen Rechts, Holocaustleugnung und neuer Antisemitismus, online unter [www.idgr.de](http://www.idgr.de) (10. 8. 2005).

Anhand einer Analyse von drei NPD-Zeitungen lassen sich folgende Verfahren der indirekten Präsentation identifizieren.<sup>18</sup>

*Falsche historische Analogien, die die Verfolgung der Juden in Zweifel ziehen bzw. die Schuld daran den Juden selbst zuweisen.* Zu diesem Verfahren zählen Zweifel an der Zahl der Holocaustopfer auf der Basis von „Gutachten“ und unter Berufung auf „wissenschaftliche“ Experten, der Rekurs auf „Beweise“ für jüdische Kriegs- und Vernichtungspläne gegen Deutschland oder das Aufrechnen der alliierten Luftangriffe auf deutsche Städte als „Bomben-Holocaust“. Eine subtilere Form der Analogisierung ist die Behauptung, die „ausufernde Verfolgungswut“ gegen Rechtsextreme heute entspreche der Situation der Juden im „Dritten Reich“.<sup>19</sup> Damit ist es möglich, antisemitische Sinngehalte in doppelter Weise zu kommunizieren: Juden werden zu politischen Gegnern des Nationalsozialismus, und die Bundesrepublik erscheint als Unrechtsstaat, weil er durch eine „jüdisch-amerikanische Protektorsregierung“ regiert werde.<sup>20</sup>

*Fundamentaloppositionelle Polemik gegen die Erinnerung an jüdische Opfer des Nationalsozialismus.* Die Herabsetzung der Opfer bedient sich einerseits der Ausweitung des Begriffs Holocaust auf andere historische Verbrechen bzw. Missstände (Vertreibungs- oder Bomben-Holocaust), andererseits seiner Verballhornung in Kürzeln wie „Holo“ oder in abwertenden Bezeichnungen des Holocaust-Mahnmals als „Bundesschamanlage“, „Sühne-Erlebnispark“ oder „Gedenkmonstrum“.<sup>21</sup> Zu den Entwertungsstrategien gehört auch der stete Verweis auf die angeblich allein materiellen Interessen der Überlebenden des Holocaust bzw. ihrer Nachkommen. Damit wird unterstellt, die Erinnerungskultur

sei ein Ergebnis „jüdischen Drucks“, um die Deutschen niederzuhalten und gigantische Wiedergutmachungsleistungen zu erpressen. Dabei werden von der NPD aktuelle Ereignisse genutzt, um gegen die „verordnete Erinnerung“ und den „Judenschutz“ angehen zu können. Die OSZE-Konferenz zum Antisemitismus in Berlin 2004 wurde unter dem Titel „Neue Gefährdungen der Meinungsfreiheit“ besprochen; sie diene „der Kriminalisierung von Israel- und Judenkritik“.<sup>22</sup>

*Verwendung von Schlüsselbegriffen zur Repräsentation eines verschwörungstheoretischen und rassistischen Antisemitismus.* Da radikaler Antisemitismus nicht offen propagiert werden kann, setzt man „Signalwörter“ ein, die für Eingeweihte leicht entschlüsselbar sind. Bevorzugtes Thema ist die „internationale Macht“ der Juden, die diese benutzen, um andere Nationen zugrunde zu richten. Die NPD-Zeitung „Deutsche Zukunft“ schreibt von „jüdischen Internationalisten“ oder „Führern des Weltzionismus“, die von den nationalen Regierungen eine Art „Schutzgeld“ erpressen, die Rede ist von einer „Diktatur der Hochfinanz“, von „internationalem Großkapital“ oder neuerdings von der „Holocaust-Industrie“, alles Begriffe zur Repräsentation von jüdischer Macht in Politik, Wirtschaft und Medien.<sup>23</sup>

*Das Aufrufen antisemitischer Ressentiments durch die positive Präsentation von Holocaustleugnern.* Da die direkte Leugnung des Holocaust strafbar ist, wird der Umweg über eine positive Bezugnahme auf einschlägig bekannte Holocaustleugner gewählt, deren Vorträge und Publikationen gelobt und die, zumal wenn sie wegen Volksverhetzung bestraft worden sind, zu Märtyrern der nationalen Sache stilisiert werden. Häufig finden sich auch positive Bezugnahmen auf „Mainstream“-Medien, wenn sie geeignete Informationen enthalten, um das „Auschwitzproblem“ zu verkleinern.<sup>24</sup> Eine andere Methode ist die positive Rezension von Büchern einschlägig bekannter Autoren, die auch in Anzeigen beworben werden.

<sup>18</sup> Vgl. Juliane Wetzel/Christina Herkommer, Zum Antisemitismus der NPD. Eine Analyse der Zeitungen von drei NPD-Landesverbänden 1998–2001, Berlin 2002 ([www.gruene-fraktion.de/cms/files/dokbin/31/31381.gastbeitrag\\_antisemitismus\\_und\\_npd.pdf](http://www.gruene-fraktion.de/cms/files/dokbin/31/31381.gastbeitrag_antisemitismus_und_npd.pdf) [26. 9. 2005]). Untersucht wurden: „Zündstoff. Deutsche Stimme für Berlin und Brandenburg“, „Sachsen Stimme“ und „Deutsche Zukunft“. Im Folgenden wird daraus zitiert.

<sup>19</sup> Deutsche Stimme, (2004) 6, S. 6.

<sup>20</sup> Vgl. ebd., (1998) 10, S. 20.

<sup>21</sup> Vgl. Zündstoff, (2000) 3, S. 9, apabiz, Chronologie, Februar 2004 und Deutsche Stimme, (2004) 5, S. 2.

<sup>22</sup> Vgl. Deutsche Stimme, (2004) 6, S. 6.

<sup>23</sup> Vgl. Deutsche Zukunft, (1999) 1, S. 5 sowie (2000) 8, S. 7 und 18; Deutsche Stimme (2004) 5, S. 10.

<sup>24</sup> Die „Deutsche Stimme“ (2004) 11, S. 12, bezieht sich auf „Der Spiegel“, der das „4-Millionen-Auschwitz-Dogma“ in Frage stelle. Zum Begriff „Auschwitzproblem“ vgl. ebd. (2004) 6, S. 6.

## Publikationen

Zeigt der parlamentsorientierte Rechtsextremismus eine gewisse Zurückhaltung, so finden wir in Schriften und Online-Publikationen offenen bis aggressiv-drohenden Antisemitismus. Dies gilt vor allem für die Texte Horst Mahlers, der aus der NPD wieder ausgetreten ist, weil diese seine radikalen Positionen als parteischädigend einschätzte und nicht teilen wollte. Mahler startete einen „Feldzug gegen die Offenkundigkeit des Holocaust“, indem er auf seiner Website und im Rahmen des „Deutschen Kollegs“ Manifeste zur „Judenfrage“ verbreitete, die in ihrem wahnhaften Charakter keine Facette des Antisemitismus auslassen.<sup>125</sup> Das „Verdener Manifest“ vom Februar 2003 verbindet in drohendem Ton antiisraelische, revisionistische und klassisch antisemitische Anschauungen, indem es die Juden auffordert, ihren von Jahwe befohlenen Weltkrieg gegen andere Völker einzustellen und ihren Auserwähltheitsanspruch aufzugeben, wenn sie nicht vom „Heiligen Römischen Reich“ vor das Weltgericht gestellt werden wollten. Es fordert ultimativ, es müsse „mit dem Seelenmord am Deutschen Volk, mit dem Völkermörder Israel und mit der Verfolgung der Holocaustungläubigen endlich ein Ende haben“. Dieser Forderung ließ Mahler im März 2004 im Internet einen Aufruf zum Handeln folgen, denn das Ziel des von ihm gegründeten „Ver eins zur Rehabilitation des wegen Bezweifels des Holocausts Verfolgten“ (VRBHV) soll es sein, „endlich den Allgemeinen Volksaufstand zur Wiedererlangung der Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches durch einen organisierten und geordneten Angriff auf die Auschwitzzüge als dem Fundament der Fremdherrschaft über das Deutsche Volk zu beginnen“.

In dieser Überspitzung werden zentrale Denkfiguren des rechtsextremen Antisemitismus gut erkennbar: Nicht die Deutschen, die Juden sind verantwortlich für Krieg und Völkermord (Täter-Opfer-Umkehr); sie verfolgen alle, die nicht an die neue „Holocaustreligion“ glauben wollen (Märtyrertum), und zerstören das deutsche Volk, indem sie ihm

<sup>125</sup> Vgl. Rainer Erb/Andreas Klärner, Antisemitismus zur Sinnstiftung. Horst Mahler vor Gericht, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 14 (2005).

ein falsches Geschichtsbild und Gesellschaftsmodell aufzwingen. Der Hass auf die Juden erscheint für Mahler als normale und „gesunde“ Reaktion darauf.<sup>126</sup>

Antijüdische Ressentiments sind im rechtsextremen Spektrum eng mit antiamerikanischen verbunden, wobei die US-Amerikaner als Marionetten der wahren jüdischen Machthaber gesehen werden. Dahinter stehen mehrere Motive: die Identifikation von „Juden und Angloamerikanern“ mit Kapitalismus und Kosmopolitismus sowie das Ressentiment gegen die „Besatzungsmächte“. Der „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (KDS) stellt in seinem „Vierten Grundsatz“ die gewagte Theorie auf, die „welthistorische Rolle von Juden bei der Entfaltung der kapitalistischen Weltwirtschaft“ sei das Ergebnis ihrer Westwanderung aus dem östlichen Mittelmeerraum: „Hier entstand jene anglo-jüdische Weltallianz aus atlantischem Seenomadentum und semitischem Wüstenomadentum, aus Atlantismus und Semitismus.“<sup>127</sup> Auch Franz Schönhuber sieht das „Unheil des amerikanisch-israelischen Weltherrschaftsanspruchs“ in der „Allianz der puritanisch angloamerikanischen Ostküste mit jenen kapitalkräftigen jüdischen Kreisen der Ostküste, die sich als Finanziere der Politiker betätigen und diese für ihre Zwecke einspannen“.<sup>128</sup> Für Schönhuber bedeutet Globalisierung „Amerikanisierung und Judaisierung“. Opfer dieser „anglo-jüdischen Weltallianz“ unter Zuhilfenahme internationaler Organisationen (IWF und WTO) und „Hollywoods“ seien die „freien Völker“, insbesondere Deutschland, Japan, der Irak, aber auch die Palästinenser, womit eine Brücke zum Antizionismus geschlagen wird.<sup>129</sup>

Die antikapitalistische Globalisierungskritik und der Nahostkonflikt eröffnen der rechtsextremen Szene zusätzliche Agitationsfelder und Bündnispartner.<sup>130</sup> Damit wachsen

<sup>126</sup> Staatsanwaltschaft Berlin, Anklageschrift Mahler, zit. nach ebd.

<sup>127</sup> Website des KDS (9. 3. 2004), zit. nach: Senatsverwaltung (Anm. 3), S. 14.

<sup>128</sup> Nation und Europa, 52 (2002) 2, S. 50.

<sup>129</sup> Vgl. das Titelbild von Nation und Europa, 54 (2004) 5, auf dem Sharon und Bush zu sehen sind; Untertitel: „Die Achse des Bösen“.

<sup>130</sup> Die Themen Globalisierung, EU-Erweiterung und Proteste gegen die sozialpolitischen Maßnahmen der rotgrünen Bundesregierung („Hartz IV“) nutzen die

die Anknüpfungspunkte zum radikalen Islamismus, mit dem man sich schon seit längerem im Internet verlinkt hat, um pseudowissenschaftliche Gutachten, die die Nichtexistenz von Gaskammern in Auschwitz belegen und damit das Existenzrecht Israels negieren sollen, und vor allem die „Protokolle der Weisen von Zion“ zu verbreiten.<sup>131</sup> Für den Schweizer Holocaust-Leugner und zum Islam konvertierten Achmed Huber, der als Kontaktperson zwischen Rechtsextremen und Islamisten fungiert, markiert der 11. September 2001 den Anfang einer Allianz zwischen der „Neuen Rechten“ und radikalen Moslems.<sup>132</sup> Auf Resonanz treffen Hubers Vorstellungen bei Mahler, für den der Islam „jetzt zum militanten Widerstand gegen die ‚Verwestlichung‘ der Welt“ heranwächst.

Welche Verbindungen sich aus solchen Thesen entwickeln können, zeigte eine Veranstaltung der radikal islamistischen, zum Mord an Juden aufrufenden Gruppierung Hizb ut-Tahrir al-Islam (Islamische Befreiungspartei) im Oktober 2002 in Berlin, an der auch Mahler und der NPD-Vorsitzende Udo Voigt teilnahmen.<sup>133</sup> In Interviews in der rechtsextremen Szene Berlins wurde Sympathie für den „Befreiungsnationalismus“ in den palästinensischen Gebieten und im Irak bekundet, und man wusste sich in diesem Punkt mit der „achtenswerten Traditionslinien“ einig, da man einen gemeinsamen Feind in „dem judeo-amerikanischen Weltherrschaftsapparat mit seiner stets gut geölten Völkermordmaschine“ habe.<sup>134</sup> In der Agita-

tion gegen „zionistischen One-World-Terror“ und in der Gleichsetzung von Globalisierung mit dem vermeintlich von Juden beherrschten Bankensystem der USA gibt es durchaus Anknüpfungspunkte zu Gruppierungen aus dem globalisierungskritischen Umfeld und der extremen Linken (Querfrontstrategie). Dennoch sind die Verbindungen zwischen rechtsextremem, islamistischem und linksextremem Spektrum auf einige Schnittpunkte begrenzt, und massive ideologische Gegensätze bestehen fort.<sup>135</sup>

## Rechte Jugendkultur: Rechtsrock

In Songtexten des so genannten „Rechtsrock“ tauchen Juden als Feindbild im Vergleich zu Ausländern seltener direkt auf.<sup>136</sup> Wenn dies geschieht, dann tritt das, was im parlamentsorientierten Spektrum nur chiffriert geäußert werden kann, mit größter Brutalität zutage, auch wenn einige Gruppen zur Vermeidung von Strafverfolgung und Indizierung chiffrierte CD-Versionen herausbringen und nur bei Konzerten eine verschärfte Fassung vortragen, oder indem sie strafrechtlich inkriminierte Formulierungen durch von der Szene leicht dechiffrierbare Substitute ersetzen, etwa, wenn statt von Juden von „Krummnasen, Weltnasen, Superauserwählten, Beschnittenen, zionistischen Mächten“<sup>137</sup> oder, noch abstrakter, von der „Macht des Kapitals“ mit

Rechtsextremen auch zur antisemitisch gefärbten Kritik am Regierungsprogramm. Der NPD-Vorsitzende Udo Voigt forderte „Deutsches Geld für deutsche Aufgaben statt Finanzierung von UNO, NATO, EU und Holocaust-Denkmalern“; vgl. Deutsche Stimme, (2004) 8.

<sup>131</sup> Vgl. Juliane Wetzel, Antisemitismus und Holocaustleugnung als Denkmuster radikaler islamistischer Gruppierungen, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Bonn 2004, S. 253–272.

<sup>132</sup> Vgl. Washington Post vom 28. 4. 2002 (online-Version).

<sup>133</sup> Vgl. Explizit (Organ der Hizb ut-Tahrir), März–Juni 2002, zit. nach Verfassungsschutzbericht 2003, S. 191.

<sup>134</sup> Vgl. Thomas Haury, Der neue Antisemitismusstreit der deutschen Linken, in: Doron Rabinovici u. a. (Hrsg.), Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Frankfurt/M. 2004, S. 137.

<sup>135</sup> Vgl. zu den Grenzen der Bündnisfähigkeit: Tania Puschnerat, Antizionismus im Islamismus und Rechtsextremismus, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Feindbilder und Radikalisierungsprozesse, Bonn 2005, S. 42–73.

<sup>136</sup> Henning Flad führt dies auf den höheren polizeilichen Druck bei antisemitischer Hetze und den geringeren Politisierungsgrad der rechten Musikszene zurück; vgl. ders., Trotz Verbot nicht tot. Ideologienproduktion in den Songs der extremen Rechten, in: Christian Dornbusch/Jan Raabe (Hrsg.), Rechtsrock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Münster 2002, S. 91–123.

<sup>137</sup> Vgl. Rainer Erb, „Er ist kein Mensch, er ist ein Jude“. Antisemitismus im Rechtsrock, in: Dieter Baacke u. a. (Hrsg.), Rock von Rechts II. Milieus, Hintergründe und Materialien, Bielefeld 1999, S. 142–159. Erb zitiert ein Lied von Frank Rennicke, das in der verbotenen Textfassung lautete: „Ihr Sturmsoldaten jung und alt, nehmt die Waffen in die Hand, denn der Jude haust ganz fürchterlich im deutschen Vaterland“, während es in der eingespielten Version „denn der Feind, der haust“ hieß (S. 157).

dennoch erkennbarer antisemitischer Konnotation gesungen wird.<sup>138</sup>

Bereits die Namen der sich als „Kampfkapellen“ verstehenden Bands (zum Beispiel: WAW, Weißer Arischer Widerstand, 2002 aufgelöst; Volkszorn; Arisches Blut; Endlösung) wie auch ihre CD- und Songtitel („Herrenrasse“, „Das Reich kommt wieder“, „Ran an den Feind“) stehen für ein rassistisches, teilweise den Nationalsozialismus verherrlichendes Programm und zeigen, dass man sich im völkischen Widerstand gegen fremde Mächte wähnt (Songtitel: „Volk steh' auf“ von der Gruppe Rassenhass, 2003), die einen „versteckten Krieg“ gegen Deutschland führen und dieses knechten und ausbeuten wollen, wie es die Juden in der Vergangenheit getan hätten und auch heute wieder täten. Gewalt gegen Juden und andere Gruppen wird als Notwehr und Widerstand oder aber als Rache für vergangenes Unrecht legitimiert.<sup>139</sup> Man agiert als Vertreter der „wahren“ Interessen des Volkes, da man sich von den eigenen Eliten verraten fühlt, die vor den Juden kuschten.<sup>140</sup>

Die Themen der Songs entfalten das gesamte Repertoire des Antisemitismus: vom kruden Rassenantisemitismus nach Art des „Stürmer“, wobei häufig SA-Lieder neu aufgenommen und aktualisiert werden, über Enthüllungen „jüdischer Machenschaften“ in Finanzwelt, Presse und Politik bis hin zu antizionistischem Antisemitismus und neuheidnisch motivierten Angriffen auf die jüdische Religion bzw. auf das als ungermanisch verstandene jüdisch-orientalische Christentum.<sup>141</sup> Und natürlich spielt der Vernich-

tungsantisemitismus in der rechtsextremen Rockmusik eine wichtige Rolle, wobei „in Form von verbalen Amokläufen“ und „in offen geäußerten Vernichtungspantasten“ der Holocaust einerseits geleugnet, andererseits aber auch dazu aufgerufen wird, mit dem Judenmord fortzufahren.<sup>142</sup>

In etwas „elaborierteren Fassungen der gleichen Vernichtungspantasten“ begegnen uns die alten Elemente der Weltverschwörungstheorie und die eigenen Vernichtungsängste wieder, zugleich wird aber mit „Vergeltung“ gedroht.<sup>143</sup> Zum Komplex des Vernichtungsantisemitismus gehören auch alle positiven Bezugnahmen auf NS-Symbole, auf SA und SS, auf Konzepte wie „Arier“, „Rasse“, „Untermensch“ sowie auf Protagonisten des NS-Regimes (Heydrich, Hess, seltener Hitler), aber auch die bedingungslose Verehrung der Wehrmacht, da diese „Zeichen“ (ob Texte oder Platten-Cover) für den Nationalsozialismus und seine Verbrechen stehen.<sup>144</sup>

## Antisemitisches Handeln

Den größten Anteil an registrierten antisemitischen Straftaten, deren Zahl im wiedervereinigten Deutschland bereits in den neunziger Jahren (um die tausend Straftaten) gegenüber den beiden Jahrzehnten davor zugenommen hatte und sich seit 2001 auf einem nochmals erhöhten Niveau (um die 1500) stabilisiert hat,<sup>145</sup> haben Propagandadelikte (Volksverhetzung), die oft von Akteuren des parla-

<sup>138</sup> Vgl. die Gruppe Faustrecht auf der „Schulhof-CD“ der NPD für den Bundestagswahlkampf 2005.

<sup>139</sup> Vgl. die Band Volkszorn, CD „Im Namen des Volkes“, Lied: „Lieber tot als euer Sklave sein“, dort: „Kein Ignatz Bubis kann mich noch stoppen, meine Rache wird blutig sein, niemand bleibt verschont“, zit. nach R. Erb (Anm. 37), S. 154.

<sup>140</sup> Sehr drastisch in dem Lied „In den Arsch“ der Gruppe Landser, CD „Rock gegen oben“, 1998: „Wenn der große Vorsitzende/von dem Zentralrat der Superauserwählten/wieder was zu meckern hat, die Bonzen/da in Bonn, (...) /fangen gleich an zu kriechen/ jeder will der erste sein (...). In den Arsch (...).“

<sup>141</sup> Vgl. das Lied „Volk steh auf“, wo es unter anderem heißt: „Wir brennen alle Judaskirchen ab, denn wir brauchen hier kein Christentum“ (Verfassungsschutzbericht 2003, S. 45).

<sup>142</sup> Vgl. H. Flad (Anm. 36), S. 114: Etwa die Strophe des Liedes „Ausgeburten der Hölle“ von den White Aryan Rebels (2001): „Und die Geschichte wird sich wiederholen/und diesmal so, wie ihr sie uns falsch erzählt./Und so haben heute sechs Millionen/ ihr eigenes Schicksal schon selber gewählt“. Vgl. auch die Lieder „Ab in den Ofen“ und „Kein Mensch“ von der Gruppe Macht und Ehre, CD „Herrenrasse“, 1997.

<sup>143</sup> Vgl. H. Flad (Anm. 36), S. 115: „Freimaurer-Loge, Zionisten/Weltverschwörer, Humanisten/ Sie nehmen unser Schicksal in ihre Hand“ (Weltherrschaft, „Stahlgewitter“, 1998). In dem Lied „Ran an den Feind“ von Landser (2000) wird der Gegenschlag angekündigt: „Wir stellen die Auserwählten/ (...) Wir halten Gericht/ihre Weltmacht zerbricht.“

<sup>144</sup> Vgl. R. Erb (Anm. 37), S. 150.

<sup>145</sup> Alltägliche Pöbeleien oder beleidigende Anrufe und Briefe werden oft gar nicht angezeigt, und viele Straftaten werden aus der Anonymität heraus begangen, sodass eine Zurechnung auf rechtsextreme Motive oder gar Organisationszugehörigkeit schwierig ist.

ments- und diskursorientierten Spektrums begangen werden. Im aktionsorientierten Rechtsextremismus treten aber elaborierte antisemitische Äußerungen hinter aktionistische Verhaltensweisen zurück. Eine empirische Untersuchung zum Täterspektrum bei antisemitischen Straftaten hat in den neunziger Jahren ergeben, dass die aktionsbetonten Gewaltdelikte überwiegend von männlichen Jugendlichen (oft mit Neonazi- oder Skinhead-Hintergrund) zwischen 17 und 24 Jahren verübt wurden, während das Durchschnittsalter bei Propagandadelikten deutlich höher lag.<sup>146</sup>

Die vom Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin auf der Basis von Zeitungsnachrichten erstellte Chronologie antisemitischer Vorfälle (87 Fälle im Jahr 2004) zeigt ein von fremdenfeindlichen Straftaten abweichendes Muster. Verbale oder tätliche Angriffe auf Personen sind selten, häufiger gibt es Sachbeschädigungen, zum Beispiel wurden Hakenkreuze in das Auto eines Bochumer Rabbiners geritzt und die Reifen zerstochen. Am häufigsten sind symbolische Angriffe, also Schändungen jüdischer Friedhöfe, Mahnmale, Gedenkorte sowie antisemitische Schmierereien oder Plakatierungen im öffentlichen Raum, häufig verbunden mit rechtsextremen Losungen oder NS-Symbolen.

Diese Form der Angriffe lässt erkennen, dass Juden nicht allein als anwesende „fremde“ Minderheit ins Visier der extremen Rechten geraten, sondern dass es um einen Kampf gegen die Erinnerung an die NS-Opfer und die Verbrechen des NS-Regimes geht. Beispielhaft für diese „Negation“ kann ein Ereignis in Halle (Saale) am 6. Mai 2004 stehen, als acht Gedenksteine für ermordete Hallenser Juden wenige Stunden nach ihrer Verlegung im Rahmen der „Aktion Stolpersteine“ von Unbekannten nachts aus dem Pflaster gerissen und gestohlen wurden – eine Tat, die auf der Internetseite des neonazistischen „Nationalen Beobachters Halle“ unter dem Titel „Halle setzt ein Zeichen“ bejubelt wurde.<sup>147</sup>

Diese Übergriffe sind Einzelaktionen, ein Aufbau terroristischer Strukturen ist im Rechtsextremismus bisher nicht zu erkennen. Der vereitelte Sprengstoffanschlag der neonazistischen „Kameradschaft-Süd“, bei dem während der Grundsteinlegung zum neuen Jüdischen Gemeindezentrum in München am 9. November 2003 hochrangige Vertreter der Juden und des Staates getroffen werden sollten, steht bisher isoliert da.

## Schlussfolgerung

Ob man die parlaments-, die diskurs- oder die aktionsorientierte Szene betrachtet, überall ist in den vergangenen Jahren ein stärkeres Hervortreten von Antisemitismus erkennbar. Dies hat zwei Ursachen: Zum einen haben öffentliche Debatten die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus (Holocaust-Mahnmal und -Gedenktag, Wehrmachtsausstellung) stärker ins Bewusstsein gehoben; dies hat Reflexe des Schuldabwehr-Antisemitismus aktiviert.<sup>148</sup> Zum anderen bieten weltpolitische Entwicklungen wie der Nahostkonflikt, der „Krieg gegen den Terror“ und die Globalisierung Ansatzpunkte, um einen antizionistischen, antikapitalistischen, weltverschwörungstheoretischen Antisemitismus zu befördern, der zumeist mit antiamerikanischen Ressentiments zusammengesetzt.

Wenn es also auch keinen inhaltlich „neuen Antisemitismus“ auf der extremen Rechten gibt, so haben doch ideologische „Schnittmengen“ mit der extremen Linken und radikalen Islamisten eine neue Situation geschaffen.

<sup>146</sup> Vgl. Rainer Erb, Antisemitische Straftäter der Jahre 1993 bis 1995, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 6 (1997), S. 160–180.

<sup>147</sup> Am 6. 5. 2004; am Folgetag geschah dasselbe in Leipzig, was auf eine koordinierte Aktion hindeutet.

<sup>148</sup> Titelblatt von Nation und Europa, 55 (2005) 3: Abbildung des Holocaust-Mahnmals mit der Unterschrift: „Im Labyrinth ewiger Schuld?“

# Das Auf und Ab der NPD

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), die älteste rechtsextremistische Partei der Bundesrepublik Deutschland, ist aufgrund des misslungenen Verbotsverfahrens und eines hohen Stimmenanteils (9,2 Prozent) bei der sächsischen Landtagswahl vom Herbst 2004 in aller Munde. Ihre verschlungene Geschichte, die mehr durch Niederlagen als durch Siege gekennzeichnet war, ist hingegen weniger bekannt. Im Folgenden sollen die Knotenpunkte in der Historie der NPD nachgezeichnet und die Gründe für Erfolge wie Misserfolge erhellert werden.

**Eckhard Jesse**

Prof. Dr. phil. habil., geb. 1948;  
Inhaber des Lehrstuhls „Politische Systeme, politische Institutionen“ im Fach Politikwissenschaft an der TU Chemnitz,  
Reichenhainer Straße 41,  
09107 Chemnitz.  
eckhard.jesse@phil.tu-chemnitz.de

Mit dem Terminus des Extremismus sind solche politischen Richtungen gemeint, die Werte und Verfahrensregeln der freiheitlichen Demokratie ablehnen. Extremismus ist der Gegenbegriff zum demokratischen Verfassungsstaat.<sup>1</sup> Politische Extremisten zeichnen sich durch Ablehnung und Einschränkung des politischen Pluralismus aus. Die Legitimität der Interessenkonkurrenz wird direkt oder indirekt geleugnet, da Extremisten jedweder Couleur von dem Glauben an ein objektiv erkennbares und vorgegebenes Gemeinwohl beseelt sind. Die Grenzen zwischen Demokratie und Extremismus sind allerdings fließend.

Zu den Strukturmerkmalen des politischen Extremismus gehören die Identitätstheorie der Demokratie, Freund-Feind-Stereotype, ein hohes Maß an ideologischem Dogmatismus und in der Regel ein starkes Bedürfnis, andere zu missionieren. Auch die Neigung zu Verschwörungstheorien ist ihm gemein: Der eigene Misserfolg wird mit der Manipulation durch finstere Mächte erklärt.

Der Begriff Extremismus stellt ein Pejorativum dar: Keiner will ein Extremist sein. Auch die NPD sieht sich nicht als extremistisches Gebilde. Zuweilen wenden Extremisten mit der griffigen Formel „Extremismus der Mitte“ den Begriff indirekt auf demokratische Kräfte an. Wer von der Wortbedeutung ausgeht, erfasst dieses Phänomen nicht hinreichend. Denn die Tatsache, dass Extremismus am äußersten Rande angesiedelt ist oder ihm „Mäßigung“ fehlt, sagt allein wenig aus. Extremismus kann nach seinen politischen Zielen und seinen Mitteln unterschieden werden. Wer von den Zielen ausgeht, kann vor allem zwischen dem Extremismus von links und dem von rechts differenzieren: Linksextremisten berufen sich – in unterschiedlicher Anknüpfung und Ableitung – auf kommunistische Lehren, die – jedenfalls in der Theorie – das Gleichheitsprinzip verabsolutieren; Extremismus von rechts, wie ihn die NPD verkörpert, zeichnet sich hingegen durch die Anfechtung des Prinzips fundamentaler Menschengleichheit aus. Es gibt zunehmend auch fundamentalistisch-religiöse Formen, die sich der gängigen Links-Rechts-Dichotomie entziehen. Sie propagieren die Einheit von Religion und Politik und sagen dem weltanschaulich neutralen Staat den Kampf an. Die bekannteste Variante ist der islamistische Fundamentalismus.<sup>2</sup>

Alle extremistischen Richtungen lehnen zwar Gewalt als Element der Politik keineswegs prinzipiell ab, doch unterscheiden sich die Extremisten in der Mittelwahl beträchtlich. Das Spektrum reicht von strikter Legalitätstaktik über den dosierten Einsatz von Gewalt bis zu deren systematischer Verwendung (Terrorismus). Dabei besteht kein direkter Zusammenhang zwischen der Gefährlichkeit des Extremismus und den angewandten Mitteln. So hat sich etwa der Nationalsozialismus in der „Bewegungsphase“ weitgehend der Legalitätstaktik bedient. Die NPD negiert zwar öffentlich die Anwendung von Gewalt,

<sup>1</sup> Vgl. die theoretische Grundlagenstudie von Uwe Backes, *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie*, Opladen 1989.

<sup>2</sup> Siehe zusammenfassend zum hiesigen Extremismus Steffen Kailitz, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*, Wiesbaden 2004.

grenzt sich von gewaltbereiten Skinheads aber nicht deutlich ab.<sup>13</sup>

## Gründung, Erfolge, Schwächephase

Ins Leben gerufen am 28. November 1964 als Sammelbecken des „nationalen Lagers“ unter Einschluss kleiner national-konservativer Kreise, trat die NPD<sup>14</sup> die Nachfolge der erfolglosen Deutschen Reichspartei an, die bei den Bundestagswahlen 1953, 1957 und 1961 dürftige 1,1, 1,0 und 0,8 Prozent erzielt hatte<sup>15</sup> und den organisatorischen Kern der neuen Partei bildete. Fiel das Ergebnis bei der Bundestagswahl 1965, gemessen an den hohen Ansprüchen, mit 2,0 Prozent der Stimmen bescheiden aus, setzte in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, wesentlich bedingt durch eine wirtschaftliche Rezession und die Große Koalition, ein bemerkenswerter Aufwärtstrend ein.

Die überwiegend deutschnationale Partei zog zwischen 1966 und 1968 in sieben Landesparlamente ein: im November 1966 in Hessen (7,9 Prozent) und in Bayern (7,4 Prozent), im April 1967 in Rheinland-Pfalz (6,9 Prozent) und Schleswig-Holstein (5,8 Prozent), im Juni 1967 in Niedersachsen (7,0 Prozent), im Oktober 1967 in Bremen (8,8 Prozent). Das beste Ergebnis erzielte die Partei nach den „Osterunruhen“ der außerparlamentarischen Opposition 1968 im Gefolge des Attentats auf Rudi Dutschke in Baden-Württemberg (9,8 Prozent). Die NPD konnte ein beträchtliches Protestwählerpotenzial mobilisieren. Sie stieß vor allem dort auf Resonanz, wo die NSDAP ihre Hochburgen gehabt hatte, in ländlich-mittelständischen Gebieten mit einem hohen Anteil an Protestanten. Auch bei der Arbeiterschaft, an sich der

<sup>13</sup> Vgl. einige Beispiele in dem allerdings etwas dramatisierenden Band von Andrea Röpke/Andreas Speit (Hrsg.), *Braune Kameradschaften. Die militanten Neonazis im Schatten der NPD*, Berlin 2005<sup>2</sup>.

<sup>14</sup> Zur Geschichte der NPD vgl. Uwe Hoffmann, *Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur*, Frankfurt/M. 1999; zum Selbstverständnis: Holger Apfel (Hrsg.), *„Alles Große steht im Sturm“*. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN, Stuttgart 1999.

<sup>15</sup> Vgl. Horst Schmollinger, *Die Deutsche Reichspartei*, in: Richard Stöss (Hrsg.), *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, Bd. 1, Opladen 1983, S. 1112–1191.

klassischen SPD-Klientel, gewann die Partei überproportional viele Stimmen.<sup>16</sup>

Der erste Vorsitzende Fritz Thielen (1964–1967), von der national-konservativen Deutschen Partei zur NPD gestoßen, war eine bloße Galionsfigur und musste bald Adolf von Thadden (1967–1971) Platz machen. Von Thadden, der wohl fähigste Politiker des „nationalen Lagers“,<sup>17</sup> vertrat einen eher besitzbürgerlich orientierten Rechtsextremismus und setzte sich von der nationalsozialistischen Ideologie ab. Unter ihm besaß die NPD zeitweilig fast 30 000 Mitglieder. Doch der Sprung in den Deutschen Bundestag gelang nicht. Die Gründe für das Scheitern lagen u. a. an der verbesserten ökonomischen Lage und der vehementen Kritik an der NPD, der es nicht gelang, sich als Kraft von „Law and Order“ zu profilieren. Dem relativ knappen Scheitern an der Fünfprozentklausel bei der Bundestagswahl 1969 mit 4,3 Prozent der Stimmen folgte ein tiefer Absturz.

Die Niederlage zeitigte bald personelle Konsequenzen. Von Thadden trat 1971 zurück, um eine Amtsübernahme des bayerischen Landesvorsitzenden Siegfried Pöhlmann zu verhindern. Dieser strebte einen radikaleren Kurs an und verließ 1972 mit seinen Anhängern die Partei, doch die von ihm ins Leben gerufene „Aktion Neue Rechte“ löste sich bald wieder auf.

Unter von Thaddens Nachfolger Martin Mußgnug, der die Partei von 1971 bis 1990 mehr verwaltete als führte, blieb die NPD ein „Haufen Ewiggestriger“ ohne jede Ausstrahlung bei Wahlen, auch dann nicht, als sie Anfang der achtziger Jahre einen national-neutralistischen Kurs einzuschlagen begann. Bei der Bundestagswahl 1972 erreichte die Partei nur noch 0,6 Prozent. Das hing wesentlich damit zusammen, dass die Union als konservative Kraft die Unzufriedenheit bündeln konnte, zumal sich die NPD mit ihrem „Wertheimer Manifest“ von 1970 in gewisser Weise der Union anzudienen suchte. Der

<sup>16</sup> Vgl. Klaus Liepelt, *Anhänger der neuen Rechtspartei. Ein Beitrag zur Diskussion über das Wählerreservoir der NPD*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 8 (1967), S. 237–271.

<sup>17</sup> Vgl. Eckhard Jesse, *Biographisches Porträt: Adolf von Thadden*, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 2, Bonn 1990, S. 228–238.

Ausgang der Bundestagswahlen zwischen 1976 und 1990 war für die Partei nicht weniger deprimierend: Sie erreichte 1976 ganze 0,3 Prozent, 1980 und 1983 jeweils 0,2 Prozent, 1987 0,6 Prozent und 1990, im Jahr der deutschen Vereinigung, von der sie nicht profitieren konnte, nur 0,3 Prozent. In jenem Jahr konkurrierte sie mit den „Republikanern“ um Stimmen aus dem „nationalen Lager“. 1994 verzichtete die Partei auf eine Wahlteilnahme.

Auch bei Landtagswahlen kam sie niemals in die Nähe der Fünfprozenthürde. Das beste Ergebnis erzielte sie 1988 in Baden-Württemberg mit 2,1 Prozent. Der Herausgeber einer verbreiteten Postille unter wechselndem Namen (heute: „National-Zeitung“) Gerhard Frey, der zur Zeit der Parteigründung im Abseits gestanden hatte, scheiterte 1975 bei dem Versuch, den stellvertretenden NPD-Vorsitz zu erlangen, und wandelte 1987 seine bereits 1971 ins Leben gerufene Deutsche Volksunion (DVU) zur Partei um. Seinerzeit kam es zu einer Annäherung zwischen den beiden Rechtsaußenformationen und zu Wahlabsprachen. Mußgnugs fehlgeschlagener Versuch, die NPD in eine rechtsextreme Sammlungsbewegung unter dem Namen „Deutsche Allianz“ (später: „Deutsche Liga für Volk und Heimat“) überzuleiten, führte zur Abspaltung und damit zur weiteren Schwächung der Partei.<sup>18</sup>

Auf dem Parteitag im Juni 1991 reüssierte Günter Deckert, ein wegen Verfassungsfeindlichkeit aus dem Schuldienst entlassener Gymnasiallehrer, gegenüber seinem Konkurrenten Jürgen Schützinger, für den die NPD in der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ aufgehen sollte. Der Parteivorsitzende Decker (1991–1995) setzte mit der Fokussierung auf die „Ausländerfrage“ einen neuen Schwerpunkt. Zudem verstand sich Deckert als „Geschichtsrevisionist“, der deswegen mehrfach von Gerichten verurteilt wurde. So hatte er sich das „Leuchter-Gutachten“ (Leugnung der Existenz von Gaskammern in Auschwitz) zu Eigen gemacht. Seine Amtsenthebung hing wohl auch damit zusammen; der offizielle Grund lautete: Veruntreuung von Parteigeldern.

<sup>18</sup> Vgl. Peter M. Wagner, Die NPD nach der Spaltung, in: U. Backes/E. Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 4, Bonn 2002, S. 157–167.

Udo Voigt, ein ehemaliger Hauptmann der Bundeswehr und diplomierte Politikwissenschaftler, besiegte auf dem Parteitag in Bad Dürkheim im Mai 1996 knapp seinen Vorgänger (mit 88 gegen 83 Stimmen). In der Folge öffnete sich die Partei Kräften mit zum Teil neonationalsozialistischen Positionen, nicht zuletzt bedingt durch den Zulauf von Mitgliedern verbotener Vereinigungen in der ersten Hälfte der neunziger Jahre.

Voigt sorgte mit seinem strategischen Konzept von 1997, das auf dem Parteitag von 1998 abgesegnet wurde, für beträchtliche Aufmerksamkeit. Es stützte sich auf drei Säulen: Mit der „Schlacht um die Köpfe“ war die Programmatik gemeint, mit der „Schlacht um die Straße“ die Massenmobilisierung und mit der „Schlacht um die Wähler“ die Wahlteilnahme: „Keine von ihnen ist ohne die anderen sinnvoll oder auch nur möglich. Alle Mitglieder (...) sind aufgefordert, je nach eigenen Stärken und Schwächen den Schwerpunkt ihres Einsatzes innerhalb dieses Dreiecks zu wählen, das von drei Säulen aufgespannt wird, ohne jedoch eine einzelne Säule aus den Augen zu verlieren.“<sup>19</sup>

Erfolge blieben zunächst aus: Die Partei erreichte bei den Bundestagswahlen 1998 und 2002 nur 0,3 bzw. 0,4 Prozent der Stimmen und schaffte so nicht einmal die für die Wahlkampfkostenerstattung wichtige Marke von 0,5 Prozent. Die NPD erzielte 2002 in den alten Bundesländern 0,3, in den neuen 1,2 Prozent (vgl. *Tabelle 1*). In jedem ostdeutschen Bundesland schnitt sie besser ab als im „erfolgreichsten“ westlichen Bundesland (Saarland: 0,7 Prozent). Dass die NPD mit 1,5 Prozent in Brandenburg (nicht in Sachsen: 1,4 Prozent) ihr bestes Ergebnis bekam, mag auf die fehlende Kandidatur der „Republikaner“ zurückzuführen sein. Ein wesentlicher Grund für die Erfolge im Osten dürfte außerdem darin liegen, dass die Bereitschaft, einer Protestpartei die Stimme zu geben, dort höher entwickelt ist als im Westen.

Die Parteiführung kommentierte das Ergebnis positiv – mit einer Begründung, die aufhorchen lässt: „Das Parteipräsidium be-

<sup>19</sup> Das strategische Konzept der NPD, in: H. Apfel (Anm. 4), S. 360.

**Tabelle 1: Ergebnisse der NPD bei den Bundestagswahlen 1990 bis 2005 (in Prozent)<sup>1</sup>**

	2005	2002	1998	1990
Schleswig-Holstein	1,0	0,3	0,2	0,3
Hamburg	1,0	0,2	0,1	0,3
Niedersachsen	1,3	0,3	0,1	0,3
Bremen	1,4	0,5	0,3	0,4
Nordrhein-Westfalen	0,8	0,2	0,1	0,2
Hessen	1,2	0,4	0,3	0,6
Rheinland-Pfalz	1,3	0,4	0,2	0,3
Baden-Württemberg	1,1	0,3	0,2	0,6
Bayern	1,3	0,2	0,1	0,2
Saarland	1,8	0,7	0,3	0,3
Berlin	1,6	0,6	0,4	0,1
Berlin-West	1,1	0,3	0,2	0,1
Berlin-Ost	2,3	1,1	0,8	0,1
Mecklenburg-Vorp.	3,5	0,8	1,0	0,3
Brandenburg	3,2	1,5	0,8	0,2
Sachsen-Anhalt	2,5	1,0	0,3	0,2
Thüringen	3,7	0,9	0,0	0,3
Sachsen	4,8	1,4	1,2	0,3
Bundesgebiet West	1,1	0,3	0,1	0,3
Bundesgebiet Ost	3,6	1,2	0,7	0,2
<b>Bundesgebiet</b>	<b>1,6</b>	<b>0,4</b>	<b>0,3</b>	<b>0,3</b>

1 Keine Teilnahme an der Bundestagswahl 1994.

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Wahlstatistiken.

grüßt aus gesamtpolitischer Sicht die Wählerentscheidung für Bundeskanzler Schröder, der unter dem Eindruck neuer Forderungen für eine deutsche Friedenspolitik, deutsche Souveränität und einen Deutschen Weg vielfach Grundpositionen der NPD vertreten und damit gesiegt hat. (...) Sollten die Schröder-Argumente wieder einmal Wählertäuschung gewesen sein, wird die Tatsache, dass er Jahrzehnte alte NPD-Positionen salonfähig gemacht hat, für einen weiteren Aufschwung jener authentisch nationalen Opposition sorgen, die heute allein noch die Interessen aller Deutschen vertritt.“<sup>10</sup>

Die NPD konnte unter Voigt durch ihre Radikalisierung zwar den Anteil der Mitglieder innerhalb weniger Jahre auf 6 000 verdoppeln, jedoch bei Wahlen lange nicht reüssieren. In den neunziger Jahren schnitt die Partei am besten bei der sächsischen Landtagswahl 1999 ab (1,4 Prozent). Nur ein einziges Mal

<sup>10</sup> Rot-Grüner Wählerfolg durch Deutschen Weg. Stimmenzuwachs bei der NPD. Pressemitteilung der NPD vom 23. 9. 2002.

noch vermochte sie in jenem Zeitraum die für die Parteienfinanzierung wichtige Hürde von einem Prozent zu erreichen (bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern 1998 mit 1,1 Prozent). Die NPD hofft(e) zumal im Osten auf Gefolgschaft von „Vereinigungsverlierern“ und auf „nationale Sozialisten“. Bei den Wahlen von 2000 an erreichte sie in Schleswig-Holstein 1,0 Prozent. Sonst blieb die NPD, die bei jeder zweiten Landtagswahl erst gar nicht antrat, stets unter der Marke von einem Prozent (vgl. *Tabelle 2*).

2004 sollte sich dies ändern. Während die NPD bei der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft am 29. Februar 2004 mit 0,3 Prozent der Stimmen nicht vom Niedergang der Schill-Partei profitieren konnte, bekam sie bei der Landtagswahl in Thüringen am 13. Juni 2004 1,6, bei der Landtagswahl im Saarland am 5. September 4,0 und bei der Landtagswahl in Sachsen 14 Tage später Aufsehen erregende 9,2 Prozent. Trotz vieler öffentlicher Warnungen zog die NPD damit erstmals seit 1968 wieder in einen Landtag ein. Sie erreichte damit fast das Ergebnis der SPD in Sachsen (9,8 Prozent).

Der sächsische Höhenflug der Partei erklärt sich wesentlich mit ihrer aggressiven Kampagne gegen die Arbeitsmarktreformen der Bundesregierung („Schnauze voll?“). Die NPD hielt sich im Wahlkampf mit offen ausländerfeindlichen Parolen zurück, schürte aber Ängste vor einer Osterweiterung der EU. Wie die repräsentative Wahlstatistik zeigt, schnitt die NPD bei Männern (12,6 Prozent) deutlicher besser ab als bei Frauen (5,9 Prozent) und bei Jüngeren (18- bis 24-Jährige: 16,0 Prozent) weitaus besser als bei Älteren (über 60-Jährige: 4,3 Prozent).<sup>11</sup> Im eher konservativ geprägten Sachsen ist der NPD unter der Ägide von Voigt in einigen Gebieten, vor allem in der Sächsischen Schweiz, eine gewisse soziale Verankerung gelungen.<sup>12</sup> Allerdings besitzt die Partei im Freistaat, ihrem Stammland, nicht einmal 1 000 Mitglieder.<sup>13</sup> Hatte die DVU in Sach-

<sup>11</sup> Vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.), Wahlen im Freistaat Sachsen 2004 – Sächsischer Landtag. Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik, Kamenz 2004, S. 27.

<sup>12</sup> Vgl. einige Beispiele in dem Band von Toralf Staud, *Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD*, Köln 2005.

sen zugunsten der NPD auf eine Wahlteilnahme verzichtet<sup>14</sup>, so war dies bei der für die DVU erfolgreichen Wahl in Brandenburg (6,1 Prozent) am selben Tag umgekehrt.

Nach dem Erfolg in Sachsen fügte der Parteivorsitzende Udo Voigt auf dem Parteitag in Leinefelde im Oktober 2004 dem Dreisäulenkonzept eine neue Säule hinzu: den „Kampf um den organisierten Willen“. Damit ist die Bündelung aller Kräfte des „nationalen Lagers“ gemeint – von der DVU bis zu den „Freien Kameradschaften“: „Wir lassen es nicht zu, dass jeder, der sich als ‚Nationaler Sozialist‘ begreift, als ‚Neo-Nazi‘ diffamiert wird.“<sup>15</sup> Die Partei führt vollmundige Parolen im Munde, die provozieren und Aufmerksamkeit finden sollen, wie Voigts Propagierung einer „Volksfront von rechts“.

Am 15. Januar 2005 schlossen DVU und NPD einen gemeinsamen „Deutschland-Pakt“, so der pompöse Ausdruck. Die beiden Parteien wollen bis Ende 2009 nicht mehr gegeneinander kandidieren. Frühere Absprachen innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums hatten angesichts programmatischer Unterschiede und personeller Eifersüchteleien nicht lange gehalten. Die NPD, deren Repräsentanten bis vor kurzem selbst bei Rechtsextremisten als „Schmuddelkinder“ galten, dominiert aufgrund ihrer Kaderstruktur momentan in der Parteienlandschaft des „nationalen Lagers“, auch wenn sie mit bundesweit 5 300 Mitgliedern über weniger Mitglieder verfügt als die DVU (11 000) und die „Republikaner“ (7 500).<sup>16</sup> deren früherer Vorsitzender Franz Schönhuber nach dem Tod der NPD-Politikerin Kerstin Lorenz bei

<sup>13</sup> Für Einzelheiten zur Stärke der NPD in Sachsen: Sächsisches Staatsministerium des Innern/Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2004, Dresden 2005, insbes. S. 35–46.

<sup>14</sup> In Sachsen trug zum Erfolg wesentlich auch der von der Bundespartei nicht gewünschte Rückzug der „Republikaner“ von der Wahlteilnahme bei. Sie hatten mit 3,4 Prozent bei der Europawahl im Freistaat 0,1 Punkte mehr erzielt als die Nationaldemokraten.

<sup>15</sup> Ansprache des NPD-Bundvorsitzenden Udo Voigt auf dem NPD-Bundparteitag am 30./31. Oktober 2004 in Leinefelde. Arbeit – Familie – Vaterland, in: [www.npd.de/npd-info/partei-geschehen/2004/p1004-3.html](http://www.npd.de/npd-info/partei-geschehen/2004/p1004-3.html) (1. 1. 2005).

<sup>16</sup> Die Daten entsprechen dem Stand von Ende 2004. Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2004, S. 28 (hektographierte Fassung).

**Tabelle 2: Stimmenanteile der NPD bei den Landtagswahlen seit 1990 (in Prozent)**

Schleswig-Holstein	1992: –	1996: –	2000: 1,0	2005: 1,9
Hamburg	1991: –	1993: –	1997: 0,1	2001: –; 2004: 0,3
Niedersachsen	1994: 0,2	1998: –	2003: –	
Bremen	1991: –	1995: –	1999: 0,3	2003: –
Nordrhein-Westf.	1995: –	2000: –	2005: 0,9	
Hessen	1991: –	1995: 0,3	1999: 0,2	2003: –
Rheinland-Pfalz	1991: –	1996: 0,4	2001: 0,5	
Baden-Württ.	1992: 0,9	1996: –	2001: 0,2	
Bayern	1994: 0,1	1998: 0,2	2003: –	
Saarland	1994: –	1999: –	2004: 4,0	
Berlin	1990: –	1995: –	1999: 0,8	2001: 0,9
Berlin-West	1990: –	1995: –	1999: 0,4	2001: 0,5
Berlin-Ost	1990: –	1995: –	1999: 1,6	2001: 1,6
Mecklenburg-Vorp.	1990: 0,2	1994: 0,1	1998: 1,1	2002: 0,8
Brandenburg	1990: 0,1	1994: –	1999: 0,7	2004: –
Sachsen-Anhalt	1990: 0,1	1994: –	1998: –	2002: –
Thüringen	1990: 0,2	1994: –	1999: 0,2	2004: –
Sachsen	1990: 0,7	1994: –	1999: 1,4	2004: 9,2

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Wahlstatistiken.

der Bundestagsnachwahl im Wahlkreis Dresden I als Spitzenkandidat für die Partei antrat.

Wie sich nach einem Jahr zeigt, weist die sächsische NPD-Fraktion einen größeren Zusammenhalt auf als manche andere Fraktion rechtsextremistischer Parteien. Der Arbeitsstil ist zum Teil durch Sacharbeit geprägt (in den Ausschüssen), zum Teil auf Provokation angelegt (im Plenum).<sup>17</sup> Das Wort vom „Bomben-Holocaust“ des NPD-Abgeordneten Jürgen Gansel mit Blick auf die Zerstörung Dresdens im Februar 1945 machte Schlagzeilen weit über die Grenzen Sachsens hinaus. Der von seinen Vorgängern nach außen hin demonstrierten Verfassungstreue (bei Günter Deckert war dies schon anders) befließigt sich der Vorsitzende Voigt nicht. Er predigt revolutionären Kampf und macht keinen Hehl aus seiner Absicht, die Verfassungsordnung in Deutschland stürzen zu wollen. Nach der Landtagswahl in Sachsen erklärte er gegenüber der „Jungen Freiheit“: „Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor 15 Jahren die DDR abgewickelt

<sup>17</sup> Vgl. Franziska Brech, Ein halbes Jahr NPD im sächsischen Landtag. Personen – Arbeitsstil – Entwicklungsperspektiven (Arbeitspapier der Konrad-Adenauer-Stiftung), Berlin 2005.

hat. Dies geht offensichtlich auch über die Wahlurne.<sup>18</sup> Voigt ließ keine Zweifel an seiner Legalitätstaktik aufkommen. Die Partei halte sich an die Gesetze, solange die Bundesrepublik existiere, aber sie erstrebe deren Überwindung. Die klare Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates ist für die NPD kennzeichnend.

## Verbotsverfahren

Die Verbotsdiskussion samt gescheitertem Verbotsverfahren zog sich über knapp drei Jahre hin.<sup>19</sup> Die im Sommer 2000 beginnende Diskussion führte schnell zu Verbotsanträgen aller drei dazu berechtigten Verfassungsorgane gegen die NPD (am 29. Januar 2001 durch die Bundesregierung; am 30. März 2001 durch Bundestag und Bundesrat). Die Termine der mündlichen Verhandlung hob das Gericht auf, nachdem ihm durch einen Repräsentanten des Bundesinnenministeriums mitgeteilt worden war, dass der frühere stellvertretende Vorsitzende der nordrhein-westfälischen NPD Wolfgang Frenz jahrzehntelang für den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz gearbeitet hatte.

Fortan konzentrierte sich die Diskussion weniger auf die Verfassungsfeindlichkeit als vielmehr auf die Frage der Bespitzelung der NPD durch den Staat. Immer neue Namen machten die Runde, so der von Udo Holtmann, der als Vorsitzender des Landesverbandes NRW zugleich auf der Gehaltsliste des Verfassungsschutzes stand. Das Bundesverfassungsgericht bat um Aufklärung zu den Personen aus den NPD-Vorständen, die mit staatlichen Stellen zusammengearbeitet hatten. Nach Angaben des Verfassungsschutzes fungierten (1997, 2001 und 2002) nicht mehr als 15 Prozent V-Leute in den Vorständen der NPD, etwa 30 von 200.

Am 18. März 2003 gab der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts die Einstellung des zwei Jahre zuvor eingeleiteten Parteiverbotsverfahrens bekannt.<sup>20</sup> Für drei der

<sup>18</sup> „Ziel ist, die BRD abzuwickeln.“ Der NPD-Vorsitzende Udo Voigt über den Wahlerfolg seiner Partei und den Zusammenbruch des liberal-kapitalistischen Systems, in: Junge Freiheit vom 24. 9. 2004, S. 3.

<sup>19</sup> Vgl. für Einzelheiten Lars Flemming, Das NPD-Verbotsverfahren, Baden-Baden 2005.

<sup>20</sup> BVerfG, 2 BVB 1/01 vom 18. 3. 2003, Abs.-Nr. 1–1154.

sieben Richter stellte das Problem der V-Leute ein nicht behebbares Verfahrenshindernis dar.<sup>21</sup> Da nach § 15, Abs. 4 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes zwei Drittel der Richter bei einer für den Antragsteller nachteiligen Entscheidung zustimmen müssen (also sechs von acht), ging das Verfahren sang- und klanglos zu Ende. Diese Blamage rief in der Öffentlichkeit durch den alle anderen Ereignisse überlagernden Krieg gegen den Irak, der einen Tag später begann, zunächst nur wenige Reaktionen hervor.

Die Motive der anfänglichen Hauptbefürworter eines Verbots – Bayerns Innenminister Günter Beckstein und Bundesumweltminister Jürgen Trittin – ließen sich nicht auf einen Nenner bringen. Der eine wollte mit „law and order“-Parolen punkten, der andere mit einem vehementen Antifaschismus. Ausgerechnet der einstige Linksterrorist Horst Mahler, der für ein Verbot aller Parteien votierte hatte,<sup>22</sup> fungierte nun als Rechtsvertreter der NPD und wollte deren Verbot verhindern. Mahler gehört inzwischen zur *lunatic fringe* des äußersten rechten Flügels und verließ nach dem Scheitern des Verfahrens die für ihn zu brave Partei.<sup>23</sup>

Die Zahl der Koordinierungsmängel war enorm, ein „wasserdichter“ Verbotsantrag dementsprechend kaum möglich. Zwar ist der Einsatz von V-Leuten wohl unumgänglich, doch nicht an führender Stelle der Partei. Auf diese Weise lässt sich nicht mehr klar erkennen, ob die Willensbildung der Partei von solchen Leuten nicht doch beeinflusst und radikalisiert wird. Die Mehrheit des Senats machte sich diese Position nicht zu Eigen. Eine Partei dürfe auch während des Verbotsverfahrens beobachtet, der Grundsatz der strikten Staatsfreiheit der Partei keineswegs absolut gesetzt

<sup>21</sup> Eine parteipolitische Zuordnung lässt sich cum grano salis erkennen. Zwei der drei Richter, die für eine Einstellung des Verfahrens plädierten, waren auf Vorschlag der SPD gewählt worden, drei der vier Richter, die kein Verfahrenshindernis sahen, auf Vorschlag der Union.

<sup>22</sup> Mahler hatte geäußert: „Ich bin für ein Verbot der Parteien.“ Zitiert nach Horst Mahler/Franz Schönhuber, Schluss mit deutschem Selbsthass. Plädoyers für ein anderes Deutschland, Berg am Starnberger See 2001<sup>2</sup>, S. 65.

<sup>23</sup> Vgl. Eckhard Jesse, Biographisches Porträt: Horst Mahler, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 13, Baden-Baden 2001, S. 183–199.

und das Prinzip des präventiven Verfassungsschutzes nicht ignoriert werden.

Der Verfasser hat an anderer Stelle von mehreren „Verbotsfällen“ gesprochen, in die die politisch Verantwortlichen getappt sind.<sup>124</sup> Dazu gehört unter anderem die Antifaschismusfälle (kaum einer wollte sich im „Kampf gegen rechts“ übertreffen lassen), die Zeitfälle (der Zeitdruck, unter den sich die Politik ganz unnötig setzte, begünstigte Fehler und Ungereimtheiten), die Automatismusfälle (die Vorstellung dominierte, die Phalanx gleich dreier Anträge werde Eindruck machen und zum gewünschten Ziel führen), die Medienfälle (die übertriebene Berichterstattung provozierte den Eindruck, eine zumindest symbolische Handlung sei unumgänglich) sowie die V-Mann-Fälle (die Problematik dieser heiklen Thematik unterschätzte die politische Klasse weit).

## Umgang mit der NPD

Die NPD ist zwar durch und durch antidemokratisch, wird aber gleichwohl demokratisch gewählt. Geschäftsordnungstricks und Schikanen verbieten sich daher – aus prinzipiellen wie aus strategischen Gründen. Feinde des demokratischen Verfassungsstaates sind nicht vogelfrei. Ein antidemokratischer Bodensatz ist in jeder offenen Gesellschaft unvermeidlich. Eine größere Gelassenheit (und damit weniger Alarmismus) nützt der Demokratie und schwächt den Extremismus.

Moralische Empörung ist wohlfeil, trägt aber wenig zur Bekämpfung bei. Wer den Stimmenanteil der Partei mindern will, muss sich in der Sache mit der NPD und ihren Parolen auseinandersetzen. Symbolpolitik hilft nicht weiter. Man sollte zwischen der antidemokratischen NPD und ihren Wählern, die nicht zwangsläufig rechtsextremistisch orientiert sein müssen, deutlich unterscheiden. Ein populistischer „Kampf gegen rechts“ löst keine Probleme. Die demokratischen Parteien dürfen extremistischen Parteien keine offenen Flanken bieten. Sie müssen selbstkritisch nach Versäumnissen fragen und die politische Agenda bestimmen. Es darf nicht der Ein-

<sup>124</sup> Vgl. ders., Der gescheiterte Verbotantrag gegen die NPD. Die streitbare Demokratie ist beschädigt worden, in: Politische Vierteljahresschrift, 44 (2003), S. 292–301.

druck entstehen, dass sie Parolen der NPD aufgreifen. Wer heikle Themen tabuisiert, leistet extremistischen Kräften Vorschub. „Demokratische Politiker sollten planmäßig die Themen identifizieren, mit denen die NPD kampagnefähig werden könnte, und diese selbst besetzen. Bisher hecheln sie der NPD immer nur hinterher.“<sup>125</sup>

Die Grundgesetzkonzeption der streitbaren Demokratie bedarf der Bewahrung und der Erinnerung. Der Dreiklang von Wertgebundenheit, Abwehrbereitschaft und Vorverlagerung trägt zur Sicherung des demokratischen Verfassungsstaates bei. Die Verbotspolitik des Staates gegenüber rechtsextremistischen Vereinigungen in den neunziger Jahren ist zwar rechtlich korrekt, politisch aber problematisch. Die streitbare Demokratie sollte in ihrer geistig-politischen Dimension gestärkt werden, nicht in ihrer repressiv-administrativen. Es entspricht demokratischer Streitkultur, dass sie den Spielraum des als legitim Erachteten weit zieht – aus Liberalität wie aus Effizienz.

Eine „antifaschistische Klausel“, wie sie etwa die PDS in die sächsische Verfassung mit Hilfe eines neuen Artikels 12a aufnehmen will, ist keine geeignete Maßnahme: „Rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Aktivitäten sowie eine Wiederbelebung und Verbreitung nationalsozialistischen Gedankengutes nicht zuzulassen, ist Pflicht des Landes und Verpflichtung aller im Land.“<sup>126</sup> Dies ist keine unmittelbare Konsequenz des NPD-Erfolges bei der sächsischen Landtagswahl im September 2004. Bereits im Jahre 2001 hatte die PDS im Deutschen Bundestag einen ähnlichen Antrag eingebracht (mit der Erweiterung von Art. 26 GG). Der Vorschlag ist für die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik schädlich. Auf diese Weise würde davon abgerückt, dass sie ein Staat ist, der alle extremistischen Positionen gleichermaßen ablehnt. Das Grundgesetz und auch die sächsische Verfassung weisen eine antiextremistische Orientierung auf. Nirgendwo ist davon die Rede, ein Parteien- oder ein Verei-

<sup>125</sup> T. Staud (Anm. 12), S. 212. Der Autor präsentiert eine „kleine Gebrauchsanleitung für den Umgang mit der NPD“ (S. 208–218), die sich teilweise von den Anregungen des Verfassers unterscheidet.

<sup>126</sup> Sächsischer Landtag, 4. Wahlperiode. Gesetzentwurf der PDS vom 12. 4. 2005, Drucksache 4/1238.

nignungsverbot sei nur *einer* extremistischen politischen Richtung vorbehalten. Mit der Neuregelung wäre eine Aufwertung jener Positionen verbunden, die lediglich in rechtsextrémistischen Bestrebungen eine Gefahr für den demokratischen Verfassungsstaat sieht. Das liefe auf einen massiven Wandel des politischen Koordinatensystems hinaus.<sup>127</sup>

## Die NPD 2005

In diesem Jahr konnte die NPD ihren Wahlerfolg nicht wiederholen. In Schleswig-Holstein erreichte sie im Februar zwar immerhin 1,9 Prozent der Stimmen, in Nordrhein-Westfalen im Mai jedoch nicht einmal die Einprozenthürde (0,9 Prozent). Insofern durfte sie von der vorgezogenen Bundestagswahl im September 2005 nicht den Einzug in das Bundesparlament erwarten. Die Partei erkannte die Aussichtslosigkeit ihres Versuchs, fünf Prozent der Stimmen zu erreichen. Stattdessen strebte sie den Gewinn von drei Direktmandaten in Sachsen an, ein ebenso unrealistisches Unterfangen. Allerdings malte der Parteivorsitzende kurz vor der Wahl folgendes Szenario aus, das er als Traum kennzeichnete, wenn auch nicht als unrealistischen: „Fassungslos müssen die Journalisten schon nach der ersten Prognose bekannt geben, dass die NPD aller Voraussicht nach die Fünfprozenthürde meistern könnte. Erstmals in der Nachkriegsgeschichte würde damit eine nationale Partei in den Berliner Reichstag einziehen. (...) Wer traut sich als erster, ein Interview mit einem Nationaldemokraten zu führen? Der Einzug der NPD würde dem Machtkartell in Berlin größte Schmerzen verursachen, denn die Zeiten eines Parlamentes ohne wirkungsvolle Kontrolle wären endgültig vorbei. Dann müsste man ein vernehmbares Nein befürchten, wenn wieder einmal die Interessen der Deutschen zu Markte getragen werden.“<sup>128</sup>

Im Wahlkampf warb die Partei u. a. mit folgenden Parolen: „Arbeit für Deutsche“, „Inländerfreundlich“, „EU abwählen“, „Quittung

<sup>127</sup> Vgl. Manfred Wilke, Die „antifaschistische“ Republik, in: Manfred Agethen/Eckhard Jesse/Ehrhart Neubert (Hrsg.), Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken, Freiburg/Br. 2002, S. 420–426.

<sup>128</sup> Udo Voigt, Darum NPD wählen!, in: www.npd.de (16. 9. 2005).

für Hartz IV“. Der Slogan „Fremdarbeiter stoppen“ stellte eine Anspielung auf Oskar Lafontaine dar, neben Gregor Gysi der Spitzenkandidat der Linkspartei. Da die Linkspartei offenkundig in einem Teil ihres Wählerreservoirs „fischte“, griff die NPD diesmal auch zu antikommunistischen Parolen. Der Text eines Wahlplakats mit Honecker und Lafontaine lautete: „Alles schon vergessen? – Nein zum Linksbündnis“.

Die NPD konnte ihre hoch gesteckten Ziele nicht erfüllen: Sie erreichte 1,6 Prozent der Zweitstimmen. Das ist jedoch das beste Ergebnis bei einer Bundestagswahl seit 1969. In den ostdeutschen Ländern kam sie auf 3,6 Prozent (in Sachsen sogar auf 4,8 Prozent), in den westlichen nur auf 1,1 Prozent. Hier fallen ihr angesichts einer stärkeren Parteiidentifikation und besserer ökonomischer Bedingungen Erfolge wesentlich schwerer. Die Erfolge der NPD im Osten erklären sich wesentlich mit ihrer Funktion als „Denkzettel“-Partei. Von dem Gewinn dreier Direktmandate blieb die NPD weit entfernt. In keinem Wahlkreis fiel das Ergebnis zweistellig aus. Das beste Resultat erzielte Uwe Leichsenring im Wahlkreis Sächsische Schweiz-Weißeritzkreis mit 7,8 Prozent. Einerseits ist das eine Vervierfachung gegenüber der letzten Bundestagswahl, andererseits nahezu eine Halbierung des sächsischen Ergebnisses von 2004. Beide Interpretationen sind legitim; weder Dämonisierung noch Bagatellisierung der NPD-Wahlerfolge ist angebracht.

War die Partei früher eher besitzbürgerlich orientiert, tritt sie heute als nationalrevolutionäre Kraft nahezu klassenkämpferisch auf und wendet sich vehement gegen die Globalisierung, gegen die USA, gegen den Kapitalismus. Die Idee der „Volksgemeinschaft“ nimmt bei ihr breiten Raum ein. Für die NPD spielt der Antikommunismus als Klammer – im Gegensatz zur Zeit vor 40 Jahren – kaum mehr eine Rolle, wiewohl er bei der vergangenen Bundestagswahl partiell revitalisiert worden ist. Wenn die NPD diesen Kurs weiter fährt, dürfte sie nicht reüssieren, auch wenn die Partei ihre größten Erfolge unter einer großen Koalition verzeichnen konnte.

# Rechtsextremismus und Medien

Der politische Diskurs zum Thema Rechtsextremismus, die öffentliche und private Einschätzung des Gefahrenpotenzials und schließlich der Umgang mit dem Rechtsextremismus werden maßgeblich durch die Medien geprägt. Gleichzeitig können Themensetzung und -gestaltung nicht unabhängig von öffentlichen und politischen Diskursen verstanden werden. Medienmacher kommen nicht umhin – als Rezipienten und in der Gestaltung von Beiträgen, die sich an Personen in einem spezifisch gesellschaftlichen

Umfeld richten – Meinungen und Bilder vom Rechtsextremismus aufzugreifen und zu vermitteln. Die Frage, inwieweit die Medien dem Phänomen Rechtsextremismus gerecht werden, ist daher auch eine gesellschaftliche Frage.

**Britta Schellenberg**

geb. 1972; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centrum für angewandte Politikforschung (C.A.P.), Ludwig-Maximilians-Universität München, Maria-Theresia-Straße 21, 81675 München. [britta.schellenberg@lrz.uni-muenchen.de](mailto:britta.schellenberg@lrz.uni-muenchen.de)

Eine Analyse der Berichterstattung über Rechtsextremismus schließt nicht nur den Blick auf die Qualität der journalistischen Arbeit ein, die sich im Spannungsfeld zwischen Chronistenpflicht und Aufklärung bewegt. Es ist auch zu fragen, wie verschiedene Rezipientengruppen bestimmte Sendungen wahrnehmen und verarbeiten. Neben den Wirkungen einzelner Sendungen ist – mit einem breiteren Blick auf die Entwicklungen in der Berichterstattung über mehrere Jahre hinweg – zu untersuchen, wie präzise die Medien die Ereignislage zum Rechtsextremismus und dessen aktuellen Charakter (etwa Anzahl und Schwere der Gewalttaten oder Verbreitung rechtsextremer Einstellungsmuster) abbilden und inwiefern es ihnen gelingt, ein adäquates Bild des Gefahrenpotenzials zu zeichnen. Ist die Darstellung oder Konstruktion des Rechtsextremismus in den Medien realitätsgetreu? Inwieweit wird das Thema durch die Intensität und die Inhalte der Berichterstat-

tung dramatisiert oder verharmlost? Wird Rechtsextremismus als mediengerechtes Phänomen gestaltet, und kann das Phänomen als Medienstory eine Eigendynamik entwickeln? Wie kann das verhindert werden?<sup>1</sup>

Nach diesen unterschiedlichen Blicken auf das Thema Rechtsextremismus in den Medien ist in einem zweiten Schritt abzuwägen, wie die Berichterstattung gestaltet sein muss, damit sie ein realitätsnahes Bild des Rechtsextremismus bietet und sowohl die Ereignislage nachzeichnet als auch für verschiedene Rezipientengruppen aufklärende Wirkung entfaltet.

Die Herausforderungen einer kompetenten Berichterstattung über Rechtsextremismus bedeuten eine schwierige Gratwanderung für die Verantwortlichen: Journalisten befinden sich in einem vielfältigen Dilemma, zwischen Chronistenpflicht und möglicher kontraproduktiver Wirkung, zwischen politischer Positionierung (oftmals der persönliche Anspruch, die eigene Abneigung gegen Rechtsextremismus auszudrücken), Aufklärerrolle und Zuschauerzahlen. Es wird auf der einen Seite Distanz zum Gegenstand des Berichts verlangt, zum anderen kann ein Beitrag zum Rechtsextremismus nicht ohne eine eigene Positionierung auskommen. Zu dieser problematischen Ausgangsposition gehört auch, dass der Journalist auf allgemeine medien-spezifische Rahmenbedingungen Rücksicht nehmen muss: So ist in den vergangenen Jahren ein Rückgang der politischen Berichterstattung zugunsten einer zunehmenden Orientierung an Personen, Emotionen, Unterhaltung sowie „starken“ Bildern („Emotainment“) festzustellen. Zudem werden die Nachrichtenfaktoren Negativismus, Konflikthaftigkeit, Kontroverse, Aggression und Schaden von Zuschauern bevorzugt aufgenommen.<sup>2</sup> Auch hier müssen Journalisten eine Gratwanderung zwischen Rücksichtnahme auf eben diese

<sup>1</sup> Vgl. Katharina Kleinen-von Königslöw/Bertram Scheufele/Frank Esser, Gewalt- und Berichterstattungswellen als Resonanzeffekte von „Düsseldorf“ und „Sebnitz“, in: Frank Esser/Bertram Scheufele/Hans-Bernd Brosius (Hrsg.), Fremdenfeindlichkeit als Medienthema und Medienwirkung, Wiesbaden 2002, S. 95–142.

<sup>2</sup> Vgl. Christiane Eilders, Nachrichtenfaktoren und Rezeption. Eine empirische Analyse zur Auswahl und Verarbeitung politischer Information, Opladen 1997, S. 68.

Rahmenbedingungen und einer realitätsgetreuen und sachgerechten Darstellung vollziehen.

## Kontinuierlichkeit

Spätestens seit den frühen neunziger Jahren steht der Rechtsextremismus in Deutschland auf der Tagesordnung (im Jahr 2004 kam es zu 776 rechtsextrem, fremdenfeindlich oder antisemitisch motivierten Gewalttaten).<sup>13</sup> Das Wählerpotenzial von rechtsextremen Parteien ist keineswegs gering.<sup>14</sup> Vor allem fremdenfeindliche Einstellungen sind in der Bevölkerung verbreitet und haben in den vergangenen Jahren stetig zugenommen.<sup>15</sup> Tatsächlich ist Rechtsextremismus ein sowohl latentes als auch manifestes Phänomen, wengleich rechtsextreme Parteien bei Wahlen auf Bundesebene im Vergleich etwa zu Belgien oder Frankreich bislang relativ erfolglos geblieben sind. In Deutschland zeigt sich Rechtsextremismus gegenwärtig vor allem durch häufige und teilweise schwere Gewalttaten, im jugendkulturellen Bereich und in der Alltagskultur – vor allem in ländlichen Gegenden Ostdeutschlands – und prägt den öffentlichen Diskurs, etwa zu Themen wie Integration und Globalisierung. Genauso wenig, wie es sich um ein plötzlich aufgetauchtes, neues Problem handelt, ist zu erwarten, dass der Rechtsextremismus in den nächsten Jahren plötzlich verschwinden könnte. Im Gegenteil: Der Problemhaushalt der Gesellschaft, ökonomische und soziale Verunsicherung, Zukunftsängste gepaart mit Mentalitätsbeständen in der Bevölkerung könnten den Rechtsextremen eher verstärkten Zuspruch einbringen.

Differenziertheit und Konstanz sind keine Vokabeln, die den medialen und politischen Umgang mit Rechtsextremismus in den ver-

<sup>13</sup> Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2004, Berlin 2005 (Vorabfassung), S. 31–35.

<sup>14</sup> Dieses Potenzial – meist werden rund zehn Prozent genannt – wird kaum ausgeschöpft; dies hat historische Ursachen und ist auch auf die Zersplitterung und das parlamentarische Unvermögen der Rechtsextremen zurückzuführen.

<sup>15</sup> Vgl. Wilhelm Heitmeyer, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus den Jahren 2002, 2003 und 2004, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände 2004. Folge 2, Frankfurt/M. 2005, S. 13–36.

gangenen Jahrzehnten beschreiben. Während die Ereignislage konstant ist oder bezüglich bestimmter Syndrome des Rechtsextremismus sogar zunehmend bedrohlich wird, ist bislang weder in den Medien noch in der Politik eine zielbewusste und das Phänomen in seinen Facetten umspannende Strategie erkennbar. Eine intensive Berichterstattung über Rechtsextremismus und eine politische und öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema existieren durchaus. Es handelt sich aber meist um eher nervöse und hektische Momente, die das Thema kurzfristig in den Medien hochschnellen lassen. Abseits von diesen Höhepunkten in der Berichterstattung wird das gleichwohl vorhandene Problem nicht oder nur selten thematisiert.<sup>16</sup>

Seit der deutschen Vereinigung hat es drei intensive Phasen der Thematisierung gegeben, die von längeren „Sendepausen“ unterbrochen wurden: 1992/93 beginnend mit dem Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Rostock-Lichtenhagen; 1998 in Reaktion auf das Wahlergebnis der DVU, die mit 12,9 Prozent der Stimmen erstmals in den Landtag von Sachsen-Anhalt einzog; im Sommer 2000 ausgelöst durch Brandanschläge auf einen S-Bahnhof in Düsseldorf und die Synagoge in Lübeck sowie den Mord an dem Mosambikaner Alberto Adriano in Dessau.

Diese Schlüsselereignisse haben jeweils zu lauten Medienechos geführt.<sup>17</sup> Mit der Studie „Rechtsextremismus und Fernsehen“,<sup>18</sup> die

<sup>16</sup> Vgl. Hans-Jürgen Weiß/Cornelia Spallek, Fallstudien zur Fernsehberichterstattung über den Rechtsextremismus in Deutschland 1998–2001, Düsseldorf 2002, S. 17 f.

<sup>17</sup> „Schlüsselereignisse“ lösen „Krisenphasen“ in den Medien aus; in ihnen entfaltet die Berichterstattung durchaus eskalierende Wirkung, die zu Folgetaten führen kann. Vgl. Hans-Bernd Brosius/Frank Esser, Eskalation durch Berichterstattung. Massenmedien und Fremdenfeindliche Gewalt, Opladen 1995; vgl. auch F. Esser/B. Scheufele/H.-B. Brosius (Anm. 1).

<sup>18</sup> Die Studie analysiert die Berichterstattung im Fernsehen – fiktionale Beiträge blieben ausgespart. Die Studie wurde von der ARD/ZDF-Medienkommission verantwortet und mit der finanziellen Unterstützung der Evangelischen und der Katholischen Kirche Deutschlands sowie der Bertelsmann Stiftung erstellt. Die Untersuchung umfasst Inhalts-, Rezeptions- und tiefenhermeneutische Analysen (Erfassung des latenten und manifesten Sinngehalts der Beiträge). Vgl. Ekkehardt Oehmichen/Imme Horn/Sylvia Mosler, Rechtsextremismus und Fernsehen, in: Bertelsmann Stiftung/Bertelsmann Forschungsgruppe Politik

ein Teil des Projektes „Strategien gegen Rechtsextremismus“ von der Bertelsmann Stiftung und dem Centrum für angewandte Politikforschung (C.A.P.) war,<sup>9</sup> wurde die Berichterstattung der Jahre 2000 und 2001 analysiert. Erste Handlungsempfehlungen konnten ausgesprochen werden.<sup>10</sup> In diesem Zeitraum waren im öffentlich-rechtlichen Fernsehen insgesamt 4688 Sendebeiträge oder 354 Programmstunden dieser Thematik gewidmet, das entspricht durchschnittlich knapp 30 Minuten pro Tag. Betrachtet man allerdings die Entwicklung der Anzahl und Länge der Beiträge wochenweise,<sup>11</sup> so zeigt sich, dass vor dem Höhepunkt im Spätsommer 2000 (über 225 Beiträge pro Woche) die Berichterstattung über das Thema minimal war (teilweise unter fünf Beiträgen bzw. Erwähnungen pro Woche). Ein ähnlicher Tiefstand wurde erst Ende 2001 wieder erreicht.<sup>12</sup> Genau genommen handelt es sich nicht um eine wellenförmige Berichterstattung, sondern um ein plötzliches Hochschnellen des Interesses am Thema, infolge dessen es dann zu einem langsamen Zurückgehen der Berichterstattung kommt.

Die Ereignislage und das allgemeine Bedrohungspotenzial des Rechtsextremismus sind nicht allein ausschlaggebend für die Intensität der Berichterstattung. Damit Rechtsextremismus zur Story oder einfach nur zur Nachricht wird, bedarf es besonderer medialer, politischer oder öffentlicher Zusatzreize.

(Hrsg.), Strategien gegen Rechtsextremismus, Bd. 1. Ergebnisse der Recherche, Gütersloh 2005, S. 146–207; [www.cap-lmu.de/akademie/publikationen/wissenschaft/rechtsextremismus-fernsehen.php](http://www.cap-lmu.de/akademie/publikationen/wissenschaft/rechtsextremismus-fernsehen.php).

<sup>9</sup> [www.cap-lmu.de/projekte/bertelsmann/rechtsextremismus.php](http://www.cap-lmu.de/projekte/bertelsmann/rechtsextremismus.php).

<sup>10</sup> Vgl. Hauke Hartmann/Britta Schellenberg, Strategien gegen Rechtsextremismus: Ergebnisse und Handlungsfelder, in: Viola B. Georgi/Hauke Hartmann/Britta Schellenberg/Michael Seberich (Hrsg.), Strategien gegen Rechtsextremismus, Bd. 2: Handlungsempfehlungen für Politik und Praxis, Gütersloh 2005, S. 16–41 und ebd., S. 95–98.

<sup>11</sup> Mehr als drei Viertel der Berichterstattung im Untersuchungszeitraum hat nachrichtlichen bzw. ereignisbezogenen Charakter. Lediglich sechs Prozent der Beiträge bzw. 18 Prozent der Sendezeit entfallen auf eigene journalistische Thematisierungen. Entsprechend dominant sind aktualitätsbezogene Formate in der Berichterstattung: 60 Prozent sind Magazinbeiträge, 34 Prozent sind Nachrichten und nur drei Prozent Dokumentationen oder längere Berichte.

<sup>12</sup> Vgl. E. Oehmichen/I. Horn/S. Mosler (Anm. 8), S. 151–153.

Erst ein Zusammenspiel von herausragenden rechtsextremen Ereignissen (etwa außergewöhnlich grausame Gewalttaten oder beachtliche Wahlgewinne), ein – zufälliges – Klima politischer Offenheit für dessen Thematisierung und individuelles journalistisches Engagement bringt den Rechtsextremismus in die Medien und damit in das Problembewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit. Um die Kontinuität der Berichterstattung zu stärken, ist es sinnvoll, die Spezialisierung von Journalisten zu fördern, das Fachwissen zu gesellschaftspolitischen Zusammenhängen (Demokratie und Menschenrechte, Erosion des Wertekonsenses) in Redaktionen zu vertiefen sowie den Zeitdruck abzubauen, um so eine sorgfältige Recherche zu ermöglichen.

## Auseinandersetzung statt Ausgrenzung

Obwohl die thematischen Wellenbewegungen eine gewisse Regelmäßigkeit aufweisen, und trotz vielfältiger Studien zum Thema Rechtsextremismus in Deutschland sind die unmittelbaren Reaktionen auch nach Wahlerfolgen von Rechtsextremen in Medien und Politik höchst problematisch. Ein sorgfältig und langfristig durchdachter, kontinuierlicher Umgang mit dem Thema Rechtsextremismus findet nach wie vor nicht statt. Die Wahlerfolge der NPD in Sachsen (9,2 Prozent) und der DVU in Brandenburg (6,1 Prozent) haben zu heftigen Reaktionen in Medien und Politik geführt. Ob die erneute, starke öffentliche Wahrnehmung des Themas tatsächlich ein verstärktes Engagement gegen Rechtsextremismus auszulösen vermag, muss sich noch zeigen.

Dem Einzug der NPD und der DVU in den Sächsischen bzw. Brandenburger Landtag standen die meisten Journalisten offenbar völlig unvorbereitet gegenüber. Viele erlagen sogar der Versuchung, Politikern von NPD oder DVU, die im Fernsehen auftraten, das Wort abzuschneiden oder sie verbal auszugrenzen. In Gesprächsführung und Redeverhalten verfolgten die Journalisten eine moralisch überhöhte Ausgrenzungsstrategie, die eine fundierte politische Auseinandersetzung verhinderte und den Rechtsextremen zugleich das Einnehmen einer Opferrolle ermöglichte. Ähnlich verhielten sich auch die Politiker sämtlicher demokratischer Parteien, die nach dem Wahlerfolg der sächsischen NPD im Studio von ARD und ZDF anwesend waren: Sie

verließen aus Protest das Studio, als der stellvertretende Parteivorsitzende (und spätere Fraktionsvorsitzende) der NPD, Holger Apfel, zu Wort kam. Der Fernsehzuschauer blieb mit verunsichert wirkenden, der Situation nicht gewachsenen Moderatoren und dem rechtsextremen Politiker allein zurück. Eine kompetente Auseinandersetzung mit dem eigentlichen Thema fand nicht statt. Die Medien sind in dieser Situation weder ihrer Aufklärer- noch ihrer Chronistenrolle nachgekommen.

Über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit muss kompetent aufgeklärt werden, ohne dabei auszugrenzen. Nicht hilfreich, sondern eher bestätigend für Rechtsextreme ist es, wenn eine inhaltliche Auseinandersetzung nicht zugelassen wird. Um aufklärend zu wirken, muss man sich mit Rechtsextremen auseinandersetzen, antidemokratische Entwicklungen thematisieren und problematisieren. Voraussetzung für öffentliche Gespräche mit Rechtsextremen ist allerdings, sich mit den Argumentationsstrategien und Perspektiven der jeweiligen Parteien differenziert und kritisch auseinanderzusetzen oder zumindest kompetente Gesprächspartner einzuladen. Für eine inhaltlich angemessene Auseinandersetzung mit Rechtsextremen und Rechtsextremismus in den Medien, ist es daher unerlässlich, regelmäßig gezielte Schulungen im Bereich des politischen Journalismus durchzuführen.

## Wirkungen reflektieren, Stereotype vermeiden

Die Berichterstattung über den Rechtsextremismus, so zeigt die Studie der ARD/ZDF-Medienkommission, wird von verschiedenen Rezipientengruppen (Rechtsaffine, Rechtsambivalente und Rechtsdistanzierte) unterschiedlich aufgenommen: Die Reaktionen reichen von ausländerfeindlicher Wut über Angst vor rechtsextremem Gewalt bis hin zu Ohnmachtsgefühlen. Die Rezeptionsanalysen machen deutlich, dass es für Redakteure und Journalisten wichtig ist, sich zu vergegenwärtigen, dass jeder journalistische Beitrag auf unterschiedliche Gruppen verschiedene Wirkungen entfalten kann. Diese unterschiedlichen Rezeptionsmöglichkeiten sollten im Vorfeld reflektiert werden. Ebenfalls im Vorfeld ist zu fragen, welches Beitragsformat für

die Darstellung des Themas am ehesten geeignet ist: Geht es eher um einen ereignisbetonten Bericht, in dem das Geschehen anhand von Personen und Einzelhandlungen präsentiert werden soll? Oder ist es sinnvoller, die Ereignisse in einen abstrakteren Zusammenhang zu stellen, um über allgemeine Bedingungen und Folgen von Rechtsextremismus berichten zu können?<sup>13</sup>

Die Rezipientenanalysen und die tiefenhermeneutische Analyse der ARD/ZDF-Studie haben zudem, ähnlich wie die intensiven Gespräche zwischen Journalisten und Psychologen in Weinheim,<sup>14</sup> gezeigt, dass es durchaus bedeutsam sein kann, Information und Emotion miteinander zu verbinden. Beim Rechtsextremismus, insbesondere bei rechtsextremem Gewalt handelt es sich um ein hoch emotionales Thema. Eine moderate Emotionalisierung kann eine Identifikation des Rezipienten mit den Opfern ermöglichen und dazu anregen, sich intensiver mit dem Thema auseinanderzusetzen. Allerdings dürfen die Rezipienten nicht von dem Beitrag „emotional überwältigt“ werden. Die tiefenhermeneutischen Analysen der ARD/ZDF-Studie konnten verdeutlichen, dass Fernsehjournalisten ihre Emotionen während der Auseinandersetzung mit dem Thema bzw. den Ereignissen reflektieren sollten, um ihre eigene Position nicht unbewusst in den Beiträgen auszudrücken. Damit keine Ohnmachtsgefühle bei den Rezipienten entstehen, sollten Journalisten bei der Beitragsgestaltung versuchen, den Rezipienten das Gefühl zu vermitteln, selbst handlungsfähig zu bleiben oder werden zu können. Dies kann durch positive Identifikationsangebote erreicht werden.<sup>15</sup>

Die Inhaltsanalysen der ARD/ZDF-Studie haben gezeigt, dass insbesondere in den kurzen Beitragsformen der Nachrichten und Magazine häufig mit Stereotypen gearbeitet wird, die das Thema Rechtsextremismus unzulässig verkürzen. Beispielsweise wird Rechtsextremismus durch stereotype Bilder

<sup>13</sup> Vgl. Shanto Iyengar, *Is Anyone Responsible? How Television Frames Political Issues*, Chicago 1991.

<sup>14</sup> Vgl. E. Oehmichen/I. Horn/S. Mosler (Anm. 8), S. 194 ff.; Beate Winkler (Hrsg.), *Die Täter-Opfer-Falle. Journalisten und Psychoanalytiker im Gespräch über Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit*, Weinheim 2000, S. 7–136.

<sup>15</sup> Vgl. E. Oehmichen/I. Horn/S. Mosler (Anm. 8), S. 204 f.

im Hintergrund (wie Springerstiefel oder Glätzen) oder Schlüsselbegriffe („Nazis“) aufgerufen, ohne eine Erklärung des Phänomens zu bieten. Allerdings kommt es auch vor, dass schablonenhaftes und verkürzendes Bildmaterial parallel zu sehr differenzierten Erklärungen ausgestrahlt wird und somit die Aussagen der Beiträge unterläuft.<sup>16</sup> Durch dramatisierende Bilder und Töne können Berichte überfrachtet werden und zu einer einseitigen Wahrnehmung des Rechtsextremismus führen. Durch übermäßige Effekte laufen die Beiträge zudem Gefahr, Angst zu wecken und Ohnmachtsgefühle auszulösen. Die Arbeit mit authentischen Bildern bzw. ein behutsamer Umgang mit Archivbildern, die stets als solche gekennzeichnet werden sollten, ist außerordentlich wichtig. Dort, wo die Visualisierung keinen aussagekräftigen Einblick bietet, sondern dem Beitrag nur zusätzliche Dramatik verleiht und aus sachlichen Gründen nicht sinnvoll ist, sollte eher ganz darauf verzichtet werden.

Wer über Rechtsextremismus berichtet, muss sich darüber bewusst sein, dass die Berichte dazu führen können, dass Rezipienten an Äußerungen und Taten von Rechtsextremisten Gefallen finden oder diese nachahmen. Verschiedene Studien konnten einen Anstieg rechtsextremer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Übergriffe nach herausragenden Gewalttaten, denen starke mediale Aufmerksamkeit geschenkt wurde, beobachten und einen Zusammenhang bestätigen (etwa im Zuge der bereits erwähnten Anschläge in Rostock-Lichtenhagen 1992).<sup>17</sup> Insbesondere Bilder haben eine große Suggestionskraft. Dass der Reiz zur Nachahmung von bislang nicht selbst praktizierten Handlungsschemata, der Reiz also, etwas Neues auszuprobieren, besonders stark von visuell dargestellten Szenen ausgeht, ist schon vielfach in Folge von Gewalttaten belegt worden.<sup>18</sup> Einen Zusammenhang sehen auch die Autoren einer Untersuchungen zum Mord an

einem Jugendlichen in Potzlow (Brandenburg): Die rechtsextremen Täter, die ihr Opfer brutal quälten und schließlich ermordeten, erinnerten sich, kurz vor der Tat den Film *American History X* gesehen zu haben.<sup>19</sup> In diesem Film werden ausführlich Gewaltakte gezeigt, unter anderem der von Skinheads ausgeführte „Bordsteinkick“ gegen einen schwarzen Autodieb. Eine visuelle Nachstellung der Gewalttaten oder das Einbringen authentischen Bildmaterials ist hier nicht hilfreich. Stattdessen sollte der Stellenwert der Ereignisse und Taten sachgerecht eingeordnet und die Ursachen von Gewalt sowie ihre Folgen analysiert werden. Hierzu zählt auch, dass Opfer rechtsextremer Gewalt zu Wort kommen.

Um die Wirkung eigener Beiträge besser einschätzen zu können, ist es notwendig, von stereotyper Visualisierung und nicht hinterfragten Originaltönen abzusehen, Abbildungen oder Nachstellungen von Gewalttaten zu vermeiden, Journalisten zu schulen und Feindbilder, Stereotype und Ängste zu reflektieren. Rechtsextreme Täter werden vielfach zu häufig ausschließlich als prügelnde Skinheads dargestellt, die nichts im Kopf haben und eine verwerfliche Gesinnung pflegen. Weitgehend vernachlässigt bleibt hingegen der gesellschaftlich akzeptierte und etablierte Rechtsextremismus, der so genannte „Rechtsextremismus im Nadelstreifen“ und der Alltagsrassismus. Mit einer Berichterstattung, die stärker bis in die Mitte der Gesellschaft verbreitete Einstellungen wie Fremdenfeindlichkeit oder auch Antisemitismus in den Blick nimmt, könnte es gelingen, die Zuschauer besser für die Formen des latenten Rechtsextremismus zu sensibilisieren.<sup>20</sup>

Eine ausgewogene und das Phänomen „Rechtsextremismus“ umspannende Berichterstattung muss facettenreich sein und auch argumentationsfähige Repräsentanten der Szene in den Blick nehmen. Unterschiedliche Typen Rechtsextremer zu betrachten, trägt

<sup>16</sup> Vgl. Peter Widmann, Vortrag zu Rechtsextremismus als Thema in den Medien, Zentrum für Antisemitismusforschung, Berlin, 30. 3. 2005.

<sup>17</sup> Vgl. Thomas Ohlemacher, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus: Mediale Berichterstattung, Bevölkerungsmeinung und deren Wechselwirkung mit fremdenfeindlichen Gewalttaten, 1991–1997, Hannover 1998; H.-B. Brosius/F. Esser (Anm. 7).

<sup>18</sup> Leonard Berkowitz, The contagion of violence: An S-R mediational analysis of some effects of observed

aggression, in: Nebraska Symposium on Motivation, 18 (1970), S. 95–135.

<sup>19</sup> Michael Kohlstruck/Anna Vera Münch, Der Mordfall Marius Schöberl. Arbeitspapier 1/2004, S. 37–40; publiziert in: Wolfram Hülsemann/Michael Kohlstruck (Hrsg.), Mobiles Beratungsteam. Einblicke. Ein Werkstattbuch, Potsdam 2004, S. 15–46.

<sup>20</sup> Vgl. E. Oehmichen/I. Horn/S. Mosler (Anm. 8), S. 203 f.

nicht nur zu einer realitätsgetreueren Darstellung bei, sondern ist auch wichtig, um den generell vorhandenen Manipulationsverdacht gegenüber dem Medium, den – wie die Rezeptionsanalysen ergaben – Rechtsextreme erheben, aufzubrechen. Bei der Täterdarstellung ist aber ebenso darauf zu achten, das Thema Rechtsextremismus nicht zu entpolitisieren.

Die Chronistenpflicht des Journalisten wie auch eine sachgerechte Darstellung des Rechtsextremismus gebietet es, mehrere Perspektiven auszuleuchten. Dabei sollten auch Sichtweisen von Rechtsextremen oder ihnen nahe stehenden Personen gezeigt und hinterfragt werden. Indem mehrere Perspektiven eingebracht werden, wird die Darstellung vielfältiger und breiter. So kann es interessant sein, die Perspektive der Opfer, die der Täter, die von Politikern und Experten oder auch die des sozialen wie politischen Umfelds zu betrachten. Das ermöglicht den Zuschauern, sich selbst eine Meinung zu bilden. Differenzierte Argumentationen können mitunter sogar die Möglichkeit bieten, Betroffenheit und Nachdenklichkeit auch bei rechtsextrem orientierten Zuschauern auszulösen. Allerdings ist es wichtig, dass Journalisten die eingenommenen Perspektiven kritisch reflektieren. Rechtsextremen und fremdenfeindlichen Äußerungen muss dezidiert widersprochen werden, da eine nichtkommentierte Darstellung von den Rezipienten als Beipflichtung und Bestätigung rechtsextremer Ansichten wahrgenommen werden könnte.

## Migration und Ausländer thematisieren

Die Rezeptionsanalysen, die innerhalb der ARD/ZDF-Untersuchung vorgenommen wurden, bestätigen, dass Zuschauer, die sich der „rechten Mitte“ mit „gesundem Nationalstolz“ zugehörig fühlten, bei den Themen Ausländer, Migration und Fremdenfeindlichkeit stark emotional reagieren. Dabei warfen sie den öffentlich-rechtlichen Sendern vielfach eine Verharmlosung der „Ausländerproblematik“ vor oder begrüßten negative Stellungnahmen über Migranten, beispielsweise in Interviews.<sup>121</sup> Neben den bereits oben erwähnten Befunden zur aktuellen Bedeutung von Fremdenfeindlichkeit ist es eine besondere Herausforderung für die Medien, Ressenti-

<sup>121</sup> Vgl. ebd., S. 171 f., S. 198.

ments gegenüber Migranten bzw. generelle Fremdenfeindlichkeit nicht weiter zu fördern, sondern ihnen entgegenzutreten.<sup>122</sup>

Der gemeinsame Lebensalltag von Einheimischen und Zugewanderten wird immer noch zu wenig als etwas Selbstverständliches dargestellt. Migranten sind in den modernen Gesellschaften des 21. Jahrhunderts aber etwas Alltägliches und Normales. Daher sollten sie nicht vorwiegend als Kriminelle oder Auslöser von Konflikten gezeigt werden, wie das überdurchschnittlich häufig der Fall ist,<sup>123</sup> sondern als „normale“, in Deutschland lebende Bürger. Auffällig ist, dass fremd erscheinende Gruppen in der Berichterstattung – verglichen mit ihrem statistischen Anteil an der Bevölkerung – deutlich überrepräsentiert sind. Sie werden zugleich besonders häufig negativ bewertet. Für das „Ausländerproblem“ wird vielfach das Handeln und Verhalten der Migranten selbst verantwortlich gemacht, etwa durch bestimmte Verhaltenszuordnungen und Marginalisierungen.<sup>124</sup>

Besondere Umsicht ist im Zusammenhang mit der Darstellung von ausländischen Gruppierungen geboten. Untersuchungen zu Berichterstattung und Rezeption zum Beispiel von „Kurden und Extremismus“ haben ergeben, dass unter bestimmten Gruppen die Gewaltbereitschaft der Rezipienten gegenüber Ausländern/Migranten wächst.<sup>125</sup> Unter Umständen kann die in den Medien verwendete (Bild-)Sprache negativen Einfluss auf die Zuschauer ausüben und unerwünschte Handlungsstrategien fördern. So sollten zum Bei-

<sup>122</sup> Vgl. Jessica ter Wal (Hrsg.), *Racism and Cultural Diversity in the Mass Media – An overview of research and examples of good practice in EU Member States, 1995–2000*, Wien 2003, S. 90–419; Georg Ruhrmann, *TV-Nachrichtenauswahl und -wirkung der Berichterstattung über Migranten*. Kurzfassung DFG-Projekt, unveröff. Arbeitspapier Juni 2004.

<sup>123</sup> Vgl. Siegfried Jäger, *Von deutschen Einzeltätern und ausländischen Banden. Medien und Straftaten*, in: Heribert Schatz u. a. (Hrsg.), *Migranten und Medien*, Opladen 2000, S. 207–216.

<sup>124</sup> Barbara Pfetsch und Hans-Jürgen Weiß, *Die kritische Rolle der Massenmedien bei der Integration sozialer Minderheiten: Anmerkungen aus einem deutsch-israelischen Forschungsprojekt*, in: H. Schatz (Anm. 24), S. 106–115.

<sup>125</sup> Betram Scheufele, *Mediale Kultivierung des Fremden. Mehrstufige Klimateffekte der Berichterstattung – Medien, Problemgruppen, öffentliche Meinung und Gewalt am Fallbeispiel „Kurden“*, in: F. Esser/B. Scheufele/H.-B. Brosius (Anm. 1), S. 142–185.

spiel Wörter wie „Asylantenflut“ nicht verwendet werden, da solche Metaphern Bedrohungsängste hervorrufen oder gar potenzieren könnten.<sup>26</sup> In diesem Sinne sollten auch fragwürdige Politikeräußerungen problematisiert werden.

Anstelle einer negativen Diskussion des Themenkomplexes Migration und Ausländer ist es wichtig, dass Migranten und Ausländer zu Subjekten in der Berichterstattung werden. Informationen über die Kultur und Herkunftsländer der Migranten ebenso wie über die „Normalität“ des Lebens von Migranten und Ausländern in Deutschland können dazu beitragen. Es reicht nicht, vereinzelt alltägliche, normale und damit verstärkte positive Facetten von Zuwanderung darzustellen. Notwendig ist es, ein Konzept bzw. ein Leitbild für die Medien zu entwickeln, das Einwanderung und Einwanderer grundsätzlich anerkennt, akzeptiert und begrüßt.<sup>27</sup> In diesem Kontext ist es wichtig, das Thema Fremdenfeindlichkeit als zentral für Strategien gegen Rechtsextremismus zu betrachten und entsprechend sensibel damit umzugehen.

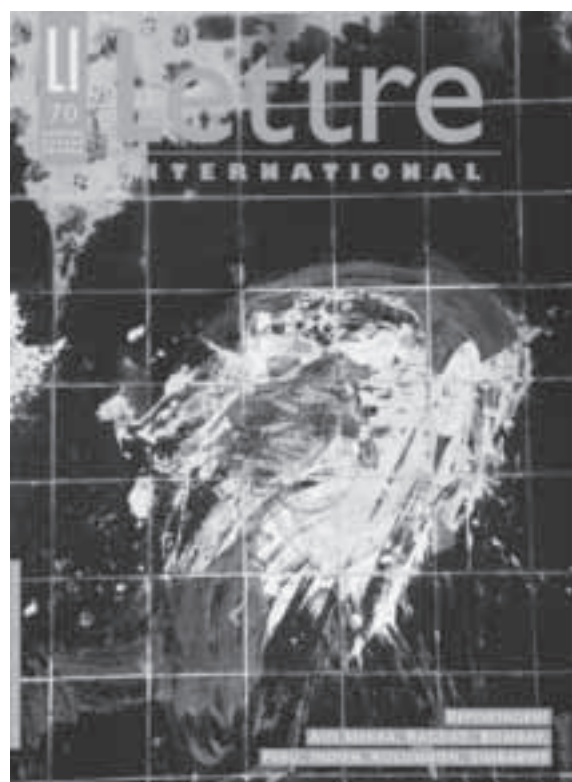
Probleme bei der Thematisierung des Rechtsextremismus sind originär in den Medien verankert. Die Gründe dafür liegen in den Visualisierungs-, Dramatisierungs- und Quotendruck, in der mangelnden Ausleuchtung von Hintergründen und am Übergewicht an ereignisorientierter und tagespolitischer Berichterstattung. Diese Entwicklungen müssen reflektiert werden, um Einschränkungen bei der Qualität zu vermeiden. Die Medien sind kein abgeschlossenes System für sich, sie interagieren nicht nur, sondern sie sind Teil eines breiten öffentlichen Diskurses, der problematische Stereotypisierungen und Ausgrenzungsstrategien in sich birgt. Diese Strukturen gilt es zu analysieren, um unsere demokratische Gesellschaft aktiv zu gestalten.

## Ausblick

Ein verbesserter Umgang mit dem Thema Rechtsextremismus in den Medien ist möglich. Dafür sind kontinuierliche Berichterstattung, kompetente, Ausgrenzung vermeidende Auseinandersetzung, differenzierte Darstellung und die Reflexion möglicher Rezeptionsweisen vor der Gestaltung eines Beitrags notwendig. Besonderes Augenmerk sollte den Themen „Migration“ und „Ausländer“ geschenkt werden.

<sup>26</sup> Vgl. Matthias Jung/Thomas Niehr/Karin Böke, *Ausländer und Migranten im Spiegel der Presse*, Wiesbaden 2000; ein diskurshistorisches Wörterbuch zur Einwanderung seit 1945 mit gesellschaftspolitischen Reflektionen und Implikationen. Vgl. auch Martin Wengeler, „Asylantenfluten“ im „Einwanderungsland“ Deutschland. Brisante Wörter in der Asyldiskussion, in: *Sprache und Literatur*, 72 (1993), S. 2–30.

<sup>27</sup> Das Themenfeld „Migration“ wird immerhin verstärkt als Zukunftsthema begriffen. Allerdings spiegelt sich das bisher kaum bzw. gar nicht in der Ausbildung von Journalisten bzw. im Programm der Medien wider. Das zeigte eine am C.A.P. im Frühjahr 2004 durchgeführte Recherche, die Journalistenschulen und Rundfunkanstalten in Deutschland befragte. Pionierarbeit leistet seit einigen Jahren vor allem der WDR.



## PHOTOREPORTAGE

Abbas – aus der Serie „Ya Saddam“

*„Dennoch ist das Belgrad, das ich heute vorfinde, etwas Irreales, ein für vieles offener Raum, außer für das Grundlegende, für das Leben seiner Bürger. Denn diese sind auf dem Rückzug, sowohl vor dieser Stadt, als auch vor ihrem eigenen Leben, wie sie es in früheren Zeiten hatten.“*

BORA COSIC

## Lettre 70. Jetzt im Handel

### MEERESANARCHIE

Wie indische Schiffsabwracker Ozeanriesen demontieren, erklärt **William Langewiesche**

### MAXIMUM CITY

In Bombay spielen Polizei und Unterwelt ein eiskaltes Spiel. Recherchen von **Suketu Mehta**

### IMPERIALE HYBRIS

Verstrickungen in einen Krieg ohne Ende sehen **Mark Danner**, **Tony Judt**, **Chalmers Johnson**

### IN MEKKA

Erleuchtung und Schauer angesichts des schwarzen Steins erlebt **Abdellah Hammoudi**

### DIPLOMATISCHE MISSION

Wiederbegegnungen mit seiner Heimat Jugoslawien erschüttern den Schriftsteller **Bora Cosic**

### DERRIDAS SPUREN

Über die Philosophie und die politische Stimme des Denkers spricht **Jean-Luc Nancy**

### SÖLDNERHERZ

Unter Guerilla und Armee, Mafia und Zivilbevölkerung bewegen sich **Carolyn Emcke**, **Alexandra Fuller**, **Ricardo Uceda**

### BAGHDAD BURNING

Aus dem Alltag von Krieg und Besatzung im Irak – ein Girl-Blog von **Riverbend**

### DIE ASCHE DER WÖRTER

Kraftfelder der Sprache messen **Georges-Arthur Goldschmidt** und **Hans-Jürgen Heinrichs**

Lettre International, Erkelenzdamm 59/61, 10999 Berlin

Tel. 030-308 704 62, Fax 030-283 31 28, [vertrieb@lettre.de](mailto:vertrieb@lettre.de), [www.lettre.de](http://www.lettre.de)

# APuZ

Nächste Ausgabe 43/2005 · 24. Oktober 2005

## Wirtschaftspolitik

*Eilert Herms*

Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsethik

*Werner Eichhorst · Klaus F. Zimmermann*

Eine wirtschaftspolitische Bilanz der rot-grünen Bundesregierung

*Friedhelm Hengsbach*

Die Arbeitsmärkte – Stellgröße für mehr Beschäftigung

*Norbert Berthold*

Arbeitsmarktpolitik in Deutschland

*Gerhard D. Kleinbenz*

Marktwirtschaft und Sozialstaat: Zukunftsmodell für Deutschland?

*André Habisch*

Unternehmen in der aktiven Bürgergesellschaft

Herausgegeben von  
der Bundeszentrale  
für politische Bildung  
Adenauerallee 86  
53113 Bonn.



### Redaktion

Dr. Katharina Belwe  
Dr. Hans-Georg Golz  
(verantwortlich für diese Ausgabe)  
Dr. Ludwig Watzal  
Hans G. Bauer  
Andreas Kötzing (Volontär)  
Telefon: (0 18 88) 5 15-0  
oder (02 28) 36 91-0

### Internet

[www.bpb.de/publikationen/apuz](http://www.bpb.de/publikationen/apuz)  
E-Mail: [apuz@bpb.de](mailto:apuz@bpb.de)

### Druck

Frankfurter Societäts-  
Druckerei GmbH,  
60268 Frankfurt am Main

### Vertrieb und Leserservice

Die Vertriebsabteilung der  
Wochenzeitung **Das Parlament**  
Frankenallee 71–81,  
60327 Frankfurt am Main,  
Telefon (0 69) 75 01-42 53,  
Telefax (0 69) 75 01-45 02,  
E-Mail: [parlament@fsd.de](mailto:parlament@fsd.de),  
nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Zeitschrift  
*Aus Politik und Zeitgeschichte*
- Abonnementsbestellungen der  
Wochenzeitung einschließlich  
*APuZ* zum Preis von Euro 19,15  
halbjährlich, Jahresvorzugspreis  
Euro 34,90 einschließlich  
Mehrwertsteuer; Kündigung  
drei Wochen vor Ablauf  
des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen  
für *APuZ* zum Preis von  
Euro 3,58 zuzüglich  
Verpackungskosten, Portokosten  
und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen  
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*  
stellen keine Meinungsäußerung  
des Herausgebers dar; sie dienen  
lediglich der Unterrichtung und  
Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen  
Kopien in Klassensatzstärke herge-  
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

# Rechtsextremismus

APuZ 42/2005

- Annette Ramelsberger*  
3-8 **Erkundungen in Ostdeutschland**  
Nicht mehr dumpfe Stiefelträger bestimmen das Bild des Rechtsextremismus. Es ist mehr eine kulturelle Unterwanderung als eine politische Auseinandersetzung, die vor allem in ländlichen Gebieten ostdeutscher Bundesländer stattfindet.
- Oliver Decker · Elmar Brähler*  
8-17 **Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland**  
Die Ergebnisse einer Repräsentativerhebung aus dem Jahre 2004 legen die Vermutung nahe, dass Rechtsextremismus und Antisemitismus stabile Einstellungsmuster sind, die bei sozialen Krisen aus der Latenz treten.
- Kurt Lenk*  
17-22 **Rechtsextreme „Argumentationsmuster“**  
Um die Mobilisierungschancen rechtsextremer Potenziale einzuschätzen, bedürfte es einer genaueren Analyse ihrer Kommunikationsformen, als welche sich vor allem politische Mythen und Symbole erweisen.
- Werner Bergmann*  
23-30 **Antisemitismus im Rechtsextremismus**  
Ob man die parlaments-, die diskurs- oder die aktionsorientierte Szene des Rechtsextremismus betrachtet, überall ist in den vergangenen Jahren ein stärkeres Hervortreten von Antisemitismus erkennbar.
- Eckhard Jesse*  
31-38 **Das Auf und Ab der NPD**  
Die 1964 gegründete NPD gelangte bis 1968 in sieben Landesparlamente, bevor sie bei der Bundestagswahl 1969 knapp scheiterte. Unter Udo Voigt (seit 1996) macht die Partei eine beträchtliche Radikalisierung durch.
- Britta Schellenberg*  
39-45 **Rechtsextremismus und Medien**  
Durch die Auseinandersetzung mit problematischen Strukturen des öffentlichen Diskurses sowie mit Problemen, die in den Medien selbst liegen, wird ein verbesserter Umgang mit dem Thema Rechtsextremismus möglich.